

Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft fern
Das Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,
Das unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Weisheit nicht mehr betteln gehen.
G. Herzog.

Telephon Nr. 2325, 10.526 u. 10.542.

Der

Schiffporto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bräuhausgasse 84.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller, bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—, für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 21

Wien, den 20. Juli 1914.

22. Jahrg.

Der Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongress.

In den nächsten Wochen wird Oesterreich zum erstenmal die Vertrauensmänner der sozialistischen und Gewerkschaftsinternationale, die zum Xhnten Internationalen Kongress aus allen Teilen der Welt zusammenkommen werden, begrüßen. Es ist selbstverständlich, daß die österreichische Arbeiterklasse die hohe Ehre voll und zu würdigen weiß. Ihre Freude über die Wahl Wiens zum Sitz des Kongresses ist um so größer, als es ein Jubiläumskongress ganz besonderer Art ist. Vorerst ist der heutige Kongress der zehnte in der Reihe der neueren Internationalen Kongresse, deren erster vor 25 Jahren in Paris stattfand; und dann ist es eben 50 Jahre, seit die Internationale als Organisation des Proletariats gegründet wurde, die Internationale, die in ihren Statuten die große Bedeutung der wirtschaftlichen Emanzipation der arbeitenden Klassen hervorgehoben hat, als des hohen Zieles, welchem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen sollte. Schon aus diesem einen Grund hat die Gewerkschaftsbewegung allen Anlaß, an der Feier des Jubiläums der Internationale, der auch der zehnte internationale Kongress gewidmet sein wird, teilzunehmen. Die österreichische Internationale wird, durch die Kämpfe im eigenen Lande nicht im geringsten in ihrer Treue und Unerbittlichkeit erschüttert, die Weltinternationale anlässlich ihres Jubiläums würdig begrüßen, schon wenn sie ihr auf ihre Organisationen hinweist. Die Veranstaltung des Kongresses in Oesterreich ist eine schöne Anerkennung unserer Leistungen, ist eine erfreuliche Verkräftigung des Kopenhagener Beschlusses. Die Internationale kommt gleich zum ersten Kongress nach Kopenhagen zu uns nach Oesterreich, als ob sie sich mit eigenen Augen überzeugen wollte, wie ihr Verbleib in Oesterreich respektiert wird, nachdem sie die Abwehr des Nationalismus so feierlich aufgeheben hat.

Auch der mehr äußerliche Umstand, daß die österreichische Gewerkschaftskommission die Mitveranstalterin des Kongresses, kann als weiterer Punkt angeführt werden, warum die Gewerkschaftsbewegung dem Kongress das größte Interesse entgegenbringt. Der wichtigste Anknüpfungspunkt liegt aber in der Tagesordnung des Kongresses. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß die internationalen Kongresse nur prinzipielle, allgemein gültige Antworten auf ebenso allgemein auftauchende Fragen erteilen. Diesen seinen Beschlüssen wohnt unzweifelhaft eine gewaltige moralische Kraft inne. Sie haben das Gewicht, das ihnen eine so gewaltige Bewegung zu verleihen vermag, eine Bewegung, die an Größe und an revolutionärer Begeisterung ihresgleichen nicht hat. Kraft und Begeisterung sind aber die besten Elemente des Erfolges und die besten Garantien, daß die Beschlüsse früher oder später verwirklicht werden. Diese Verwirklichung ist aber die Aufgabe jedes einzelnen Teiles der Internationale. Und diese Aufgabe wird verwirklicht nicht zuletzt dadurch, daß man in den Reihen der Arbeiterschaft für die vom internationalen Kongress vorgeschlagene Lösung Verständnis schafft. Wir alle haben für die Verwirklichung der Beschlüsse des Kongresses die Vorarbeiten zu leisten, denn die Verwirklichung selbst wird zeitlich und sachlich zusammenfallen mit dem Siege des Sozialismus selbst.

Der internationale Kongress darf also nicht verglichen werden mit irgendeinem Gewerkschaftskongress oder Parteitag, die sich immer doch oder vorwiegend mit praktischen Fragen beschäftigen, und daher praktische Lösungen vorschlagen können, um so mehr, als sie selbst die Beschließenden und Ausführenden sind. Das ist bei den internationalen Kongressen nicht der Fall. Da werden besonders Fragen der Taktik besprochen, und die Beschlüsse sind dann hindern für die einzelnen Parteien. So hat beispielsweise der Brüsseler Kongress (1891) die Trennungslinie zwischen Sozialdemokratie und Monarchismus gezogen; so hat der Amsterdamer Kongress (1904) über die Frage der Beteiligung von Sozialdemokraten an den bürgerlichen Regierungen sein Urteil gesprochen. So äußerten sich für alle Teile der Internationale verbindlich der Stuttgarter und Kopenhagener Kongress über Fragen der gewerkschaftlichen Taktik. Auch die Gewerkschaften sehen in den internationalen Kongressen eine ihrer höchsten Instanzen. Mit gutem Recht und ge-

wichtigen Gründen widersehten sie sich den seit Jahren wiederholten Versuchen der Syndikalisten, die internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongresse durch ausschließliche Gewerkschaftskongresse zu ersetzen. Die moderne Gewerkschaftsbewegung weiß, welche wichtige Wurzel ihrer Kraft der enge Anschluß an die politische Bewegung des Proletariats ist. Die Veranstaltung besonderer gewerkschaftlicher Kongresse möchte, abgesehen von der selbstverständlichen Hinüberschneidung in die Ideologie des immer mehr verfallenden Syndikalismus, eine Vöstrimmung der gewerkschaftlichen von der politischen Organisation bewirken, die ja doch gerade in Stuttgart so fest zusammengelitten wurden. So erblicken die Gewerkschaften, die österreichischen besonders, in den internationalen Kongressen den höchsten Ausdruck der Zusammengehörigkeit beider Arten der proletarischen Organisation. Unsere Gewerkschaftsbewegung entspricht der Forderung, daß sie die Umwandlung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsordnung anstreben und die Teilnahme an der Gesetzgebung und parlamentarischen Tätigkeit als ein notwendiges Mittel zur Erreichung dieses Zieles ansehen.

Der heutige Kongress hat, sagten wir, auch wegen seiner Tagesordnung für die Gewerkschaften hohe Bedeutung. Die Zusammenstellung der Tagesordnung, ein Werk des Internationalen sozialistischen Büros, zeigt ganz klar das Spiegelbild der Kämpfe der Arbeiterschaft aller Länder in den letzten Jahren. Die Arbeiterschaft hat das Bedürfnis, ihre Kämpfe möglichst einheitlich zu führen, und so ist es nur zu erklärlich, daß auf der Tagesordnung des internationalen Kongresses die Angelegenheiten stehen, die man seit einigen Jahren alle Teile der Internationale diskutieren sieht. Das sind die Arbeitslosigkeit, der Imperialismus und die Teuerung. Ueber alle diese drei Fragen wurde nahezu in allen Ländern in den letzten Jahren gesprochen, mußte gesprochen werden. Die Entwicklung des Kapitalismus, seine imperialistische Etappe, hat die Arbeiterschaft immer wieder vor diese Probleme gestellt. Die Arbeiterschaft hat die Pflicht, ihr Verhältnis zum imperialistischen Kapitalismus genau zu präzisieren. Gewiß, wir sind Gegner des Kapitalismus, und deswegen bekämpfen wir auch den Imperialismus. Aber die Vielgestaltigkeit des Imperialismus fällt auch schon bei oberflächlicher Betrachtung auf. Harmlos weiß er sich da und dort zu geben, tritt als Patriot auf. Die Arbeiterschaft muß also auf das genaueste informiert werden über das Wesen, die Ziele und die Methoden des Imperialismus. Die Genossin Luxemburg hat es in ihrem vortrefflichen Buch über die Akkumulation des Kapitals sehr zutreffend und klar ausgesprochen: „Der Schauplatz der Weltkapitalsakkumulation ist die Weltbühne. Hier herrschen als Methoden Kolonialpolitik, internationale Anleihsysteme, Politik der Interessensphären, Kriege. In Wirklichkeit ist die politische Gewalt auch hier nur das Triebrad des ökonomischen Prozesses.“ Aber schon aus diesen Worten ersieht man, daß der Arbeiter an der eingehenden Kenntnis des Imperialismus nicht bloß als Zuschauer, sondern auch als passiver Teilnehmer interessiert ist. Und da heute alle Länder, auch unser Oesterreich, von dem imperialistischen Fieber ergriffen ist, muß die Abwehr im großen und einheitlich und systematisch vorbereitet werden. Laurés, Keir Hardie und Gaafje als die Vertreter der drei hauptsächlichsten imperialistischen Staaten, Frankreich, England und Deutschland, werden darüber sprechen. Welch eine Friedenskoalition! Das sind ja Angehörige der drei Staaten, die zwei „feindlichen“ Gruppen angehören. Der Kapitalismus verfeindet und zerreißt, der Kampf gegen den Kapitalismus, der Sozialismus, verbindet, vereinigt. Der Wiener Kongress wird eine neuerliche wichtige Friedensmanifestation werden.

Arbeitslosigkeit und Teuerung! — sind das nicht die zwei erbittertsten Feinde der Tätigkeit unserer Gewerkschaften? Die Gewerkschaften müssen mühselig das Lebensniveau der Arbeiterschaft heben, ja verteidigen, und Arbeitslosigkeit und Teuerung machen die ganze Arbeit wieder hinfällig. So wird der Kampf gegen die beiden unwillkommenen Gäste, legitime Kinder des Kapitalismus, zu einer besonderen Aufgabe auch der Gewerkschaften, die gerade da Hand in Hand mit der politischen Organisation gehen muß. Diese beiden Fragen sind gewiß nicht mehr strittig, da ist alles geklärt. Mit Einmütigkeit wird unzweifelhaft der Kongress die von

Baillant (Paris) vorgeschlagene Resolution zum Punkte „Arbeitslosigkeit“ — die anderen Referenten sind Molkenbühr und MacDonald — annehmen. Wir finden darin auch bereits die Anregung, im Zusammenhang mit dieser Frage eine Reihe von neuen Problemen zu kennzeichnen oder unsere Stellung zu ihnen zu präzisieren. Die Resolution verlangt nämlich beim Punkte „Arbeitszeitverkürzung“ die englische Arbeitswoche, dann Minimallohne, Verbot der Straßenausarbeit; sie spricht sich scharf gegen das Taylor-System aus u. s. w. Kurz, sie umfaßt das ganze Problem, so wie ja auch die anderen Referenten ebenfalls gründliche Arbeit leisten werden. So wird auch dieser zehnte Kongress gute und nützliche Arbeit für das Proletariat leisten. Eine Manifestation gegen den Kapitalismus, eine gewaltige Aufforderung zur Arbeit, zur Organisation.

Das Taylor-System und die administrative Leitung der k. k. österr. Staatsbahnen.

(Schluß.)

Taylor rühmt sich, durch sein System, welches kennzeichnenderweise das „Pensum-System“ heißt, als Betriebsleiter der Bethlehem-Stahlwerke die Roheisenverfäbr von einem Tagespensum von durchschnittlich 12½ Tonnen zu einem solchen von 47 bis 48 Tonnen hinaufgebracht zu haben. Seine Schüler erzielten ähnliche Erfolge. Maurer wurden beim Ziegelschlagen von einer Leistung von 120 Ziegeln per Mann und Stunde auf eine solche von 350 Stück gezwungen.

In einem kleinen Betrieb sollen nach Einführung des „Pensum-Systems“ 35 Mädchen — angeblich sogar bei einer um 58 Prozent größeren Genauigkeit der Arbeit und Verkürzung der Arbeitszeit — daselbe Pensum geleistet haben, wie vordem 120 Mädchen.

Taylor hält selbst den intelligentesten Arbeiter für unfähig, die einfachste und ergiebigste Arbeitsmethode herauszufinden. Er will aber auch die Erfahrung gesammelt haben, daß alle Arbeiter „sich um die Arbeit drücken“. In vielen Fällen verrichten sie nicht mehr als ein Drittel, höchstens aber die Hälfte einer ehrlichen Tagesleistung. Durch sein System will er dieser „Drückerei“ ein Ende machen, zugleich aber auch den Arbeiterorganisationen.

„Während zehnjähriger Dauer meines Verfahrens in den Middale-Stahlwerken fand dort nie ein Ausstand der Leute statt, obschon gerade in den Stahlwerken die Arbeitsniederlegungen keine Seltenheit waren.“ Das Wunder soll angeblich dadurch zustande gekommen sein, daß die besseren Leute eben einsahen: „Die Mitgliedschaft bei den Vereinigungen brachte für sie eine Einbuße an Verdienst, während die minderwertigen Leute nach den Vorschriften der Union mehr verdienten.“ Da man Wundern nicht traute, wurde außerdem „über die guten und schlechten Seiten jedes Arbeiters genau Buch geführt, was insbesondere Pflicht der Vorarbeiter war, und so konnte jedem Gerechtigkeit werden.“ Ja, Gerechtigkeit nach dem Muster der A. T. G.; diese paßt dem Herrn Dr. Wisgrill, der entgegen dem genauen Wortlaut der Statuten des Pensionsfonds B der A. T. G. in den besseren Fonds A dieses Unternehmens eingereiht wurde, noch dazu unter Einrechnung von vier in einer Advokatenkanzlei zugebrachten Dienstjahren, während gleichzeitig von Hunderten, ja vielleicht Tausenden, welche bereits jahrelang Mitglieder des Pensionsfonds A waren, die Uebertritt zum B-Fonds bewerkstelligt wurde.

Die „wissenschaftliche Methode“ der Erweckung des Widerwillens gegen Organisationsbestrebungen durch genaue Buchführung über „schlechte Seiten der Arbeiter“ ist übrigens keine Erfindung der neuen Welt. Sie mag schon den Knutenknechten über die Ziegelschupfer beim Pyramidenbau bekannt gewesen sein, und überall, wo in rückständigen Ländern und Gegenden die Sklaverei am drückendsten, die Löhne der Arbeiter am niedrigsten sind, dort steht sie — auch ohne Taylor — in voller Blüte. So zum Beispiel in Rußland, Ungarn, Japan, auch bei

den Webern, Holzhauern, landwirtschaftlichen und Heimarbeitern in den Randgebirgen Böhmens und — nicht zuletzt — bei den gefnebelten Bediensteten der A. T. E. Taylor meint auch, man solle nicht mit den Arbeiterorganisationen verhandeln, sondern mit den einzelnen Arbeitern selbst. „Den Ueberredungskünsten von fünf bis sechs Vorgesetzten wird es gelingen, den einzelnen Mann zur Annahme des Systems zu bewegen.“

Ja, diese Ueberredungskünste sind den Vorgesetzten bei der A. T. E. am sympathischsten. Mit ihnen arbeitet man, wenn man Dankesadressen für noch nicht herabgelangte Gehaltserhöhungen erzielen will, ferner bei Wahlen zur Berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt, zur Personalcommission und zu den Wohlfahrtsinstituten. Man verschmäht auch nicht, von widerhaarigen Ausgabenkontrollbediensteten ungehörige Belastungen der Investitionskredite und — denen als Gegenposten gegenüberstehend — ungehörige Gutschriften für den Betrieb zu erziehen, um die auszuschüttende Dividende günstig zu beeinflussen. In Gerichtsäulen selbst müssen sich Zeugen in Unfallsachen über die „stille Ueberredungskunst“ anwesender Inspektoren beschweren und den Vorsitzenden des Gerichtes darauf aufmerksam machen, daß sie in ihrer Existenz gefährdet seien, wenn sie wahrheitsgemäß aussagen.

Armseliger Taylor! Du bildest dir ein, ein großer Erfinder zu sein, und doch könntest du zu deinen Tricks der heimtückischen Gewalt noch unzählige erlernen, die bei der A. T. E. praktiziert werden! Lese nur die zahlreichen Interpellationen verschiedener politischer Parteien im österreichischen Parlament über diese Tricks nach; die Urteilsbegründungen von Gerichten aller Instanzen bis hinauf zum Obersten Gerichtshof, der das Statut des Provisionsfonds als „wider die guten Sitten“ verstößend und daher „rechtungsgültig“ erklärt!

Das im A. T. E.-Sinne noch unausgebaute Taylor-System wird im Ausland nicht nur von sozialdemokratischen Arbeitern, sondern von allen anständigen Menschen ohne Unterschied der Partei verdammt. Die deutsche Unternehmerwelt lehnt es allgemein ab. So will zum Beispiel die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ein reines Kapitalistenblatt aus der größten Industriegegend Deutschlands, in einer Abhandlung vom 30. März 1913 durchaus nichts von den amerikanischen Grundsätzen wissen und zeigt, daß die ganze Sache nicht einmal neu ist. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, das Hauptorgan der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine, steht zwar himmelhoch über den blaugelben und schwarzen Arbeitervereinen Oesterreichs, es ist aber doch stolz darauf, dem Klassenkampf feindlich gegenüberzustehen und stets Friede und Eintracht mit den Unternehmern zu predigen.

Dem Taylor-System vermag aber auch diese Zeitung keine gute Seite abzusehen, und sie hebt speziell das hervor, was die vielen kleinen Unternehmer in Oesterreich interessieren sollte:

Im übrigen ist es klar, daß sich das System auch nur in den größten und reichsten Unternehmungen einführen ließe, daß es also zur Verdrängung der mittleren und kleinen Betriebe mitwirken würde, was nationalökonomisch bedenklich erscheint.

Die zuletzt genannte Zeitung kennzeichnet auch in demselben Aufsatz vom 20. Juni 1914 die Hauptschwäche

des Taylor'schen Systems, die gesteigerte Mechanisierung der Arbeit:

Wenn schon heute die Monotonie seiner Teilarbeit den Arbeiter zur Verzweiflung bringt, wenn ihm die Arbeit schon heute, weit entfernt, Befriedigung zu gewähren, immer verhaßter erscheint, ihn immer mehr über die kapitalistische Weltordnung verbittert, wie soll das alles erst unter der Herrschaft des neuen Systems werden? Und wenn bei der heute schon mehr hinreichend intensiven Arbeit der Mann in einem Alter, wo er in der vollen Kraft seiner Jahre stehen soll, zum alten Eisen geworfen wird, in welchem Alter wird das geschehen, wenn nach Taylor gearbeitet wird? Keine erschrecklichen Aussichten für Arbeiterversicherungen und öffentliche Armenpflege! Wir sehen wiederum vor einem Fall, wo der Unternehmer einen Teil seiner Produktionskosten auf die Allgemeinheit abzuschieben versucht.

Die Privatunternehmungen wollen also wieder sehr hohe Gewinne — und zwar die von Taylor kalkulierte 400prozentigen Gewinne — einheimen, dabei aber 50 Prozent der Arbeiter aufs Pfaster werfen, und von den übrigbleibenden jeden, der über 35 Jahre alt ist, nach schon jetzt mustergültigem amerikanischen Beispiel zum Färben der bleichen Haare und zum Schminken der Sorgenfalten eines vorzeitig gealterten Gesichtes zwingen. Die Privatunternehmungen, welche immerfort über die vielen unproduktiven Ausgaben des Staates für Alters-, Kranken- und Unfallversicherung klagen, wollen ihm und der Kommune wiederum einen erhöhten Teil der um große Regie und Dividenden vermehrten Produktionskosten verstreut zuschieben und noch rücksichtsloser als vordem im verborgenen an den Wohlfahrtseinrichtungen der Allgemeinheit schmarnen.

Und da waqt Herr Dr. Wisgrill — pardon, der von ihm abgeschriebene Taylor — zu schwefeln:

Siezu sei zu bemerken, daß nicht, wie es auf den ersten Augenblick scheinen mag, nur zwei Teile in Frage kommen: die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber. Es dürfe der dritte Teil, das große Volk, nicht übersehen werden — die Verbraucher, die die Erzeugnisse der beiden ersten kaufen und die Löhne der Arbeiter und den Nutzen der Arbeitgeber schließlich bezahlen müssen. Die Rechte des Volkes seien stärker als jene der Arbeiter und Arbeitgeber. Dieser große dritte Teil solle seinen angemessenen Anteil an jedem Fortschritt haben.

Plötzlich entdecktes, plötzlich geliebtes, großes und ganzes Volk! Warum stehst du nicht auf? Warum schlägst du nicht einfach die ewig unzufriedenen Arbeiter und die wenigen zu nachgiebigen Unternehmer tot?

Nach der Theorie des Ueberpflüchtigen gibt es ja in unserem Produktionsgetriebe in Massen solche merkwürdige Leute, die etwas anderes sind, als entweder Arbeitgeber oder Arbeitnehmer.

Vielleicht sind dies pensionierte Oberinspektoren oder greisenhaft vertrottelte Privatiers, welche sich nicht trauen, ihr Geld in Industriepapieren, bei Banken oder Sparkassen anzulegen, und so indirekt „Arbeitgeber“ zu sein. Die Meid- und Geizinstinkte dieser vom Leben ausgeschalteten lassen sich freilich durch logische Schnitzer aufpeitschen; denn auch sie verstehen gleich berühmten „Fachleuten“ von Logik und Nationalökonomie weniger wie der einfachste Mann im Volk, auch sie erachten sich in ihren Rechten verkürzt, in ihrer Lebensführung bedroht, wenn ein junger Assistent avanciert, ein Arbeiter eine Lohnerhöhung durchsetzt oder ein Invalide von einem dritten ein Almosen erhält.

Der Anteil des großen Volkes an den durch das Taylor-System erhöhten Dividenden würde aber gewiß ein ähnlicher sein, wie der Anteil der A. T. E.-Bediensteten an den durch Taylor-Tricks gegründeten Kaiser-Jubiläumstiftungen und gelben Gewerkschaften. Das Volk muß eben immer die Musik sehr teuer bezahlen, die Generaldirektoren und Verwaltungsräten aufspielt.

Man ziehe zum lehrreichen Vergleich nur den Rechnungsabschluß des „Vereines der Unterbeamten, Diener und Arbeiter der A. T. E.“ per 1913 heran, der eine Gesamtsumme der Einnahmen von 10.615 Kr. aufweist, darunter aber als Spenden der Direktion nur eine Gabe für die Weihnachtsbescherung von 800 Kr. und einen Musikbeitrag von 770 Kr. Diese in allen übrigen Posten von den Mitgliedern zusammengescharten Einnahmen wurden verbräutet — um nicht zu sagen verschleudert — für folgendes:

	Kronen
Kränze und Musikkosten	562
Vereinsabgaben	520
Auslagen der Vereinsmusik	1979
Rechtschutzkostenbeitrag	590
Unterstützungen	1185
Vorschüsse	1390
Auslagen für Weihnachtsbescherung	2218
Diverse Regiekosten	2171
Summe	10.615

Die Musikkapelle des Vereines, die aus der Musikkapelle des administrativen Direktors entspringen, mag und in loyalen Ständchen mit Fackelzügen endigt, kostet weit mehr, als die sämtlichen Beiträge der Direktion zu einem Verein ausmachen, der sich ihr mit Haut und Haar verschrieben hat.

So schaut alle gelbe Wissenschaft in ihren Endresultaten aus.

In einem nächsten Artikel wollen wir uns aber mit der berühmten administrativen Leitung einer Privatbahn befassen, die vorbildlich im Sparen sein soll, und deren Zentraldienstkosten laut der „Oesterreichischen Eisenbahnstatistik“ per 1911 sich demnach zu den eigentlichen Betriebsausgaben wie 359 zu 100 verhalten, während die von allen Industrierittern geschmähten Staatsbahnen ihre Zentraldienstkosten auf 141 Prozent der eigentlichen Betriebsausgaben herabgedrückt haben.

Es wird vieles zu sagen sein über den bei seinem Uebertritt aus der Advokaturkanzlei in den Eisenbahndienst zum Generalsekretär ernannten jetzigen administrativen Direktor Dr. Stradal, der an dem Tag, an welchem er Generalsekretär, das ist die drittwichtigste Person des ganzen Bahnunternehmens, wurde, noch nicht so viel Eisenbahnpraxis hinter sich hatte, als man sich in der Schreibstube der administrativen Abteilung erwerben kann. Ferner über den hervorragenden Bautechniker, der wegen des plötzlich entdeckten Mangels von Hochschulzeugnissen aus der Bauabteilung weichen und sich vor zwei Jahren sozusagen als Beamtenaspirant für den Verkehrsdienst einschulen mußte, um — wahrscheinlich aus Sicherheitsrücksichten — sofort zur obersten Leitung dieses Verkehrsdienstes bestimmt zu werden. Ferner über sofort zu Einnahmenkontrollchefs ernannte Oberinspektoren, welche vordem nicht einmal noch einen Tag lang Dienst in einer Einnahmenkontrolle gemacht hatten. Ferner über die Unzahl der kleinen Vorstände ohne nachgewiesenes Fachwissen und über einzelne Kanzlei-

Feuilleton.

Der Sinn des Lebens.

Zum kommunistischen Manifest, diesem glänzenden Programmament des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, hat Karl Marx die berühmte Aeußerung getan, daß die Bourgeoisie den Arzt, den Pfaffen, den Poeten und den Mann der Wissenschaft zu ihren Lohnarbeitern gemacht habe. Diese Auffassung ist als allgemein gültiger Satz unanfechtbar; das Leben bringt dafür täglich neue Beweise. Die wenigen Ausnahmen aber, die sich in der bürgerlichen Welt noch vorfinden, bestätigen nur die Regel. Diese vereinzelten bürgerlichen Gelehrten haben sich zwar von Kapitalismus und Bourgeoisie nicht zu Lohnarbeitern machen lassen, allein der Rärm des kapitalistischen Betriebes und der rasende Kampf „aller gegen alle“ haben ihnen den Kopf so verwirrt, daß sie sich in dieser modernen Welt nicht mehr zurechtfinden.

Zu diesen Gelehrten gehört auch der Jeneser Professor Rudolf Eucken, der ein Werk über den Sinn des Lebens geschrieben und auch jüngst in Berlin im Verein der Berliner Kaufleute einen Vortrag über diese Frage gehalten hat. Der in die Mode kommende französische Philosoph Henri Bergson hat die Schrift Euckens warm empfohlen, was wohl beweist, daß der französische Gelehrte das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft so wenig erfährt hat wie der deutsche.

Eucken sagte in seinem Vortrag, im Altertum habe der Mensch über sein Schaffen mehr Freude empfunden als heute, obgleich die Leistungen im Altertum weit geringer gewesen. Die großen Leistungen von heute brächten keine richtige Wertung des Lebens. Heute sei alles nur harter Kampf ums Dasein, eine Konkurrenz, die kein friedliches Nebeneinanderleben gestatte, sondern das Leben zu einem Krieg aller gegen alle mache. Bei diesem Gassen und Rennen geht „das Innerliche“ verloren.

So weit, so gut. Der Anblick dieses säuerlichen Zustandes bringt Eucken ganz aus der Fassung, und er klagt die Naturwissenschaften an, daß sie den Prozeß fördern, der uns das „Innerliche“ raubt.

Man fühle sich, klagt er, als Mensch einer erbarmungslosen Natur gegenüber, deren grausame Gesetze gleichgültig durch Erdbeben, Stürme, Vulkanausbrüche und andere Katastrophen Tausende von Menschenleben vernichten. Der Mensch sei nichts mehr als „ein Stäubchen in dem ungeheuren All, ein Stäubchen Materie in der Gesamtmasse“. Läßt sich aber ohne das Seelische überhaupt ein Sinn des Daseins finden? Auf diese Frage antwortet Eucken mit Nein!

Mit diesen Worten hat Eucken den rohen Materialismus unserer herrschenden Klassen recht wohl gezeichnet, deren Lebensstätigkeit im brutalen Erkrassen und wilden Uebergenuß aufsteht. Davon ist wohl zu unterscheiden der wissen-

schaftliche Materialismus, welcher der überlebten alten Philosophie den Abschied gegeben hat.

Man sieht, wie der Blick des Mannes der Wissenschaft an der Oberfläche der Gesellschaft haften bleibt. Er sieht nur äußerliche Erscheinungen und erfährt es nicht, daß der Charakter einer Gesellschaft durch die Produktionsweise bestimmt wird. Sonst könnte er nicht zu dem merkwürdigen Urteil über das Altertum kommen, das nach seiner Auffassung mehr Freude über seine Leistungen gehabt hat als unsere Zeit über die ihrigen. Aber innerhalb der antiken Produktionsform wurde die Arbeit von den Sklaven verrichtet. Sollten, um nur ein Beispiel anzuführen, die Sklaven, welche ihr Leben dazu verwenden mußten, die Steine zu den Pyramiden herbeizuschleppen und aneinanderzufügen, darüber eine „wirkliche Freude“ empfunden haben? Die Könige, welche als Erbauer dieser Steinmassen galten, und ihre Großen mögen daran ihre Freude gehabt haben. Aber diese allein stellen doch nicht die antike Welt dar. Die ungeheure Menge der Sklaven, die das breite Piedestal der antiken Gesellschaft bildeten, mögen mit diesem Grauen an jenen Steinmassen emporgeschaut haben, an denen das Leben und Blut von Tausenden und Abertausenden ihrer Leidensgenossen floss.

Da soll man sich nicht mehr verwundern, wenn heute noch hochgelahrte Professoren das moderne Proletariat mit dem altrömischen verwechseln und die Lohnforderungen des Arbeiters bewerten, als wenn er „panem et circenses!“ verlangte.

Da sich Eucken mit der Produktionsweise unserer Zeit nicht befaßt, so geht er auch wie mit einer Scheuklappe vor den Augen an der Klassenherrschaft und an dem Klassenkampf unserer Zeit vorüber. Gleich vielen anderen weltfremden Gelehrten bemerkt er nicht, daß gerade der Klassenkampf des Proletariats, der sich auf alle Kulturländer der Erde ausgedehnt hat, die charakteristische Erscheinung unseres Zeitalters ist. Er klagt über die Menschenverderber, welche die Naturgewalten bei den von ihnen hervorgerufenen Katastrophen erfordern, und er bedauert, daß der Mensch, dieses „Stäubchen Materie“, dagegen gar nichts ausrichten kann. Da er sich nicht mit der Produktionsform beschäftigt, so kommt ihm auch dabei nicht in den Sinn, daß der Kapitalismus mit seinem Ausbeutungssystem weit mehr Opfer erfordert als die von den Naturgewalten bewirkten Katastrophen, und daß er auf Generationen hinaus den Volkörper schädigen kann. Hier aber kann der Mensch helfend eingreifen, wenn er auch einzeln dem Weltall gegenüber als ein Stäubchen erscheint; er kann dem Despotismus und der Ausbeutung steuern, welche die kapitalistische Klassenherrschaft mit sich bringt, und er wird schließlich

*) Brot und Spiele, womit einst die römischen Machthaber das damalige Proletariat, das auf Kosten des Staates, respektive der Gesellschaft lebte, an sich fesselten.

diese ganz beseitigen. Das Ziel des großen Klassenkampfes, den das internationale Proletariat führt, ist die möglichste Erleichterung des Kampfes ums Dasein und die Bestimmung gleicher Rechte und gleicher Pflichten für alle Glieder der Gesellschaft. Damit wird zugleich eine immer steigende Veredelung der Menschheit erreicht, denn die Erleichterung des Kampfes ums Dasein, welcher heute die ganze Kraft und Gesundheit des Volkes in Anspruch nimmt, wird eine geistige Entwicklung zeitigen, wie man sie bisher noch nicht gekannt. So verleiht der große Klassenkampf der heute ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen dem Leben einen Sinn, welcher sicherlich „des Schweiges der Edlen“ wert ist, und man braucht nicht erst nach einem solchen zu suchen.

Aber was weiß denn der gelehrte Professor Eucken, dem man wegen seiner angeblich großartigen Ideen den Nobelpreis verliehen hat, an positiven Vorschlägen zu machen, um dem Leben „einen Sinn“ zu geben? Da hören wir nur ein paar allgemeine Nebensarten von „innerlicher Welt“, von „Verbindung von Liebe und Arbeit“, von „Aufsichtung und Befestigung des Reiches des Geistes“ und dergleichen, eine recht kümmerliche Weisheit, mit der innerhalb des kapitalistischen Betriebes nichts, aber auch gar nichts anzufangen ist. Das bleibt noch weit hinter dem großen Irrtum von Schiller und Goethe zurück. Diese waren durch die Katastrophen der französischen Revolution, welche die feudale Klassenherrschaft brach, erschreckt worden und hatten sich auf den Gedanken zurückgezogen, durch Bildung allein die Völker zur Freiheit zu bringen. Man braucht nicht erst des näheren auszuführen, wie die herrschenden Klassen es immer verstanden haben, ein Bildungsmonopol für sich und ihren Nachwuchs zu schaffen, welches die Klassen wie eine Mauer trennt. Diese Mauer kann nur von einzelnen, besonders starken Geistern von unten auf aus eigener Macht durchbrochen werden.

Die bürgerlichen Gelehrten, die in Lohnarbeiter der Bourgeoisieklasse verwandelt worden, haben damit die Aufgabe übernommen, die kapitalistische Welt als die „beste“ darzustellen und dies „wissenschaftlich“ zu begründen, sowie der Welt die Ueberzeugung beizubringen, daß die Gegensätze von arm und reich „in der menschlichen Natur begründet“ und „ewig“ seien. Die Gelehrten aber, die wenigstens äußerlich die Schäden des kapitalistischen Zeitalters erkennen, ohne das Wesen der kapitalistischen Produktion zu erfassen, sind, wie man sieht, nicht geeignet, die Wege zu weisen, aus denen man aus der heutigen Misere hinauskommt. Diese Philosophie bleibt ein Spielzeug für den Bourgeois, mit dem er seine Langeweile sich gelegentlich vertreibt, und für das er auch gelegentlich etwas aufwendet, um sich mit seiner „geistigen Höhe“ zu brüsten.

Im ganzen aber bedeutet das nichts anderes, als einen geistigen Niedergang, wie er stets sich geltend macht, wenn eine Klassenherrschaft sich überlebt hat.

Sorget dafür, daß der „Eisenbahner“ auch vom reisenden Publikum gelesen werde!

beamte, welche besonders weit von verantwortungsvollen Posten und Prüfungslokalen standen, und unorthographischer wie Waschweiber schreiben. Ferner über Wahlmogeleyen, Pensions- und Provisionsfondsgeschichten, über sonderbare Investitionsbuchungen und sonstige Vorkommnisse in der Ausgabenkontrolle, denen zuletzt ein Selbstmord folgte; ferner über Prozesse vor Preis- und Oberlandesgerichten, die mit bösen Defraudations- und Irrenhausgeschichten zusammenhängen;

Doch wann wäre es möglich, für all die mit „ferner“ beginnenden Aufzählungen ein Ende zu finden? — —

Wenn das Taylor-System eine Person wäre, könnte man ihm zurufen: „Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich werde Dir sagen, wer Du bist!“ — —

Der Verbandsbeitrag.

Solidarität, Kollegialität, Verbands- und Ueberzeugungstreue sind die starken Pfeiler, auf denen der stolze Bau der Gewerkschaftsorganisation ruht. Diese unerläßlichen Arbeitertugenden geben jeder Gewerkschaft die nötige Festigkeit und Stohkraft bei Verfolgung ihrer Zwecke und Ziele. Wie aber zu jedem Bau als erste Bedingung ein Fundament gehört, so gehört ein solches auch zu jeder Interessenkoalition. Im Gewerkschaftsleben bildet dieses Fundament die schöne Arbeitertugend Opferwilligkeit. Sie findet ihren präzisesten Ausdruck in dem an und für sich recht nüchternen Begriff Verbandsbeitrag.

Der Verbandsbeitrag ist der Grundstock der Gewerkschaft. Aus ihm strahlt die Kraft zur Betätigung der Solidarität, Kollegialität, Verbands- und Ueberzeugungstreue, welche guten Eigenschaften vor allem beim Kampf und Widerstand gegen das Unternehmertum im Angriffsgefecht zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen oder bei der Abwehr beabsichtigter Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis in Betracht kommen. Die Verbandskasse muß mit ihren Mitteln hinter der kämpfenden Kollegenschaft als Rückendeckung stehen, ohne ihre tatkräftige Mithilfe ist heutzutage das gute Gelingen eines gewerkschaftlichen Kampfes ausgeschlossen, der Hunger würde bald alle guten Grundsätze über den Hausen werfen, die streikenden Arbeiter bedingungslos in die Betriebe zurücktreiben, und die Unternehmer würden hohnlachend triumphieren...

Die Notwendigkeit eines gutgefüllten Kampf- und Widerstandsfonds steht also für jeden Gewerkschafter außer Zweifel. Einsichtige Kollegen haben das längst begriffen und suchen in jeder Weise dafür einzutreten, daß der Verbandskasse die Geldmittel in ausreichendem Maße zufließen. Trotzdem beobachten wir bei vielen Mitgliedschaften der Verbände einen gewissen Unmut, wenn ein Verbandstag eine Erhöhung der Beiträge beschließt, obwohl diese Erhöhung von den leitenden Personen als unbedingt notwendig erachtet und aufs genaueste begründet wird. Die Ursache zu solchem Unmut liegt in der Regel in der natürlichen Abneigung jedes Menschen gegen eine von ihm beanspruchte höhere Leistung. Diese Abneigung ist allerdings zu verstehen im gewöhnlichen bürgerlichen Leben, für das Gewerkschaftsleben ist sie aus dem genannten Motiv heraus wohl menschlich verständlich, vom Standpunkt der praktischen und erfolgreichen Gewerkschaftsbetätigung aber einfach unverständlich.

Es ist richtig, daß die schon seit Jahrzehnten anhaltende Verteuerungstendenz im Wirtschaftsleben vor allem von den Arbeitern schwer empfunden wird, die aufgeklärten unter ihnen wissen auch, daß sie diese ungeheure Ausbeutung den Nutznießern des kapitalistischen Staates zu verdanken haben, und stehen deshalb gegen Regierung und das koalitierte Großagrariertum in heftiger Opposition. Sie suchen durch ihre politische und wirtschaftliche Betätigung den unheilvollen Einflüssen der kapitalistischen Machthaber entgegenzuwirken. Sie kämpfen gegen erhöhte Steuern und Zölle, gegen eine Wirtschaftspolitik, die den Besitzenden nützt, den Arbeitern aber schadet. Sie treten damit nur für die Wahrnehmung ihrer Interessen ein und tun recht daran. Wie aber steht die von Staats wegen und durch mächtige Wirtschaftsfaktoren betriebene große Auspörrung der breiten Volksmassen im Vergleich zu dem verhältnismäßig niedrigen Verbandsbeitrag, den der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter allwöchentlich seinen wirtschaftlichen Kampf- und Unterstützungsfonds zuführt? Die Riesensummen, die der Staat den breiten Volksmassen zu seiner Aufrechterhaltung entzieht, dienen zum großen Teil Zwecken, die den Interessen des Volkes zuwiderlaufen, dienen zur Stärkung der Staatsmacht, die die Kulturbestrebungen der Arbeiterklasse mit allen möglichen Mitteln niederzuhalten sucht, der Staatsmacht, die die winzigen, hauer erkämpften Rechte des Proletariats, wie Wahlrecht und Koalitionsrecht, hinwegzukamotieren trachtet und durch Maßnahmen und Sanktionen aller Art das bisher vorhandene Arbeiterrecht illusorisch zu machen sucht. Außerdem dienen die dem Proletariat abgenötigten Steuern und Zölle zur Stärkung ihrer größten Feinde, sie füllen den von der Regierung begünstigten Junkern und Junkergenossen die unergründlichen Taschen und verhelfen ihnen damit zu mühelosem Reichtumserwerb.

Die Arbeiterklasse hat also alle Ursache, sich gegen diese en gros betriebene Auspörrung zu wehren. Um dies aber tun zu können, ist eine mächtige Organisation des Proletariats nötig. Der einzelne steht dem unheilvollen, kulturwidrigen Treiben der kapitalistischen Machthaber völlig macht- und einflusslos gegenüber, deshalb müssen sich die Arbeiter in ihren proletarischen Organisationen zusammenfinden und mit deren Hilfe ihren Gegnern entgegenwirken. Zu solchem Wirken aber gehören gefüllte Kampfkassen. Diese sind da zur Unterstützung des Kampfes auf politischem Boden, und im wirtschaftlichen Kampf, der ungleich größere Opfer erfordert als der politische, ist es folgerichtig notwendig, daß die Kasse ganz besonders gut fundiert ist, um allen an ihr gestellten Anforderungen

gen entsprechen zu können. Außerdem haben die Mittel der Gewerkschaften noch den Zweck, gemeinnützigen Unterstützungszwecken zu dienen und damit dem allgemeinen Solidaritätsgrundsatz zu entsprechen.

Der Unterschied ist also recht augenfällig. Die Beiträge, die der Staat in Gestalt von Steuern und Zöllen den breiten Volksmassen abnimmt, dienen zum größten Teil dazu, den Interessen dieser breiten Volksmassen entgegenzuwirken. Die Beiträge aber, die die Arbeiterklasse ihren Gewerkschaftskassen zuwendet, dienen dazu, den Arbeiterinteressen schädigenden Einflüssen der Industriemänner und Blut-sauger entgegenzuwirken. Der Gewerkschaftsbeitrag wird den Interessen der Gewerkschaftsmitglieder entsprechend verwendet, er stützt sie im Kampfe für die Verbesserung ihrer Lebenslage, bei der Abwehr von Unternehmerangriffen, und dient ihnen als Rückendeckung in besonderen Notfällen, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Umzug, im Sterbefall und bei sonstigen unterstützungsberechtigenden Vorfällen. Deshalb aber hat jedes Gewerkschaftsmitglied die sittliche Pflicht, den Gewerkschaftsbeitrag freudig und pünktlich zu entrichten, denn, was der Arbeiter hier zahlt, dient seinen vitalsten Interessen und trägt hundertfältige Frucht in Gestalt von Lohnaufbesserungen und sonstigen Erleichterungen im proletarischen Dasein!

Deshalb aber soll auch der Arbeiter nicht Krämerhaft zu feilschen trachten, wenn es sich um die Abmessung der Höhe der Gewerkschaftsbeiträge handelt! Ach, ihr trinkt ja so oft ein Gläschen mehr als notwendig wäre, und gebt, wenn ihr gut gelaunt seid, dem Kellner noch obendrein ein Trinkgeld. Ihr seid in so manchem Sportverein. Das wird nicht verurteilt, denn es dient in der Regel der Kräftigung eures Körpers. Auch dort zahlt ihr Beiträge, obwohl euch das gewerkschaftliche Gemüthichter am Herzen liegen muß als die Sportjacke. Euer Hausherr steigert euch die Mieten, ihr schimpft und zahlt. Oder ihr zieht aus und füllt einem anderen Hausagrarier in die Hände. Der Staat zapft euch Steuern und Zölle ab, ihr protestiert, kämpft dagegen, aber ihr zahlt, weil ihr müßt. Nun wohl, dann zahlt aber auch das, was zu eurem Besten dienen soll, den Verbandsbeitrag, mit frohem Herzen! Und feilscht nicht um die Höhe. Denn was ihr da einzahlt, geschieht ja zu eurem Nutzen und trägt hundertfältige Früchte! Ihr habt darüber die Kontrolle und könnt darüber wachen, daß alle Einnahmen wieder zu eurem eigenen Nutzen Verwendung finden. Die Verbandskasse ist nichts weiter als eine Sparbüchse, die eure Groschen sammelt und sie euch wiedergibt, wenn ihr ihrer bedürft, um zu kämpfen gegen die Ungunst des proletarischen Lebens und für die Verbesserung eurer Lebenslage!

Und laßt über das Attweibergeweise aller unserer Gegner. Es gehört ja zu deren Lieblingshema, euch darüber „aufzuklären“, daß eure Gewerkschaftsbeiträge „weggeworfenes Geld“ seien. Ach, sie fäßen ja nichts lieber, als daß ihr die Zahlung einstellt. Nicht zu eurem Wohlergehen und Nutzen, denn daran ist den Volksfeinden nichts gelegen. Nein, wehrlos wollen sie euch dadurch machen, zu Strohhalmen im Sturm des Wirtschaftskampfes, zu willenlosen Werkzeugen und billigen Ausbeutungsobjekten des Unternehmertums! Das ist ihr Lieblingswunsch, und sie scheuen weder Verleumdung noch Lüge, um euch vom Pfad der wahren Erkenntnis abzubringen!

Spottet also der Verleumdungen der Gegner, insbesondere der schwarzen Böllinge. Und zahlt eure Beiträge gern. Sie dienen eurer Rückendeckung im wirtschaftlichen Kampf, sie sind das Fundament eurer Organisation! Das begreift endlich und vergeßt es nie. Schreitet auf dem einmal als richtig erkannten Pfad weiter, und ihr werdet dann auch letzten Endes die Emanzipation der arbeitenden Klassen aus Iron und Knechtschaft und den Sturz des Kapitalismus herbeiführen!

Das ist es, worauf es euch hiebei ankommt!

Wie der Anteil des Unternehmergewinnes am gesamten Mehrwert sinkt.

In der „Gewerkschaft“, des Organs der Gewerkschaftskommission Oesterreichs, schildert Genosse D. B. an der Hand von Bilanzen der Banken, wie durch die Erhöhung des Zinsfußes die Banken trotz der eminenten Wirtschaftskrise erhöhte Gewinne verzeichnen konnten und wie sehr der Anteil des Unternehmergewinnes am gesamten aus der Arbeit entfließenden Mehrwert sinkt, weil die Industriellen einen immer größeren Teil des Mehrwerts an Zinsen, Steuern und Bodenzins, als auch für Rohprodukte, besonders für Kohle abgeben müssen. Genosse D. B. zeigt auch auf, wie sehr durch diese Tatsache der Widerstand der Industriellen gegen die Forderungen der Arbeiter wachsen wird, woraus wiederum hervorgeht, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter raslos ausgebaut werden muß, wenn sie in künftigen Fällen auf Erfolge in ihren Kämpfen rechnen will.

Während die Statistik der Gewerkschaften und der Arbeitsnachweise die Fortdauer einer beispiellos großen Arbeitslosigkeit feststellt: während die Industrie darniederliegt, das Einkommen der Arbeiterklasse geschnitten ist und auch das Industrie- und Handelskapital sich mit verringerten Gewinnen bescheiden muß, haben die Banken ihre Jahresbilanzen mit unerhört hohen Profiten abgeschlossen. Zwar sind auch die Banken von der Krise nicht unberührt geblieben. Sie haben Kursverluste an ihren Wertpapieren zu beklagen; die von ihnen beherrschten Unternehmungen haben geringere Erträge abgeworfen; gewinnbringende Neugründungen erlaubte die Ungunst der Zeiten nicht. Aber alle diese Einbußen werden überreich aufgewogen durch den Mehrerwerb, den die Banken aus dem hohen Zinsfuß schöpfen. Ein hoher Zinsfuß schädigt alle, die sich Geld ausborgen müssen; was diese verlieren, das

gewinnen diejenigen, die Geld zu verleihen haben. So haben die Banken aus der hohen Verzinsung einen Uebererwerb gezogen, der sie für die Verluste des Krisenjahres vollauf entschädigt hat. Der Reingewinn unserer größten Banken betrug:

	1909	1910	1911	1912	1913
	in Tausenden Kronen				
Kreditanstalt	14.108	13.330	18.297	18.246	20.683
Bodenkreditanstalt	12.355	12.587	13.091	14.245	14.775
Länderbank	7.901	11.663	12.554	12.582	13.208
Bankverein	11.823	11.909	12.554	12.690	13.201
Anglo-Oesterreichische Bank	5.322	7.314	9.814	11.662	12.525
Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft	6.674	6.975	8.999	9.045	10.640
Zinnoftensbanka	3.024	4.324	6.977	7.626	7.790
Unionbank	5.769	5.897	7.071	7.089	7.223

Der Reingewinn dieser acht Banken im Krisenjahr betrug also über 100 Millionen Kronen gegen 93,2 Millionen im Jahre 1912 und erst 67 Millionen im Jahre 1909. Eine niedliche Steigerung.

In der Dividende der Banken drückt sich diese Steigerung nicht voll aus. Ein großer und stets steigender Teil des Reingewinns wird ja zur Bildung von Reserven verwendet, einen anderen Teil verschlingen die Gewinnanteile (Tantiemen) der Direktoren, Verwaltungs- und Aufsichtsräte. Trotzdem haben alle Wiener Banken (außer der Länderbank) im Krisenjahr ihre Dividende erhöht! Diese betrug in Prozenten des Aktienkapitals:

	1909	1910	1911	1912	1913
Kreditanstalt	10	10	10 ^{1/16}	10 ^{1/16}	10
Bodenkreditanstalt	17	18	19	19	20
Länderbank	6,5	7	7,5	7,5	7,5
Bankverein	7,5	7,5	7,5	7,5	8
Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft	9	9,5	10	10	10,5
Zinnoftensbanka	7,5	7	7	7,5	7,5
Unionbank	8	8	8,25	8,25	8,5

Gerade in den Jahren, in denen nicht nur die Löhne der Arbeiter, sondern auch die Profite des Industrie- und Handelskapitals gesunken sind, haben also die Banken riesige Mehrgewinne aus der Volkswirtschaft geschöpft.

Neben dem Bankkapital hat auch das Bergwerkskapital im Krisenjahr bedeutende Mehrgewinne erzielt. So weisen zum Beispiel die folgenden Bergwerksgesellschaften erhöhten Reingewinn aus:

	1909	1910	1911	1912	1913
	in Tausenden Kronen				
Oesterreichische Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft	2936	3171	4639	6380	6925
Brüder Kohlenbergbau-Aktiengesellschaft	4201	4326	4308	4794	5732
Westböhmische Bergbauverein	2905	2885	2855	2971	3092
Nordböhmische Kohlenwerks-Gesellschaft	2208	2206	2190	2648	2991

Auch von den Bergwerksgesellschaften haben viele im Krisenjahr ihre Dividende erhöht; so die Brüder Kohlenbergbau-Aktiengesellschaft von 23 auf 25 Prozent, der Westböhmische Bergbauverein von 12 auf 13 Prozent, die Nordböhmische Kohlenwerks-Gesellschaft von 16,75 auf 18 Prozent. Die Grubenbarone können mit dem Krisenjahr zufrieden sein!

Die Arbeit ist die Quelle der Werte. Im letzten Jahr waren in Oesterreich Zehntausende Arbeiter arbeitslos, Hunderttausende zu Feiertagen, zum „Aussetzen“ verurteilt. Es ist weniger Arbeit geleistet, es sind daher auch weniger Werte erzeugt worden. Nicht nur das Lohneinkommen ist verringert worden, sondern auch der Mehrwert, den die Arbeiterklasse für die bestehenden Klassen erzeugt. Aber die Verringerung des Mehrwerts hat nicht alle Schichten der bestehenden Klassen in gleichem Verhältnis getroffen. Denn die Verteilung des Mehrwerts auf die einzelnen Gruppen unter den bestehenden Klassen hat sich geändert.

Der Mehrwert, den die Arbeiter erzeugen und den die bestehenden Klassen einsafsen, zerfällt in vier Teile. Ein Teil fällt den Grundbesitzern als Grundrente zu, ein zweiter Teil dem Geldkapital als Kapitalzins, ein dritter dem Staat, den Ländern und Gemeinden als Steuern, der Rest bleibt den industriellen Kapitalisten als ihr Unternehmerrgewinn. Wie hat sich nun im letzten Jahr diese Verteilung verändert? Die Steuern sind gestiegen. Wie der Kapitalzins angefallen ist, zeigen die Bilanzen der Banken. Was die Grundrente betrifft, so zeigen die Steigerungen der Bergwerksrente die Bilanzen der Bergwerksgesellschaften; daß auch die Grundrente des landwirtschaftlichen Hausbesitzes gestiegen ist, ist angesichts der Feuerung nicht zu bezweifeln. Obwohl also die Gesamtgröße des Mehrwerts gesunken ist, sind Steuern, Kapitalzins und Grundrente gestiegen. Die Verkleinerung des Mehrwerts hat also ausschließlich den Unternehmerrgewinn betroffen.

Es handelt sich hier gewiß um eine allgemeine Erscheinung, die in der Krise nur besonders deutlich sichtbar wird. Seit der Mitte der neunziger Jahre schon können wir beobachten, daß — sehr im Gegensatz zu den Siebziger- und Achtzigerjahren — der Kapitalzins infolge der Regel des hohen Zinsfußes, die Steuern infolge der riesigen Steigerung des Staatsbedarfs und die Grundrente infolge der Verteuerung der Rohstoffe und der Preise der Wohnungen und Lebensmittel sehr schnell steigen. Die Fabrikanten müssen einen wachsenden Teil des Mehrwerts, den sie aus der Arbeit der Proletarier ziehen, als Preis für Boden, Rohstoffe, Kohle, dem Staat als Steuer abtreten. Der Anteil des Unternehmerrgewinns am gesamten Mehrwert sinkt. In Zeiten guten Geschäftsganges ist diese Erscheinung verhältnißlos da der gesamte Mehrwert schnell wächst, steigt auch die absolute Größe des Unternehmerrgewinns, obgleich sein Anteil am Mehrwert sinkt. In Zeiten der Krise aber wird das Sinken des Anteils des Unternehmerrgewinns am Mehrwert sofort sichtbar; während der Staat, die Banken, die Bergwerksbesitzer, die städtischen Hausbesitzer und die Agrarier erhöhte Gewinne einstecken, ist der Gewinn des industriellen Kapitals beträchtlich verringert.

Für die Arbeiterklasse ist diese Entwicklung sehr gefährlich. Wir können unsere Lohn-

forderungen nicht an die Banken stellen, die den Fabrikanten einen großen Teil des Mehrwerts als Zinsfuß des ihnen geliehenen Kapitals abnehmen; nicht an die Bergwerksbesitzer, die den Fabrikanten die Kohle; nicht an die Agrarier, die ihnen Wolle und Baumwolle, Holz und Säute liefern und sich auf diese Weise einen Teil des Mehrwerts aneignen; nicht an den Staat, der einen weiteren Teil des Mehrwerts als Steuern einhebt. Wir können unsere Lohnforderungen nur an die Fabrikanten stellen. Diese werden aber den Forderungen der Arbeiter dem erbittertesten Widerstand entgegenstellen, wenn sie von dem Mehrwert, den sie aus der Arbeit der Arbeiter schöpfen, einen wachsenden Teil der Banken, den Bergwerksbesitzern, den Agrariern, dem Staat abtreten müssen. Je mehr Kapitalzins, Grundrente und Steuern auf Kosten des Unternehmerrückgewinns anschwellen, desto erbitterter wird der Widerstand der Unternehmer gegen die Forderungen der Arbeiter. Mit diesem verstärkten Widerstand müssen wir rechnen. Die Arbeiterklasse muß ihre gewerkschaftliche Organisation zur höchsten Leistungsfähigkeit vervollkommen, wenn sie diesen Widerstand brechen will.

Brotwucher und Agrarierübermut.

Das unerträgliche Steigen der Getreidepreise in Oesterreich und Ungarn hat, wie wir bereits berichteten, auch bürgerliche Kreise aufgebracht und zum Protest gegen die Wucherzölle bewogen. Dieser Protest hat aber wiederum die Agrarier auf den Plan gerufen, und man kriegt beinahe Respekt vor der selbstbewußten Frechheit, mit der diese Garde des Brotwuchers auftritt. Natürlich hat dabei der berüchtigte Reichsritter v. Sohenblum die Führung. Man höre nur:

„Trotz aller gegen die Bauernschaft gerichteter Agitation werden die Getreidezölle in Oesterreich-Ungarn nicht um einen Heller ermäßigt werden!“

„Auch die Grenze wird nach wie vor gegen die Vieheinfuhr geschlossen bleiben!“

„Man wird im Gegenteil auch an die Schaffung von Schutzzöllen auf Milchprodukte und Gemüsebau schreiten.“

Mit diesen drei gewichtigen Sätzen hat der Führer der österreichischen Agrarier aller Parteien und Nationen kürzlich in einer Bauernversammlung in Eger auf die schändlichsten Verbrechen geantwortet, die von der Budapest Gemeindevertretung bereits unternommen und vom Wiener Gemeinderat begonnen wurden, die Regierungen Oesterreichs und Ungarns um eine zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle bis zur neuen Ernte zu veranlassen. Die Versammlung beschloß auch eine ähnliche Resolution, in welcher gegen die Bestrebungen, die agrarischen Schutzzölle herabzusetzen oder ganz aufzuheben, protestiert wird.

Die Agrarier haben auch ganz recht. Was geht es sie an, wenn zu der Arbeitslosigkeit und dem schlechten Verdienst der breiten Volksschichten jetzt Getreidepreise kommen, die um 10 Kr. höher sind als der Preis auf dem Weltmarkt? Dazu wurden ihnen ja vom Privilegienparlament 1905 die hohen Zölle gegeben, damit sie die Zeit der Not, die Zeit, wo die inländische Ernte nicht mehr ausreicht, um den Bedarf zu decken, ausnützen, um den Zoll von Kr. 6-30 auf den Meterzentner Weizen von der Bevölkerung hereinzukriegen. Was kümmert es sie, wenn der jährliche Getreideverbrauch in Oesterreich nur 375 Kilogramm per Kopf ausmacht, in Deutschland aber, obwohl dort auch auf die Agrarier nicht vergessen wurde, 517 Kilogramm? Was brauchen sie sich darum zu scheren, daß in der ganzen Welt Getreidevorräte genug vorhanden sind, nur nicht in Oesterreich, und daß die Preise hierzuland um den Zoll und um die Transportkosten höher sind als überall im Ausland? Was kümmert die Großgrundbesitzer und großen Bauern in Oesterreich und in Ungarn die Tatsache, daß die Erhöhung des Getreides, das heißt der Mehlpreise, in eine Zeit fällt, wo infolge der wahnsinnigen auswärtigen Politik der österreichischen Staatsmänner eine wirtschaftliche Krise im Staat herrscht? Sie haben ihren Schein, das Gesetz, das ihnen die Zölle garantiert, und bestehen auf ihrem Schein — ja, sie kündigen ruhig an, daß sich da auch in Zukunft nichts ändern wird, höchstens zum Schlimmern, indem sie auch die Milchprodukte und Gemüse unter einen solchen Wucherzoll stellen wollen.

Sie können so reden, die Herren Agrarier, als ob sie die Herrscher in Oesterreich wären! In allen bürgerlichen Parteien sitzen sie in stattlicher Anzahl. Der Deutsche Nationalverband des Parlaments hat seine Agrarier, die Christlichsoziale Partei, die slawischen Parteien, alle haben den Agrarismus im Leib, und das ist ein gar einflußreicher und fruchtbarer Tyrann. Die bürgerlichen Vertreter der Städte, der Industrie, vor allem die Deutschnationalen, als die von den Beamten, Angestellten, Gewerbetreibenden, Fabrikanten u. s. w. Gewählten hätten zwar alle Ursache, sich für billige Lebensmittel einzusetzen, gegen den Zollwucher aufzutreten. Aber sie haben es 1905 nicht gewagt, als noch nicht das gleiche Wahlrecht war, und sie wagen es jetzt nicht, weil sie den Austritt der deutschen Agrarier aus dem Nationalverband fürchten — denn die deutschen Agrarier sind in erster Linie Agrarier, und dann erst Deutsche, und das ganze Deutschland kann ihnen gestohlen werden, wenn sie nicht das Recht haben, die deutschen Stammesbrüder auszuhungern. Der nationale Kampf läßt im Deutschen Nationalverband auch auf diesem Gebiet jede Regung zur Wahrung der wirklichen Interessen ihrer eigenen Wähler, und die Kraus, Glöckner u. s. w. liefern die Städte und Konsumenten, die sie vertreten sollten, den Wucherzöllen nach wie vor aus, weil sie vor den Agrariern in ihrer Partei zusammenknien.

Gewiß wäre auch eine zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle von Nutzen, aber glaubt jemand, daß es sich die §-14-Regierung des Grafen Stürgkh mit den Agrariern, die ihre stärkste Stütze bei den adeligen und geistlichen Großgrundbesitzern des Herrenhauses haben, verderben wird? Oder selbst wenn sie es wollte, wie sie es nicht will, wer glaubt, daß die ungarische Regierung, die nach dem Gesetz um ihre Zustimmung gefragt werden muß, vor einer §-14-Regierung in Oesterreich solchen

Respekt hätte, solche Wünsche zu erfüllen, die gegen den Geldsack der ungarischen Großgrundbesitzer gerichtet sind? Nichts kommt bei der Aktion heraus — deshalb wird sie der Christlichsoziale Wiener Magistrat auch empfohlen haben — aber deshalb soll nicht gesagt werden, daß der Versuch unterlassen werden soll — nur soll man nicht Hoffnungen auf die Regierung setzen, sondern ausschließlich darauf, daß es durch solche Kundgebungen schließlich doch möglich sein kann, die Wähler in Oesterreich aufzurütteln, auf daß sie bei den nächsten Reichsratswahlen, die ja nicht mehr lange auf sich warten lassen werden, den schlappen, feigen Deutschnationalen den Laufpaß geben. Geschieht dies trotz der zehnjährigen agrarischen Hungerkur nicht, dann wird der neue Zolltarif, der von 1917 an wirksam sein wird, wirklich genau so ausfallen, wie es der Ritter v. Sohenblum in der Bauernversammlung beföhlen hat: Keine Milderung im Zollwucher, vielmehr Ausdehnung des Wucherzolls auf die letzten Lebensmittel!

Christlichsoziale Verleumder.

Aus Franzensfeste wird uns geschrieben: Es wird uns die wenig ehrenhafte Aufgabe zuteil, den Verleumdern von Franzensfeste ihr Bügelnmaul ein bißchen abzuklopfen. So sehr es uns auch widerstreben mag, uns mit dieser Gattung Leute zu befassen, die bewußt die Tatsachen ins Gegenteil verkehren, so notwendig ist es, daß wir den in der „Oesterreichisch-Ungarischen Eisenbahner-Zeitung“ Nr. 13 vom Juli l. J. erschienenen Verleumderartikel entsprechend korrigieren. Dieser Artikel, der nur aus einem Konglomerat von Lügen besteht, handelt von den jüngst stattgefundenen Wahlen des Arbeiter-Vertrauensmännerauschusses der Station Franzensfeste. Er ist geboren aus der Wut, in die die hiesigen Verleumdern verfielen, als sie ihre selbstverschuldete Niederlage zu empfinden begannen, und hat eine rein denunziatorische Absicht. Wir sind viel Anstand und Offenheit auch von den Franzensfester Berichterstattern der Verleumdern nicht gewohnt, dieser gemeine Artikel, mit wir uns nun aber befassen wollen, überschreitet das Maß üblicher Hinterhältigkeit und ist daher einer näheren Betrachtung wert. Durch solche Praktiken der hiesigen Verleumdern werden nämlich auch die Dummsten sehend, mit welchen Charakteren man unter den Christlichsozialen zu rechnen hat, und wenn wir zum Öffnen der Augen noch etwas beitragen, so werden sich auch die wenigen, die sich heute noch zu den Verleumdern bekennen, mit Abscheu von dieser sauberen Gesellschaft abwenden.

Nach der Schreibweise des Verfassers dieses Verleumderartikels sind diese armen Christlichsozialen in Franzensfeste wieder einmal von den bösen Sozi überrollt und so um ihre Hoffnungen betrogen worden. Es ist entsetzlich, dies anzuhören, so leid muß es einem um diese armen Mäcker tun. Sie (die Verleumdern) schreiben da von ihrer unentwegten Absicht, dieser neuen Einrichtung, des Vertrauensmännerauschusses, keine politische Färbung geben zu wollen, nur diese roten Sündenfride haben die gute Absicht vereitelt. Um ihren Gedanken zu verwirklichen, haben die Verleumdern sogar im Hotel „Bahnhof“ eine Versammlung einberufen, deren Zweck die Nominierung der Kandidaten war. Gewiß ein Vorgang, der, wenn er richtig praktiziert worden wäre, allseitige Zustimmung finden müßte. Sie berufen sich dann noch auf ihren Obmann Franz Kneider, der sich, weil er unter den definitiv Angestellten rangiert, bei diesen Wahlen vollkommen passiv verhielt und so bestrebt war, ein Muster verkörperter Objektivität — um nicht zu sagen reinster Unschuld — darzustellen. Kurzum, diese „Scheindrüsen“ taten alles, um jeden Parteihader hintanzuhalten und die ganze Wahl nur rein vom Eisenbahnerstandpunkt aus in die Wege zu leiten. Großartig, schön und selbstlos so etwas! Nun, wer's glaubt, wird selig, und wer's nicht glaubt, fährt eben den kürzeren Weg zum Himmel.

In Wirklichkeit steht die Sache ein wenig anders. Diese Versammlung, auf die sich unsere Verleumdern so viel zugehört tun, nachdem sie nun dazu dienen soll, um ihnen den Schein der Brüderlichkeit zu verleihen, wurde von diesen Scheinheiligen erst am Samstag den 16. Mai d. J. einberufen, während dieselben Scheinheiligen schon am Dienstag den 12. Mai daran gingen, ihre Kandidatenliste auszugeben. Das ist also doch der höchste Spinat. Am Dienstag schon gibt man die fertige Kandidatenliste als Nebenartikel aus, und am Samstag darauf findet eine Versammlung statt mit dem Zweck, die Kandidaten zu nominieren. Größer ist die Dummheit wohl noch nie betrogen worden. Dazu kommt aber noch, daß die Versammlung nicht etwa eine freie Eisenbahnerversammlung war, sondern, wie diese Querulanten in ihrer Beschränktheit selbst zugeben, war es eine Versammlung der „Christlich organisierten“ (das Märchen „Sozial“ lassen sie schon gelassenheitlich aus, denn Sozialismus ist ihnen ja doch fremd) Eisenbahner, die dazu bestimmt gewesen wäre, eine unparteiische Kandidatenliste zu fixieren. Es gehört eine ordentliche Portion Dummheit dazu, um zu glauben, daß sich da nur so ein paar „Christliche Kampfbühnen“ zusammensetzen brauchen, um den ihrerseits gefassten Beschluß dann als ihren Willen der gesamten Arbeiterschaft einer so großen Station aufzwingen zu können. O, christliche Logik, wie siehst du so wunderlich aus!

Es gibt hierfür nur zwei Entschuldigungsgründe, und die heißen: dumm oder frech. Nach diesen, den Parteisatz und unbegrenzten Egoismus an der Stirne tragenden Handlungen haben sie aber noch immer die Kühnheit, von einem einheitlichen Vorgehen, von einem Ausschalten jeglichen Parteihasses fasseln zu wollen. Wir meinen, es ist überflüssig, zur Charakteristik dieser Vorgangsweise noch weitere Worte zu verlieren, denn wir kennen diese Sorte Leute doch längst und stoßen unter ihnen allüberall auf dieselben Charaktere. Bemerkenswert wollen wir nur noch, daß der von den „Christlichen“ fein ausgeheckte Gimpelzug, indem tatsächlich drei unserer Leute als die letzten drei Ersatzmänner auf die Kandidatenliste gestellt wurden, selbstredend auch nicht gelungen ist. Es waren zwölf Mandate zu vergeben, und in ihrer „Bescheidenheit“ beanspruchten die Christlichen hiebei nicht weniger als neun Mandate, und zwar die sämtlichen Ausschußmitglieder sowie jene der ersten drei Ersatzmänner. Nach dem Kräfteverhältnis gehörten aber uns sieben und ihnen nur fünf Mandate. Es gibt nichts über christliche Bescheidenheit.

Wir wären als Freunde des Proporz stets für eine gerechte Aufteilung der Mandate zu haben gewesen und warteten auch tatsächlich, bis es beinahe schon zu spät war, um mit den Christlichen konkurrieren zu können, ob sie es denn nicht doch vorziehen würden, uns auf der Hälfte des Weges

entgegenzukommen. Nachdem diese saubere Gesellschaft aber schon ihre Kandidatenliste zu verteilen begann und, wie zum Hohn, drei unserer Genossen als die letzten drei Ersatzmänner darauf figurierten, da verlangten mit Recht auch unsere Leute, daß wir nun selbständig vorgehen und ungefähr die nötigen Vorkehrungen treffen. Die Folge war dann eine Versammlung der zu uns gehörigen Arbeiter beim Renalter am 14. Mai, aus deren Reihen selbstverständlich auch die Kandidaten entnommen wurden — und zwar, ohne den Herrn Verleumdernhauptling zu befragen. Also nachdem von seiten der „Christlichen“ am 12. Mai bereits die „Christlichen“ Kandidatenliste ausgegeben waren, fand am 14. Mai erst unsere Versammlung statt. Wir meinen nun, daß unter solchen Umständen von einem in den Rücken fallen oder von einer Vergewaltigung durch uns nicht gesprochen werden kann. Daß die „Christlichen“ dann noch zum Augenaußweichen am 16. Mai im Hotel „Bahnhof“ eine Versammlung abhielten, ändert nichts daran, daß die Kandidaten ihrerseits schon am 12. Mai publiziert wurden. Eine recht eigentümliche Wahrheitsliebe der „Christlichen“, die da zum Vorschein kommt. Zug und Trug sind eben die obersten Grundsätze dieser Gesellschaft, denn sonst kämen sie überhaupt kaum zum Wort: Das Schönste aber kommt erst, und zwar ist dies die durch den bisher behandelten Artikel beabsichtigte Denunziation des Genossen Kugler. Die Resonanz des ganzen Artikels ist ja nur diese Denunziation. Ob sie damit Glück haben werden, ist allerdings eine ganz andere Frage. Nach ihrer Darstellung hätte Kugler den amtlichen Hektographen — o entsetzlich! — zur Herstellung der Kandidatenliste benützt, vor sich dann solche Zettel hingelegt und die Arbeiter bearbeitet, diese Zettel einzukleben. Alles ist natürlich Erfindung. Kugler hat über ausdrückliche Bitte der Versammlung vom 14. Mai zwar die Nebenartikel hergestellt, wie dies ja auch der als so friedliebend hingestellte Franz Kneider bei den „Christlichen“ machte, benützte hiezu aber nicht die Dienststunden und auch nicht den amtlichen Hektographen, denn wir sind längst im Besitz eines solchen Apparats. Das möge sich der Spion mit seiner Duckmäuserfratze gut merken. Was die Wahlnotigung anbelangt, deren Kugler beschuldigt wird, steht die Sache so, daß zwei Magazinsarbeiter mit je einem Kandidatenklebezettel in der Hand in die Kanzlei kamen, um den amtlichen Stimmzettel zu beheben. Nach Erhalt derselben haben sie um etwas Gummi zum Einkleben dieser Zettel. Selbstredend hat Kugler eine solche Bitte nicht abgeschlagen, sondern ersuchte den anwesenden Kanzleidiener, denselben zu willfahren. So sieht die Sache in Wirklichkeit aus, und ist dem noch anzufügen, daß Kugler von den hektographierten Kandidatenzetteln für sich selbst keine zurückbehielt, sondern alle einem ihm bezeichneten Genossen zur weiteren Veranlassung übergab. Das Lügengewebe stürzt in sich zusammen wie ein Kartenhaus. Alles wäre aber noch verzeihlicher, wenn diese faulenzenden „Christlichen“ samt ihrem Häuptling wenigstens in dieser Hinsicht selbst makellos dastehen würden. So aber hatten wir bereits Gelegenheit, just ihr Oberhaupt, den objektiven Franz Kneider, dabei zu ertappen, wie er in seiner amtlichen Eigenschaft als Kanzleidiener und während den Dienststunden beim Austeilen der amtlichen Stimmzettel fleißig christlichsoziale Agitation entfaltete. Uns war die Sache zu dumm, als daß wir sie, nachdem wir uns kurzerhand selbst Hilfe geschaffen hatten, noch weiter ausgeschrotet hätten. Aber so sind diese Leute. Sie selbst müssen froh sein, daß man sie laufen ließ, und zum Dank werden anderen Märchen angedichtet. Bezüglich der 42 Stimmen ist zu sagen, daß, wenn Kugler überhaupt jemals hiebei gesprochen hat, dies nur unseren beiläufigen Berechnungen entsprach, wovon selbstredend auch Kugler Kenntnis haben dürfte. Wie gebrauchten vorhin den Ausdruck „Märchen“, und dies nicht ohne Grund. Die „Christlichen“ bezeichnen nämlich ihre ganze Denunziation selbst als Märchen, in dem sie schreiben: „Hinter diesen Schilderungen aber verbergen sich noch manche andere Märchen, die sich speziell auf das christliche Magazinspersonal erstrecken, und es wird eine Zeit kommen, wo auch auf diese die Sonne ihre Strahlen erscheidend werfen wird.“ Damit erklären sie wohl bündig ihren ganzen Verleumderartikel selbst für ein Märchen, so daß wir nur noch die Tatsachen gegenüberstellen brauchen. Betreffend die Sonnenstrahlen möchten wir den Verleumdern aber trotz alledem noch den freundschaftlichen Rat geben, sich dabei hübsch in den Schatten zu stellen, denn sonst könnte die Butter auf dem eigenen Kopf sämeln und im flüssigen Zustand ihre „interessanten Gesichter“ verunzieren. Uns täte es wahrlich leid, wenn wir diese charakteristischen Physiognomien nicht mehr in unverfälschter Naturschönheit schauen könnten. Was nun die so recht hauchkriecherische Bemerkung von den „Stufen der Generaldirektion der Südbahn“ betrifft, möchten wir noch einwenden, daß, ehe überhaupt irgendwelche weiteren Schritte unternommen werden können, eine eingehende Erhebung und protokolllarische Feststellung der Tatsachen erfolgen müßte. Wir erklären nun, ein solches Protokoll nicht fürchten zu brauchen, denn die gegen uns vorgebrachten Anschuldigungen sind zum Teil auf den Kopf gestellte Tatsachen, zum anderen Teil aber tatsächliche Märchen, und wenn man will: Verleumdungen ordinärster Sorte. Vor dem Ausgang braucht uns nicht zu hangen, denn unser Genosse ist jedenfalls reiner als dieser „christliche Aufklärer“. So ein Protokoll könnte uns höchstens in ungewandelter Form die ärgsten Spione, die Wölfe im Schafspelz zeigen, und ob dies gerade schaden könnte, wissen wir nicht. Also, los! Das eingebüßte Ansehen wird sich auf solche Art nicht wiedergewinnen lassen.

Inland.

Der permanente Absolutismus.

Der lustige § 14.

Am 26. Juli des vorigen Jahres hat Graf Stürgkh seinen böhmischen Staatsstreich gemacht. Es war unter den vielen Streichen, die er ausgeführt hat, der stärkste. Denn trotz dem Mißbrauch, der mit dem § 14 getrieben wird, konnte die böhmische Landesversammlung nicht auf Grund dieses Paragraphen außer Kraft gesetzt werden, der Absolutismus mußte also, um in Böhmen eine Ordnung herstellen zu können, die seinem Sinne gefiel, selbst auf den Schein einer Rechtsform verzichten — das „kaiserliche Patent“, durch das das absolutistische Regiment in dem glorieichen Königreiche hergestellt wurde, sprach ganz offen von Maßnahmen, die sich auf einer Linie bewegen, die nicht innerhalb, sondern neben der Landesversammlung verläuft. Seither ist fast ein Jahr vergangen. Die Neuwahlen in den böhmischen Landtag, die in dem

Patent in Aussicht gestellt wurden, sind noch immer nicht ausgeschrieben worden und kein Mensch glaubt, daß das noch in absehbarer Zeit geschehen wird. Dafür hat sich Graf Stürggh wieder ein bißchen „neben der Landesverfassung“ zu schaffen gemacht: vor einigen Tagen ist ein neues kaiserliches Patent erschienen. Es besteht aus vier Artikeln, von denen der zweite sehr interessant ist. Er bringt der Stadt Reichenberg die Ermächtigung zur Erhebung von Getränkeabgaben. Das interessanteste daran ist, daß diese Ermächtigung erbettelt worden ist. Die Reichenberger Deutschnationalen, die dem borniertesten Nationalismus huldigen, die am lautesten nach der Zweiteilung Böhmens schreien (sie hoffen, daß Reichenberg dann von Rechts wegen die „Metropole von Deutschböhmen“ werden wird, wie sie es heute schon gerne nennen), diese deutschen Männer, die der Regierung bei jeder Gelegenheit die schärfste Opposition androhen, sind zu der Verwaltungskommission sehten gegangen. Was Wunder, daß der Absolutismus sich immer mehr zeigt. Nicht uninteressant ist auch der vierte Artikel. Er betrifft Maßnahmen zur Ausrottung der Bismarratie. Dieses liebeliche Tierchen hat der Fürst Colloredo-Mannsfeld im Jahre 1905 zu Jagdzwecken aus Kanada nach Böhmen eingeführt. Seitdem hat es sich über ganz Böhmen verbreitet und bringt auch schon in Sachsen ein. Es hat unter den Fischbeständen furchtbare Verheerungen angerichtet, die älteste und stärksten Teichdämme untergraben, kurz einen ungeheuren Schaden angerichtet. Und das alles ließ man jahrelang geschehen, um einen fieslichen Herrn nicht in seinem aparinen Jagdvergnügen zu stören.

Um aber auf Stürggh zurückzukommen: er ist jetzt so fleißig, daß er bald täglich einen Verfassungsbruch liefern wird. Vor etlichen Tagen hat er auf Grund des § 14 des Veteranengesetz Kundgemacht. Die österreichischen Kriegervereine haben seit Jahren für ihre Mitglieder das Recht gefordert, bei Ausrückungen einen Säbel zu tragen. Sie agitierten so lange, bis die Sache vors Parlament kam, und die parlamentarischen Anwälte der Kriegervereine setzten vor drei Jahren im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses, als einmal die Mehrheit der Ausschussmitglieder abwesend war, durch, daß das Veteranengesetz „beschlossen“ wurde. Das Haus wurde dann aufgelöst, die Regierung brachte ihre Vorlage in dem neuen Hause wieder ein, aber der Wehrausschuß zog sie nicht wieder in Beratung, denn die Mehrheit wollte das Gesetz nicht. Und nun wird diese Staatsnotwendigkeit auf Grund des § 14 verordnet! Natürlich handelt es sich dem Stürggh nicht darum, den Veteranen den zum Soldatenpielen erforderlichen Säbel um die Lenden zu gürteln, sondern um die Schaffung einer Organisation, in der der patriotische Geist gezüchtet werden soll. Die bestehenden Veteranenvereine werden zu einem Gesamtverband vereinigt und einer strengen Polizeiaufsicht unterstellt. Der Patriotismus soll nicht mehr wild wachsen, sondern rationell gepflegt werden. Aber Stürggh wird sich irren. Die slavischen Vereine werden seinem Kriegerkorps gewiß nicht beitreten, und so wird der „enge Zusammenschluß aller patriotischen Elementen“ nur zeigen, daß die Patrioten in Oesterreich ein rares Gewächs sind.

Es heißt, daß das Parlament im Oktober einberufen werden wird. Natürlich denkt Stürggh jetzt schon darüber nach, wie er es dann wieder so rasch als möglich loswerden soll — wenigstens deuten die offiziellen Blätter schon heute recht verständlich an, daß er kurzen Prozeß machen will. Aber es könnte diesmal doch anders kommen, als er es sich wünscht. Der Sozialversicherungsausschuß des Abgeordnetenhauses (der auf Betreiben unserer Genossen in Permanenz erklärt, also von der Vertagung des Reichsrats nicht betroffen wurde) ist mit seinen Arbeiten im wesentlichen fertig. Durch fünf Jahre hat sich die Beratung der Vorlage hingezogen. Oft und oft schien das Werk dem Scheitern nahe zu sein. Der ähnen Energie der sozialdemokratischen Abgeordneten gelang es, alle Schwierigkeiten, die sich der Sozialversicherung entgegenstellten oder ihr von den Feinden der Arbeiter entgegengestellt wurden, zu überwinden. Es gelang ihnen sogar, was in Oesterreich am schwersten ist: die Nationalisten zu bändigen. Die Sprachenfragen in der Sozialversicherung wurden gelöst. Nun ist die Vorlage im Ausschusse erledigt. Was sie den Arbeitern bringt, bleibt weit hinter dem zurück, was die Arbeiter fordern. Vor allem ist die Arbeiterversicherung in ganz sinnloser Weise mit der Versicherung der Selbständigen verquid worden. Dazu kommt, daß die Vorlage die Selbstverwaltung der Arbeiter in der Arbeiterversicherung in Frage gestellt. Auch ist die Witwen- und Waisenversicherung in die Vorlage nicht aufgenommen worden. Dennoch warten die Arbeiter mit Ungeduld darauf, daß die Vorlage endlich Gesetz wird. Bringt sie ihnen doch die Alters- und Invalidenversicherung, die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Dienstaten und die Heimarbeiter. Und die Kapitalisten, die sich im Laufe der Zeit in den Versicherungsanstalten ansammeln werden, sollen der Wohnungsfürsorge und der öffentlichen Gesundheitspflege dienlich gemacht werden. Stürggh hat bisher damit rechnen können, daß große Schichten der Arbeiterschaft gegen das Parlament gleichgültig geworden waren, weil es ihre übertriebenen Hoffnungen nicht erfüllt hatte. Nun hat der Sozialversicherungsausschuß unter den schwierigsten Verhältnissen den Beweis erbracht, daß dem nicht so ist. Die Stimmung in den Massen wird umschlagen, und wenn im Herbst der Reichsrat zusammentritt, wird ihn Stürggh nicht wieder so leicht heimtschiden können wie sonst.

Eine bürgerliche Kennzeichnung der blöden Kriegshetereien. Die Wiener „Zeit“ schreibt über die sonderbare Reklame, welche das k. k. Telegraphen- und Korrespondenzbüro, das den Zeitungen die Telegramme liefert, für die kleinsten und unbedeutendsten serbischen Gesbblätter betreibt:

Seit mehr als einer Woche wird uns nun Tag für Tag von amtlicher Stelle, nämlich vom k. k. Telegraphen-Korrespondenzbüro, zum Frühstück oder zur Pause, je nachdem, eine ganze Schüssel von Ärsten serbiert, nämlich eine Auslese ekelregender Artikel aus zumeist gänzlich unbekanntem Belgrader Schmierblättern, und das Amtsblatt unserer Regierung, kaiserliche „Wiener Zeitung“ und „Abendpost“, das sonst beim Abdruck von Auslandsnachrichten in Farblosigkeit schwelgt,

verzieht sie Tag für Tag mit einer bei diesem Blatt sonst gar nicht üblichen Einleitung oder pikanten Ueberschrift, die die besondere Aufmerksamkeit des Lesers auf dieses Belgrader Gesbchreibsel hinlenken soll. Dieses Vorgehen, sowohl des amtlichen Depeschbüros wie des Amtsblattes, ist auffällig, weil es ganz den bekannten Gepflogenheiten dieser Amtsstellen sowie unserer Regierung überhaupte widerspricht. Sonst pflegt sich bekanntlich unsere Regierung, in diesem Fall das k. und k. Ministerium des Äußern, nur um die Meinung der offiziellen Kreise des Auslandes zu kümmern; die unserem Staat oder unserer Regierung freundlichen, meist offiziellen Zeitungsstimmen des Auslandes werden vom offiziellen Telegraphen registriert, die unfreundlichen, meist oppositionellen Auslassungen der Auslandspresse ignoriert. Niemals zum Beispiel hat noch das k. k. Korrespondenzbüro einen der zahllosen unflätigen antioesterreichischen Artikel der italienischen Presse weiterverbreitet. Oder ein anderes Beispiel: Seit die Spannung mit Rumänien besteht, hat unser offizieller Telegraph nie noch eine der vielen oesterreichfeindlichen Stimmen der rumänischen Presse wiedergegeben, die sich auch nicht gerade durch Vornehmheit in Ton und Gefinnung auszeichnen. Warum wird uns jetzt plötzlich der ganze publizistische Unrat Serbiens täglich läbelweise über den Kopf geschüttelt?

Jetzt plötzlich! Oder glaubt jemand, daß diese serbischen Blätter früher nicht ebenso fein über Oesterreich-Ungarn geschrieben haben wie jetzt? Schon, daß man, nachdem man sie — in diesem Fall, da es sich doch nur um Standalblätter handelt, mit Recht — alle die Jahre totgeschwiegen hat, sie jetzt auf einmal aus ihrem Dunkel ans Tageslicht zieht, muß bei den der serbischen Presseverhältnisse Unkundigen einen falschen Eindruck erwecken. Auch unterläßt es das k. k. Korrespondenzbüro, die Leser seiner Telegramme über die Parlestellung der obstrukturen Blätter zu unterrichten, die es jetzt ausführlicher zitiert, als es jemals die Artikel der maßgebendsten und ernstesten Blätter der Welt, die auch oft sehr oesterreichfeindliche Auslassungen enthalten, wiedergegeben hat. Gibt es nicht auch in Serbien oppositionelle Blätter, die ihrer eigenen Regierung Verlegenheiten bereiten oder bereiten wollen? Ist es unserer Regierung nicht bekannt, daß die gegenwärtige serbische Regierung mit der Opposition einer Militärpartei zu rechnen hat, vor deren Ansturm sie sich kürzlich nur durch eine Demission retten konnte? Hat nicht das offiziöse Organ der serbischen Regierung, das sich selbst eines anständigen Tones befleißigt, erst gestern wieder jede Verantwortung für jene Presse abgelehnt, und zum Hohn auf oesterreich-ungarische Pressestimmen betwiesen, die Serbien gegenüber eine ebenso unflätige Sprache führen wie vice versa?

Daß die Serben uns hassen, weiß alle Welt. Unser Blatt hat sogar im vorigen Jahr eine Enquete über die Ursachen dieses Hasses veröffentlicht. Um das zu beweisen, bedarf es nicht der täglichen Zeitungsschmuckschau, die das k. k. Korrespondenzbüro veranstaltet. Oder will man die „moralische Mißschuld“ an dem Attentat von Sarajevo dem ganzen serbischen Volk auflasten? Unser Kaiser hat in seinem Manifest seine Ueberzeugung ausgesprochen, daß nur eine „kleine Schar Irregaleiteter“ an dem Attentat schuld sei, und Graf Tisza hat das gleiche in seiner Rede gesagt. Will das k. k. Korrespondenzbüro beweisen, daß der Kaiser und Graf Tisza unrecht haben? Wir wollen das vorläufig nicht annehmen. Aber was kann dann vernünftigerweise der Zweck des Ganzen sein? Prüfen wir die Wirkung dieser k. k. Hektikampagne! Sie ist die gleiche wie die der in der letzten Woche von der ballplatt-offiziösen Presse verbreiteten falschen Marnnachrichten über ein unmittelbar bevorstehende diplomatische Demarche in Belgrad: Erregung von Unruhe, die dann in fallende Börsenkurse sich umsetzt und den Konterminepekulanten reichlichen Gewinn bringt. Der Vorgesetzte des k. k. Korrespondenzbüros in Auslandsachen ist das literarische Bureau des k. u. k. Ministeriums des Äußern. Liegt die einzige reale Wirkung, die diese dunklen Prekmachenschaften tatsächlich erzeugen, wie wir voraussehen, nicht in seiner Absicht, dann muß es ihnen ein kategorisches Halt gebieten. Wenn unsere Diplomatie die serbische Regierung aus Anlaß des Attentats foramiert will, dann tue sie diesen Schritt und bereite ihn in ernster und würdiger Weise vor. Mit journalistischen Witten macht man nicht internationale Politik.

Das ist klar und deutlich, und kennzeichnet die Vorgänge und ihre Beweggründe ausgezeichnet!

Kaltes Wasser her! Aus dem „Deutschen Eisenbahner“, Folge Nr. 14:

Wie man den Nationalismus bei den Slawen achtete und förderte, begünstigte man auf der anderen Seite die Sozialdemokraten, weil ihr Internationalismus nur den Deutschen, sonst aber niemand in diesem Staat schadet. Und da ist es wohl nur ein Zufall, aber ein bemerkenswerter und lehrreicher Zufall, der das Wesen der Sozialdemokratie aufdeckt, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Nemeec seinerzeit für den Attentäter Cabrinovic die Aufhebung der Internierung verlangte. Was zuchtlos und verbrecherisch ist, muß den Schutz der Sozialdemokratie genießen. Auch sie ist an dem Mord von Sarajevo mitschuldig, denn sie hat einem der Attentäter seinerzeit zur Freiheit verholfen.

Also jetzt haben wir's! Auch an dem Mord von Sarajevo sind wir mitschuldig! Natürlich hat der deutschradikale Ehrenmann, der dies niederschrieb, das Dementi des Abgeordneten Nemeec ganz gut gelesen — es stand ja auch in bürgerlichen Zeitungen — daß er jemals für Cabrinovic interveniert hätte. Aber der Artikelschreiber denkt sich, in der Julihefte wird von den Reichsbündern alles geglaubt. Sogar, daß die Sozialdemokraten an dem Mord in Sarajevo mitschuldig sind. Nicht einmal ausgeschlossen, daß er zwischen 12 und 2 Uhr mittags selbst daran glaubt. Darum schnell kaltes Wasser her!

Nationales Sommervergnügen. In den letzten Tagen wurden aus verschiedenen Teilen des Reiches nationale Erzeffe gemeldet. So wird aus Brunn vom Donnerstag berichtet:

Die bürgerlichen Tschechen hielten heute in ihrem Vereinshaus eine Versammlung ab. Die Tagesordnung bestand in einer Kundgebung gegen die deutschnationale Gemeindevetretung und die Gewalttätigkeiten der Brüner Polizei, die sie sich angeblich gegen das Sotolsest zuschulden kommen ließ. Der Hauptprotest war aber nicht in der Ver-

sammlung, sondern außerhalb des Versammlungsortes. Da zogen nämlich die Versammlungsteilnehmer, die aus der Umgebung Brünns mit Stöcken ausgerüstet kamen, in die Stadt und hieben an mehreren Kaffeehäusern mit Stöcken und Steinen die Fenster ein. Auch in dem Café Brna, in dem viele deutsche Sozialdemokraten verkehren, wurden die Fenster eingeschlagen und die Gäste bedroht. Auch in der Deutschen Mädchenschule und in mehreren Privathäusern wurden Scheiben eingeschlagen. Es sind auch mehrere Nebolverbische abgefeuert worden. Die Polizei hatte gar keinen Anlaß zu der Aufregung gegeben. Diese war schon seit der vorigen Woche durch die „Libove Robiny“, dem Organ des Abgeordneten Stransky, durch Gebartikel erzeugt worden. Seit Wochen war durch Gebartikel zum geschäftlichen Postort der Deutschen aufgefodert worden. Da nun aber die Tschechen die deutschen Kaffeehäuser ohnehin immer boykottierten, mußten gegen diese Kaffeehäuser andere nationale Kampfmittel angewendet werden. Es mußten mehrere Verhaftungen vorgenommen werden.

Bei 30 Grad im Schatten muß der Mensch ein Vergnügen haben!

Die Analphabeten der Monarchie. Die österreichische Regierung hat eine neue statistische Berechnung über die Zahl der Analphabeten in Oesterreich-Ungarn angestellt, die ein trauriges Resultat ergeben hat. Der Bildungsgrad der Bevölkerung in einzelnen Ländern ist so gering, daß dort von Bildung eigentlich nicht mehr gesprochen werden kann. In Böhmen, Ober- und Niederösterreich kommen auf 1000 Einwohner 53 bis 60, die nicht schreiben und lesen können. In Tirol, Vorarlberg und Mähren kommen auf 1000 Einwohner 71 bis 78 Analphabeten. Es folgt Salzburg mit 87 und Schlesien mit 111 Analphabeten. Einen erheblichen Sprung darüber hinaus macht schon Steiermark mit 180 Analphabeten und Kärnten gar mit 240. Hier kann also schon ein Viertel der Bevölkerung nicht lesen und schreiben. In Krain sind gar von 1000 Einwohnern 314 Analphabeten, im Küstenland 382. Ungarn hat 410 Analphabeten auf 1000 Einwohner. Dann macht die Statistik einen großen Sprung nach Galizien. Von 1000 Galiziern können 639 weder lesen noch schreiben. Noch schlimmer steht es in der Bukowina mit 652 Analphabeten, den Reford aber hält Dalmatien mit 736 auf 1000. Das ist das Spiegelbild einer Monarchie, die sich einbildet, ein Kulturstaat zu sein. Man glaube jedoch nicht, daß die beschämend große Zahl der Analphabeten eine Sache ist, die man plötzlich entdeckt hat, um sie so rasch als möglich aus der Welt zu schaffen. Nein! Das ist System. Das Volk wird absichtlich in Dummheit gehalten, um es besser knechten zu können.

Ausland.

England.

Wie man Eisenbahnmagnaten Mores lehrt. Einer der bemerkenswertesten Züge der jüngsten industriellen Entwicklung Englands ist das außerordentliche Erzielen der Eisenbahnerorganisationen, die jetzt über die mitgliederreichste und bestgeeilte zentralisierte Gewerkschaft des Landes verfügen. Aber es ist geradezu erstaunlich, zu beobachten, in welchem Maße das Wachstum der wirtschaftlichen Organisation den politischen Einfluß der Eisenbahner erhöht hat. Die parlamentarischen Vertreter der Eisenbahner, sowie die Arbeiterpartei überhaupt, haben es vorzüglich verstanden, im Parlament die wirtschaftlichen Schlachten der Eisenbahner zu schlagen. Innerhalb vierzehn Tagen sind den Direktoren von drei großen Eisenbahngesellschaften im Parlament Sektionen erteilt worden, die sie nicht sobald vergessen werden. Neue Bahnbauten oder sonstige Konstruktionspläne der Eisenbahngesellschaften bedürfen der parlamentarischen Sanktion als Gegenleistung für ihre Monopolrechte. Die Sanktion erfolgt in der Form sogenannter privater Gesetzesvorlagen, die einer einfacheren und schnelleren Prozedur unterworfen sind als die öffentlichen Vorlagen — sofern sie ihnen keine ernsthafte Opposition entgegenstellen. Ist dies aber der Fall, dann ist ihr Fortschritt nicht so leicht, und jeder Ausschub erhöht vor allem die sehr hohen Kosten, die jede private Vorlage ihren Einbringern verursacht. Fast jede Eisenbahngesellschaft kommt in die Lage, jedes Jahr mindestens eine Vorlage durch das Parlament lancieren zu müssen, und die Eisenbahnarbeiter, die sich dank ihrer gesteigerten wirtschaftlichen Macht im Unterhaus einen größeren Respekt zu verschaffen wissen, sind darauf gekommen, welche wirksame Waffe ihnen diese parlamentarische Prozedur bietet.

Die große Ostbahn hat einen ihrer Eisenbahnschubleute gemahregelt, weil er an einer gewerkschaftlichen Konferenz teilgenommen hatte. Die Aufregung unter den Arbeitern war eine sehr große; der Eisenbahnerverband sah sich genötigt, eine Urabstimmung der Arbeiter dieser Linie vorzunehmen, die überwiegend zugunsten eines allgemeinen Streiks ausfiel, eine Entscheidung, an die die Gewerkschaft statutengemäß nicht unbedingt gebunden ist. Jedenfalls hat die Gewerkschaft den Streit bisher nicht proklamiert, dafür aber haben die Arbeiterabgeordneten im Unterhaus vor 14 Tagen anlässlich der Beratung einer Vorlage der Gesellschaft, deren Vorgehen derartig gerandmarkt und den Standpunkt der Arbeiter in so wirksamer Weise verfochten, daß die Vorlage vom Unterhaus rundweg verworfen wurde. Die Ostbahn wird es sich nun in Zukunft etwas gründlicher überlegen, ehe sie einen ihrer Angestellten aus einem ähnlichen Grund mahregelt....

Einige Tage darauf verzichtete die Arbeiterpartei erst in zwölfter Stunde auf die angebotene Opposition gegen eine Vorlage der Nordostbahn, nachdem die Direktoren dieser Eisenbahngesellschaft den Arbeitervertretern das Versprechen abgegeben hatten, daß sie die angegriffenen Uebelstände prompt abstellen würden.

Eine dritte Eisenbahngesellschaft, die große Nordbahn, deren Vorlage dieser Woche zur Verhandlung kam, zeigte sich etwas zäher. Ihr Wortführer im Unterhaus ist der Direktor Sir Frederik Banbury, der als Vertreter der City von London einer der wenigen englischen Abgeordneten ist, die sich im Unterhaus eine offen reaktionäre Haltung gestatten dürfen — wenigstens solange ihre Partei sich in der Opposition befindet. Er wird manchmal als das Entsetzliche der konservativen Partei, zumeist aber als ihr Hanswurst betrachtet. Die Nordbahn hat einen Invalidenfonds, der aus den Beiträgen ihrer Angestellten gespeist wird, denen sie aber gar keinen Einfluß auf die Verwaltung des Fonds einräumt. Sechsmal haben die Angestellten deswegen Deputationen an die Direktion gefandt, aber sie sind nicht einmal empfangen worden. Nur hatte die Arbeiterpartei ihre Gelegenheit. Sie legte die Haltung der

Gesellschaft im Unterhaus Hof und beantragte die Vertagung der Debatte, bis sich die Gesellschaft mit ihren Angestellten geeinigt haben würde. Sir J. Banbury schäumte vor Wut, aber der Antrag wurde angenommen. Die Eisenbahnmagnaten gaben sich aber noch nicht für geschlagen. Sie setzten zwar eine Konferenz mit ihren Angestellten fest, mandatierten aber insgeheim, um gleich nach einigen Tagen die Fortsetzung der vertagten Debatte zu erwirken. Die Arbeiterpartei war jedoch auf dem Posten, und der Plan mißlang. Die Debatte wurde abermals vertagt, nachdem Banbury, der über unerhörte Erpressung jammerte, selbst von seinen eigenen Parteifreunden nicht gerade Komplimente anzuhören hatte. Die Eisenbahner dürfen mit ihren Leistungen zufrieden sein.

Vom Jahreskongress der britischen Eisenbahner. Eine der wichtigsten Angelegenheiten, die augenblicklich die englische Gewerkschaftswelt bewegen, ist der zwischen den Verbänden der Eisenbahner, Transportarbeiter und Bergarbeiter geplante Zusammenschluß, worüber von uns bereits berichtet wurde. Da die Bedeutung dieses Zusammenschlusses auf dem Kongress der Eisenbahner kürzlich in eingehender Weise besprochen wurde, wollen wir nicht verfehlen, die Leser mit den dort zutage gefördernten Ansichten kurz vertraut zu machen. Seit der Verschmelzung dreier Verbände von Eisenbahnern ist diese Organisation die stärkste Gewerkschaft des Landes geworden, ihre Mitgliederzahl beträgt 300.000. Trotzdem ist auch hier die Einigung noch nicht vollständig, da der Verband der Lokomotivführer und Fuhrleute sich noch abseits hält. Der große Verband ist eine der regsamsten Organisationen des Landes. Die Erörterungen auf dem Kongress bewiesen, daß hier frisches Leben vorhanden ist. Auf den englischen Gewerkschaftskongressen ist man nicht gewöhnt, über Gewerkschaftstaktik und dergleichen zu reden. Das war hier ganz anders, indem man über diese Fragen frei und offen sprach, was für die Zukunft ohne Zweifel gute Früchte trägt. Was der Erörterung über den Zusammenschluß besondere Bedeutung gibt, ist, daß der Verband für das Ende des Jahres eine große Bewegung vorbereitet. Dem Kongress lag folgende Resolution vor: „Der Jahreskongress begrüßt das Zustandekommen der Triple-Allianz zwischen dem Verband der Eisenbahner und den Föderationen der Bergarbeiter und der Transportarbeiter als ein Mittel zur Bekräftigung der Solidarität der Arbeiter, das den Kampf zur Verbesserung ihrer sozialen Lage erleichtert und den Weg zu vollständiger Emanzipation beschleunigen wird. Der Hauptvorstand wird beauftragt, eine Spezialkonferenz einzuberufen, sobald der Plan der Allianz in allen Einzelheiten ausgearbeitet ist.“ Gore (London), der diese Resolution vertrat, verherrlichte die Verschmelzung aller Gewerkschaften in einen einzigen, alle Bereiche umfassenden Verband. Die Organisation nach Industriemassen habe sich bereits als fehlerhaft erwiesen. (Ob es wohl diesem Redner bekannt ist, daß es bis jetzt in keiner einzigen Industrie Englands auch nur einen Industrieverband in wirklichem Sinne des Wortes gibt? W. W.) Thomas, Parlamentsmitglied und Finanzsekretär des Verbandes, betonte, es sei gut, daß die Resolution noch eine Spezialkonferenz vorsehe, damit die Mitgliedschaft in den Stand gesetzt werde, die Bedeutung des Planes in allen Einzelheiten kennen zu lernen. Er warnte vor der Gefahr, die Tragweite des Zusammenschlusses zu überschätzen, woraus mehr Unheil als Gutes entstehen könne. Redner führte ein Beispiel aus dem letzten Bergarbeiterstreik in Yorkshire an. Man müsse sich darüber klar werden, daß die Macht der Allianz nur im äußersten Notfall, wenn alle anderen Mittel versagt hätten, in Anwendung gebracht werden dürfe. Wollten die Eisenbahner den Sympathiestreik auf ihre Fahne schreiben, so kämen sie aus den Schwierigkeiten gar nicht mehr heraus. Geseht den Fall, die Eisenbahner der Stadt Swansea träten für die Hafnarbeiter in den Sympathiestreik, so würde dies zur Folge haben, daß die Eisenbahner vom Dienst entlassen würden, und um diesen nur zu Hilfe zu kommen, seien die Eisenbahner des ganzen Landes moralisch verpflichtet, in den Kampf einzutreten. Die Macht der Verhältnisse werde es eben dazu treiben, daß in Zukunft das Parlament mehr eingreifen werde. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Deutsches Reich.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913. Aus dem soeben in Nummer 14 des „Zentralblattes christlicher Gewerkschaften Deutschlands“ erschienenen Jahresbericht für das Jahr 1913 geht hervor, daß die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahr eine nennenswerte Mitgliederzunahme aufweisen. Sowohl die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt als auch die am Jahresabschluss ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die christlichen Gewerkschaften zählten im Durchschnitt des Jahres 1913 insgesamt 342.785 Mitglieder gegenüber 344.687 im Durchschnitt des Jahres 1912. Der Rückgang beträgt also 1902 Mitglieder. Am Jahresabschluss 1913 wurden 341.735 Mitglieder gezählt, anstatt der 350.930, die das Jahr 1912 an seinem Schluß aufgewiesen hatte. Das ist also ein Weniger von 9195. Allerdings ist ja die Wirtschaftslage 1913 der Entwicklung der Gewerkschaften nicht förderlich gewesen, aber die christliche Gewerkschaftsbewegung will überhaupt nicht vom Fleck kommen. Gegenüber den freien Gewerkschaften bilden die christlichen Organisationen nur ein kleines Häuflein, wie nachfolgende Gegenüberstellung zeigt. Im Jahresdurchschnitt zählten:

Jahr	Freie Gewerkschaften	Christliche Gewerkschaften
1909	1.832.667	270.751
1910	2.017.298	295.129
1911	2.320.968	340.957
1912	2.530.390	344.687
1913	2.548.763	342.785

Die christliche Bergarbeiterorganisation hat im Berichtsjahr 10.336 Mitglieder verloren. Im Jahre 1912 verlor sie 6600; sie zählt jetzt nur noch 66.652 Mitglieder gegenüber 83.588 im Jahre 1911. Die Ursache zu diesem rapiden Rückgang soll nach dem christlichen Zentralblatt auf die durchgreifende Beitragserhöhung zurückzuführen sein, die nach dem Streik 1912 vorgenommen wurde. Wir sind überzeugt, daß die Tausende und Abertausende bei den Christen fahnenflüchtig geworden sind, weil der schmähliche Verrat des christlichen Bergarbeiterverbandes bei dem Streik im Frühjahr 1912 die größte Erbitterung hervorrief. Außer den Bergarbeitern verloren die Textilarbeiter 1131, die Metallarbeiter 912, die Tabakarbeiter 674, die Telegraphenarbeiter 924, die Bauarbeiter 162 und die Maler 155 Mitglieder. Eine Mitgliederzunahme zeigen unter anderem die Keram- und Steinarbeiter 1023, die Gasthausangestellten 739, die Holzarbeiter 461, die Lederarbeiter 431 Mitglieder. An Mitglieder zugenommen haben auch die verschiedenen Eisenbahnerverbände. Letztere Verbände zählen rund 60.000 Mitglieder. Da diese Verbände aber auf das Streikrecht

verzichten, das heißt also das Koalitionsrecht preisgegeben haben, dürfen sie als Gewerkschaften kaum anzusprechen sein.

Von den größeren christlichen Verbänden hatten Mitglieder (Jahresdurchschnitt): Bauarbeiter 43.529, Metallarbeiter 41.732, Textilarbeiter 38.772, Holzarbeiter 17.741, Fabrikarbeiter 10.983, Keram- und Steinarbeiter 8434, Feinarbeiterinnen 8386, Tabakarbeiter 6714, Lederarbeiter 6169 und Schneider 5071. Weibliche Mitglieder sind 27.623 vorhanden; die freien Gewerkschaften zählen 223.676 Weibliche.

Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften betragen im Berichtsjahr 7.177.764 Mk., gegen das Vorjahr ein Mehr von 569.414 Mk. Die Ausgaben begifferten sich 1912 auf 5.222.727 Mk., und 1913: 6.102.688 Mk., also 879.961 Mk. mehr. Das Vermögen vermehrte sich von 8.575.668 Mk. auf 9.682.796 Mk. Die freien Gewerkschaften hatten 1913 eine Einnahme von 81.987.974 Mk. und 74.887.152 Mk. Ausgaben. Die Vermögensbestände vermehrten sich von 80.997.786 Mk. auf rund 88.051.570 Mk., also um 7 1/4 Millionen Mark.

Die wichtigsten Ausgabenposten sind: Streik- und Gemahregelunterstützung 989.631 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 235.755 Mk., Krankengeld 816.682 Mk., Sterbegeld 206.418 Mk., Rechtsschutz 131.707 Mk., sonstige Unterstüßungen 68.450 Mk. Die persönlichen Verwaltungskosten beliefen sich auf 191.959 Mk., die sachlichen auf 304.040 Mk., also zusammen rund eine halbe Million Mark Verwaltungsausgaben. Für Agitation sind 775.638 Mk. verausgabt, das ist mehr als der zehnte Teil der gesamten Einnahmen. Von der Kampfesunterstützung (Streik- und Gemahregelunterstützung) entfallen auf die Metallarbeiter 252.766 Mk., Textilarbeiter 232.688 Mk., Holzarbeiter 103.864 Mk., Maler 103.857 Mk. Die verschiedenen Eisenbahnerverbände weisen natürlich keine Kampfesunterstützung auf.

Italien.

Einberufung der Reservisten für einen eventuellen Eisenbahnstreik. Die Einberufung eines Reservistenjahrganges ist nach Auffassung gut unterrichteter Kreise auf Grund der inneren Politik zurückzuführen. Die unsichere Haltung der Eisenbahnerorganisationen in der letzten Zeit läßt den neuerlichen Ausbruch von ausgedehnten Streiks auf den Staatsbahnen nicht ausgeschlossen erscheinen. Die militärischen Einberufungen sind also als eine Vorichtsmaßregel aufzufassen, auf deren Verfügbkeit auch die Tatsache Einfluß geübt hat, daß sich republikanische Elemente in der Streikpropaganda bemerkbar gemacht haben.

Römische Blätter melden, daß entgegen den offiziellen Versicherungen des Eisenbahnersyndikats der Streik der gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner und der solidarischen Eisenbahnersyndikats beginnen soll, sobald die gegen die Urheber des letzten Eisenbahnerausstandes ergangenen strafgerichtlichen und disziplinarischen Urteile in Rechtskraft erwachsen werden. Der Streik wird zweifellos politisch einen sehr ernsten Charakter annehmen. Die Regierung habe demnach, so meinen die bürgerlichen Blätter, recht getan, Vorichtsmaßregeln durch die Einberufung eines Reservistenjahrganges zu treffen. Internationale Fragen hätten diese Maßregeln nicht hervorgerufen.

Die Aufbesserungen der italienischen Eisenbahner. In ihrer letzten Sitzung vor den Sommerferien hat die italienische Kammer die von dem Arbeitsminister im vorigen April besprochenen Reformen zugunsten der Eisenbahner fast ohne Diskussion angenommen. Die Reformen verbessern die Altersverföhrungen des Personals und setzen einen Mindestlohn von 3 Lire täglich für die am schlechtesten bezahlten Kategorien fest. Die der Eisenbahnerverwaltung erwachsenden Mehrausgaben werden durch Erhöhung der Tarife für den Frachtgüterverkehr und durch Verteuerung der Schnellzüge aufgebracht.

Bei der Diskussion gab der Minister auch Erklärungen über die Bestrafungen der streikenden Eisenbahner ab. Der Eisenbahnstreik sei nach italienischem Recht strafbar, sowohl als Kontraktbruch als auch als Anschlag auf den Wohlstand des Landes. Er müsse aber konstataren, daß nur wenige Eisenbahner gestreikt hätten, wenn man die in Abzug bringt, die wegen Drohungen oder wegen Beschädigungen der Linie den Dienst nicht fortsetzen konnten. Gegen diese werde weder strafrechtlich noch disziplinarisch vorgegangen werden, wohl aber gegen die anderen. Die Verwaltung sei mit der Aufstellung der Listen der Streikenden beschäftigt.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine prinzipiell wichtige Entscheidung in Unfallsachen. Ob ein Zusammenhang zwischen einem alpinen und einem Betriebsunfall besteht, hatte kürzlich das Schiedsgericht der Salzburger Versicherungsanstalt zu entscheiden. Am 4. Februar 1910 verunglückte in der Adambrauerei in Innsbruck der Maschinist Martin Rigger dadurch, daß er im Maschinenhaus von einer freistehenden Leiter stürzte und sich am Hinterkopf verletzte. Der Verunglückte stand bis 28. Oktober in ärztlicher Behandlung. Vier Wochen war Rigger in der psychiatrischen Klinik in Innsbruck untergebracht. Für die Zeit des Heilverfahrens bezog der Kranke die 60prozentige Heilversorgungsrente und bis auf weiteres eine 40prozentige Rente für teilweise Erwerbsunfähigkeit. In kürzeren Zeitabschnitten erfuhr diese Rente eine Herabsetzung bis zu 10 Prozent. Am 20. April 1913 machte nun Rigger mit seinen Kindern einen Spaziergang auf einen Hübel unweit des Wohnortes, wo die Kinder Blumen pflückten. Plötzlich klagte der Vater den Kindern, daß ihm schwindlig sei, er fiel um, kollerte den Abhang hinab, wobei er wiederholt mit dem Kopf auf Steine aufschlug, so daß der Schädel zertrümmert, das Gehirn heraustrat, was den sofortigen Tod herbeiführte. Der gerufene Arzt konstatierte, daß Rigger infolge Schädelbruchs gestorben sei, eine Obduktion der Leiche fand nicht statt. Nachdem nun die Versicherungsanstalt infolge des Ablebens des Rentners auch die 10prozentige Rente einstellte, brachte die Witwe unter Hinweis, daß Rigger seit dem Unfall im Jahre 1910 fortwährend an körperlichen und geistigen Gebrechen gelitten habe, der Todesfall mit dem Betriebsunfall im Zusammenhang stehe, ein Gesuch um Gewährung einer Witwenrente ein. Die Anstalt lehnte die Bezahlung einer Witwenrente laut Entscheidung vom 21. Jänner 1914 mit der Begründung ab, daß der Tod des Martin Rigger nicht infolge eines bei der Beschäftigung in einem versicherungspflichtigen Betrieb erlittenen Unfalles eingetreten sei.

Gegen diese Entscheidung brachte nun die Witwe durch das Innsbrucker Arbeitersekretariat die Klage auf Bezahlung der Witwen- und Deszendentenrente ein. Bei der nun am

23. Juni vor dem Landesgericht in Salzburg durchgeführten Schiedsgerichtsverhandlung, wo die Vertreter der Klägerin und der beklagten Anstalt zugegen waren, wurde zunächst durch die vernommenen Zeugen festgestellt, daß Rigger tatsächlich seit dem Unfall 1910 ein störrisches Benehmen an den Tag legte, über Schwindelanfälle klagte, mit der Familie nicht mehr im Frieden lebte und leicht reizbar war. Der Sachverständige Dr. Kofler in Innsbruck erklärte in seinem Gutachten, daß die behaupteten Schwindelanfälle durchaus glaubwürdig seien, der Tod des Martin Rigger steht daher mit dem im Jahre 1910 erlittenen Unfall in kausalem Zusammenhang und muß als Unfallfolge angesehen werden. Nach dem Gutachten des Sachverständigen ist anzunehmen, daß infolge des Schädelbruchs, den Rigger im Jahre 1910 erlitten hat, ein plötzlicher Bluterguß ins Gehirn erfolgte, der den Gehirnschlag herbeiführte und den Absturz zur Folge hatte. Der Tod des Martin Rigger erfolgte nur durch Schlägenfall, der Absturz war nur eine Folgeerscheinung, der Tod des Rigger hätte auch auf einem ebenen Weg oder in einem Zimmer durch eine kleine Ursache eintreten können, da Rigger schon seit dem Jahre 1910 ein schwerkranker Mann war. Es war daher die beklagte Anstalt zur Zahlung einer Witwen- und Deszendentenrente von 50 Prozent zu verurteilen; so lautete das Urteil des Schiedsgerichtes, das Beachtung verdient. Durch diesen Rechtspruch wurde eine sechsköpfige Familie ohne Ernährer aus der größten Not befreit.

Streiflichter.

Zum Eisenbahnunglück in Solothurn. Unter diesem Titel haben wir in unserer Nummer vom 20. Mai einen Artikel veröffentlicht, dem wir noch folgendes nachtragen: Zu der weiteren Ursache, welche das sich am 5. Mai b. J. in Solothurn ereignete Eisenbahnunglück verschuldeten, gehört außer den bereits besprochenen mangelhaften und unzulänglichen Stationsanlagen auch noch die eigentümliche, unsinnige Erstellung einer ab 1. Mai 1914 gültigen Fahrordnung. Von dem vielen Unsinne, den diese Fahrordnung aufweist, wollen wir nur ein Beispiel anführen, und zwar jenen Fall, welcher mit dem Unglück vom 5. Mai in unmittelbarem Zusammenhang steht. Personenzug 923 hat laut Fahrordnung zwischen den Stationen Chirliß und Solothurn bei einer Grundgeschwindigkeit von 50 Kilometer in der Stunde und 21 Prozent Gebremster (das heißt, es müssen mindestens 21 Prozent der gesamten Last, welche der Zug bewegt, bremsbar sein, um den Zug im Falle einer Gefahr zum Stillstand bringen zu können), 12 Minuten Fahrzeit. Güterzug 969 hat bei einer Geschwindigkeit von 45 Kilometer und 19 Prozent Gebremsten 13 Minuten Fahrzeit, also nur um eine Minute längere Fahrzeit als der Personenzug 923. Die Züge 973, 975, 977, 979, 981, 985, 995, 997, 999 haben bei einer Grundgeschwindigkeit von 35 Kilometer und 13 Prozent Gebremsten dieselbe Fahrzeit wie der Güterzug 969 mit 45 Kilometer Grundgeschwindigkeit. Die Züge 987, 989 und 991 hingegen, von welchen Zug 989 am 5. Mai das Unglück verursachte, haben bei ebenfalls 35 Kilometer Grundgeschwindigkeit und ebenfalls 13 Prozent Gebremsten eine Fahrzeit von 12 Minuten, somit um eine Minute kürzere Fahrzeit als die oben angeführten Züge, und auch nur um eine Minute kürzere Fahrzeit als der Güterzug 969 mit 45 Kilometer Geschwindigkeit. Die Züge haben somit die gleiche Fahrzeit wie der eingangs erwähnte Personenzug 923 mit 50 Kilometer Grundgeschwindigkeit.

Der Lokomotivführer soll unter allen Umständen die Fahrzeit einhalten, weil er andernfalls Gefahr läuft, einen Gegenzug in der Nachbarstation zu verspäten. Tritt dieser Fall ein, so wird der Lokomotivführer von der Direktion bestraft. Die Ueberschreitung der Grundgeschwindigkeit ist dem Lokomotivführer ebenfalls verboten, und er wird auch in diesem Falle bestraft. Wie soll der arme Teufel von einem Lokomotivführer allen diesen Bedingungen entsprechen, wenn derselbe noch vor der Inangabe des Zuges zwei bis drei Minuten verbraucht, dabei aber laut Vorschrift die Wechsel nur mit einer Geschwindigkeit von 15 Kilometer überfahren darf, da er, wie oben angeführt wurde, für alle anderen Vorschriftswidrigkeiten bestraft wird?

Wir haben eingangs unserer Kritik gesagt, daß die erstellte Fahrordnung ein Unsinne ist, was die k. k. Direktion auch am besten durch eine Probefahrt, welche über höheren Auftrag am 22. Mai mit Zug 991 durchgeführt wurde, bewiesen hat. Diese Probefahrt hatte den Zweck, um der Deffentlichkeit, in diesem Falle ist die k. k. Staatsanwaltschaft gemeint, nachzuweisen, daß es möglich gewesen wäre, wenn das Personal den Dienst, so wie es die Vorschrift verlangt, gemacht hätte, auch tatsächlich dieses Unglück zu vermeiden. Was war nun das Ergebnis dieser Probefahrt, welche der Staatsanwaltschaft die Ueberzeugung beibringen sollte, daß die Schuldtragenden an diesem Unglück nur die Bediensteten waren und nicht die k. k. Direktion? Das Resultat war folgendes:

Der genannte Zug brauchte, trotzdem er die Fahrgeschwindigkeit um 5 Kilometer, also auf 40 Kilometer, erhöhte, genau 14 Minuten 22 Sekunden, um die Strecke zurückzulegen, und dabei nur mit bloß 25 Wagen. Wie sollte Zug 989 am 5. Mai die Strecke in 12 Minuten mit 50 Wagen zurücklegen? Die richtiggestellte Grundgeschwindigkeit des Zuges 989 wäre daher nicht 35 Kilometer, sondern 52 Kilometer gewesen, ohne das für eine solche Geschwindigkeit vorgesehene Gebremste. Daß bei solchen verrückten Fahrten, zu welchen das Personal gezwungen wird, ein Zusammenstoß unausbleiblich ist, ist am 5. Mai in Solothurn bewiesen worden. Die k. k. Direktion wird wohl zugeben, daß diese Fahrordnung ein Unsinne ist, weil nach der durchgeführten Probefahrt am 22. Mai der Zug 989, der das erstmalig nach der neuen Fahrordnung ab 1. Mai 1914 in Betrieb gesetzt wurde, nicht mehr verkehren darf. Sollte man diese Probefahrt vor der Erstellung der Fahrordnung durchgeführt, so hätte man die gesunden Knochen des reisenden Publikums keiner Gefahr ausgesetzt.

Wir Bediensteten hätten nur den einen Wunsch, die k. k. Direktion möge in solchen Fällen, die ein solches Unglück durch ihre unsinnige Fahrordnung verursachen, auch so schnell dieselbe beseitigen, wie es beim ominösen Zug 989 passiert ist.

Vom den Wagenschreibern der Südbahn. Am 30. Juni l. J. sprach Herr Generaldirektor eine Deputation der Wagenschreiber der Südbahn, bestehend aus den Genossen Otmaz Zangl (Mahlensdorf), Anton Fuchs (Graz) und Michael Freuß (Innsbruck), vor, die von Genossen Weigl borgeführt wurde. Die Deputation überreichte dem Herrn Generaldirektor in einem Memorandum die dringendsten Forderungen der Wagenschreiber:

1. Die Wagenschreiber ersuchen um Einreichung in den Unterbeamtenstatus bei Erreichung der Gehaltstufe von 1200 Kronen. Diese Forderung wurde bereits von der Personalkommission gefordert und angenommen. Vom k. k. Eisenbahnministerium ist sie prinzipiell anerkannt worden, was durch einen diesbezüglichen Erlaß kundgemacht wurde. Nachdem die Südbahn stets die Analogie mit den Staatsbahnen herstellen soll, fühlten sich die Wagenschreiber berechtigt, obige Forderung zu stellen. Der Herr Generaldirektor verhielt sich nicht ablehnend, äußerte sich jedoch dahin, daß die Südbahn schwerlich mehr tun würde, als die k. k. Staatsbahnen in dieser Frage zu tun für gut finden.

2. Bei der Südbahn sind Wagenschreiber, die bereits etliche Jahre den Posten eines Wagenschreibers versehen und noch nicht angestellt sind und auch keinerlei Uniform beziehen. Es ist zweifellos richtig, daß Leute, die mehrere Jahre einen Dienst versehen, den Beweis erbracht haben, daß sie zu diesem Dienst auch fähig sind, und ist das Verlangen durchaus nicht unbillig, sie anzustellen. Der Herr Generaldirektor verwies auf die Staatsbahnen mit dem Bemerkung, daß dort die Wagenschreiber noch bedeutend länger auf die Anstellung warten müssen und daß es bei der Südbahn noch lange nicht so schlimm sei. Es sei nirgends eine Bestimmung, die die Südbahn verpflichte, die Wagenschreiber nach zweijähriger Tätigkeit anzustellen, da im Zirkular nur von „mindestens zwei Jahren“ die Rede sei. Betreffs der Uniformfrage äußerte sich der Herr Generaldirektor dahin, daß es zu hohe Kosten verursachen würde, wenn auch der Unangestellte eine Uniform beziehen würde. Auch leihweise wäre es nicht möglich, denn die Uniform, die abgeführt wird, ist sowieso gänzlich verdorben und unbrauchbar.

3. Unterstellung der Wagenschreiber unter die Piktalwagendirektion. Der Wagenschreiber kann, wie die Verhältnisse heute liegen, nicht so Dienst machen, wie er sollte, da seinen Anordnungen nicht entsprechend Folge geleistet wird und er dann jederzeit Rücksicht nehmen muß, in welchem Verhältnis das betreffende Organ zum Stationschef steht, wenn er sich keine Unannehmlichkeiten zuziehen will. Wenn der Wagenschreiber jedoch unabhängig von der Station ist, so dürfte das für ihn und die Direktion besser sein. Die Direktion würde eine bedeutende Ersparnis im Wagenpönsale machen, und auch der Leerlauf der Wagen (Verteilung) könnte bei weitem geregelter sein, was leider heute nicht der Fall ist. Der Herr Generaldirektor meinte dazu, er werde diesen Punkt in Erwägung ziehen, jedoch scheint es ihm nicht angebracht, wenn es zu viele Leute gebe, welche Befehle erteilen.

4. Einreichung der Wagenschreiber vom Tage ihrer Systemisierung in den Pensionsfonds. Mit dieser Forderung soll dem Uebel abgeholfen werden, daß der unangestellte Wagenschreiber die Jahre, die er im Provisionsfonds zubringt, verliert oder, im Falle er bereits in den Provisionsfonds eingahlt, bei seiner Anstellung durch die Nachzahlung in seinen ohnehin schmalen Einkünften vergrößert wird. Darauf bemerkte der Herr Generaldirektor, daß es in diesem Falle am besten wäre, eine Kategorie der „Wagenschreiberaspiranten“ zu schaffen, nach dem Beispiel der Stationsaufseher oder Rangleihilfenaspiranten, da der Wagenschreiber in diesem Falle mit dem Tage seiner Einberufung (bis jetzt Systemisierung) in den Pensionsfonds einzahlen würde.

Zum Schluß ersuchten die Deputationsmitglieder den Herrn Generaldirektor um Gewährung einer Zulage für die Wagenschreiber, da sie außer der Nachdienstzulage keinerlei Zulagen bekommen, obwohl früher Zulagen (Schulpauschale, Afford) gezahlt wurden. Der Herr Generaldirektor sprach sich über diesen Punkt zu dem Genossen Fuchs aus Graz, der das Referat führte, weder ablehnend noch zustimmend aus.

Die Deputation vertrat in dreiviertelstündiger Debatte alle Punkte des Memorandums. Es ist nun selbstredend Pflicht der Wagenschreiber, fest zusammenzukommen, um das zu vollenden, was wiederholend begonnen hat.

Berechtigte Beschwerden der Magazinsdiener und Ladefchreibers. Die Magazinsdiener und Ladefchreiber, besonders diejenigen, welche schon Jahre hindurch die Magazinsaufseherprüfung hinter sich haben, sehen sich in ihrem weiteren Fortkommen sehr stark geschädigt, und zwar durch die Einschlebung bahnfremder Personen zu Magazinsaufsehern. Bei allen Kategorien der Eisenbahn, wo die Unterbeamtenstufe erreichbar ist, geht es der Reihenfolge vom Diener aufwärts; nur bei den Magazinsdienern und Ladefchreibern ist eine Ausnahme. Da werden alle möglichen Personen eingeschoben, nur nicht der altgediente Magazinsdiener oder Ladefchreiber, der die Prüfung besitzt und den Dienst auch praktisch kennt. Es kann hingenommen werden, wenn es schon sein muß, daß diejenigen, die beim Verkehrsdienst untauglich werden, in die Kategorien eingereiht werden, daß man aber ganz fremde Leute von der Straße und Zertifikatisten einschleibt, das ist ungerecht und nicht im Interesse des Dienstes. Diese Leute sollen als Magazinsdiener oder Ladefchreiber beginnen, was ihnen sehr nützlich sein wird. Auch für die k. k. Staatsbahnverwaltung ist es nur von Nutzen, daß sich diese Leute zuerst praktische Kenntnisse erwerben. Es war von jeder der Wunsch dieser beiden Kategorien, daß der Nachwuchs zum Magazinsaufseher aus ihren Reihen erstehen soll, was für die betreffenden Diener nur billig und gerecht wäre und für den Magazinsdienst von großem Nutzen sein würde. Der altgediente Magazinsdiener oder Ladefchreiber, der die bezüglichen Prüfungen hat, wird den Dienst besser verstehen als einer von der Straße, oder ein gewesener Feldwebel. Der Magazinsmeisterverein, mit dem wir Magazinsdiener und Ladefchreiber in gar keinem Zusammenhang stehen, hat anerkannt, daß es besser ist, daß die Ergänzung der Magazinsaufseher, beziehungsweise Magazinsmeister aus den Kategorien der Magazinsdiener und Ladefchreiber erfolgt, und ist der Verein diesbezüglich beim k. k. Eisenbahnministerium vorstellig geworden. Nur die Staatsbahnverwaltung will das nicht einsehen und bringt noch immer fremde Leute auf die den Magazinsdienern und Ladefchreibern gebührenden Posten.

Wir wollen hoffen, daß diese Zeilen bei der k. k. Staatsbahnverwaltung einen günstigen Eindruck für diese gerechte Sache hervorrufen und endlich diese im beiderseitigen Interesse gelegene Forderung erfüllt wird.

Die Erbauung der Personalküster in Salzburg. Eine seit vielen Jahren seitens der organisierten Eisenbahnerschaft von Salzburg erhobene Forderung, die nach Erbauung von Personalküstern, hat nun wenigstens teilweise ihre Lösung gefunden.

In Salzburg gibt es mehr als 1800 Bedienstete, für die außer wenigen Naturalwohnungen keine Personalküster vorhanden sind. Schon im Jahre 1907 wurde an das Eisenbahnministerium eine Petition gerichtet, die mit 700 Unterschriften

berheirateter Bediensteter versehen war, in der auf die Dringlichkeit der Erbauung der Personalküster hingewiesen wurde; diese Petition wurde seitdem öfter urgirt, die Bediensteten immer wieder bezirrt. Auch in vielen Versammlungen wurde die Forderung ungegählt Male erhoben und deren rascheste Erledigung gefordert. Im August 1908 intervenierte Abgeordneter Tomasil, ihr folgten noch andere Interventionen, der Salzburger Landtag hat um Beschleunigung ersucht, ebenso die Stadtgemeinde Salzburg und das Gewerbeförderungsinstitut.

Nachdem die Dringlichkeit dieser Forderung allseits anerkannt war, nachdem die Staatsbahnbediensteten auch noch dem Eisenbahnminister anlässlich seiner Anwesenheit in Salzburg eine Denkschrift überreicht hatten, in der sie dem Minister den mit so viel Geduld und Ausdauer vertretenen Wunsch des gesamten Personals von Salzburg vorlegten und den ganzen Leidensweg dieser Forderung darlegten, und nachdem schließlich der Widerstand einer prohigen Hausherrenclique gebrochen worden war — scheint der Kampf der organisierten Bediensteten von Erfolg gekrönt zu sein.

Vor einigen Tagen hat nun das Eisenbahnministerium das vorgelegte Detailprojekt für den Bau der auf drei Eshäuserbaustellen verteilten neun dreistöckigen Bedienstetenwohnungen mit zusammen 100 Wohnungen entsprechend gefunden und die Staatsbahndirektion angewiesen, nach Durchführung einiger Änderungen des Projekts die öffentliche Ausschreibung der Bauarbeiten zu veranlassen.

Es ist selbstverständlich, daß der Bau von nur 100 Wohnungen für mehr als 1800 Bedienstete nur eine kleine Abschlagszahlung bedeutet, aber es muß mit Genugtuung konstatiert werden, daß auch diese nicht erfolgt wäre, wenn die organisierten Bediensteten trotz der Rationierungen der Nationalbank und der hinter ihnen stehenden Hausgeier nicht mit solcher Kraft und Ausdauer für die Sache gekämpft hätten. Daß der bekannte Geschäftsherr Dr. Stöckel mit provinz-abbolatorischer Behändigkeit diesen Erfolg auf seine Rechnung zu schreiben bemüht ist, darf als heitere Begleiterscheinung eines ernstigen Kampfes vermerkt werden.

Vom Pensionsinstitut der österreichischen Lokal- und Kleinbahnen. (Die diesjährige Generalversammlung.) Die unter obigem Titel in Nummer 20 vom 10. Juli d. J. in unserem Blatte gebrachte Notiz über die diesjährige Generalversammlung des Pensionsinstituts der österreichischen Lokal- und Kleinbahnen wird dahin berichtigt, daß der Antrag des Genossen Dietrich auf Verlagerung der Beratung des vorgelegten Statutenentwurfes bis zum Jahre 1915 nicht abgelehnt, vielmehr derselbe angenommen wurde, so daß das gewählte Komitee (Antrag Dietrich) nach vorausgegangener versicherungstechnischer Berechnung, welche noch in diesem Jahre vorgenommen wird, innerhalb der Zeit bis zur nächsten Generalversammlung im Jahre 1915 die Beratung des Statutenentwurfes vornimmt und das Elaborat der nächstjährigen Generalversammlung vorlegen muß.

Aus den Amtsblättern.

Nähtung, Lokomotivpersonal der k. k. Staatsbahnen!

Zirkular Nr. 121.

Einheitliche Regelung der Entlohnung des Bereitschaftsdienstes des Lokomotivpersonales.

An alle Dienststellen des Zugförderungsdienstes.

Nachstehender Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums vom 6. Juni 1914, Z. 295/21, wird zur Kenntnis und Nachachtung mit dem Auftrag verlautbart, im Sinne des vorliegenden Absatzes des Erlasses zutreffenden Falles anher zu berichten:

„Bezugnehmend auf die bei der XII. Konferenz im Zugförderungsamt zu Punkt 3 der Tagesordnung über die Entlohnung des Bereitschaftsdienstes des Lokomotivpersonales in den Heizhäusern abgeführte Diskussion, wird der Dienststelle zwecks einheitlicher Behandlung nachstehendes eröffnet: Der Bereitschaftsdienst wird unterschieden in 1. reine Streckenbereitschaft und 2. kombinierte Bereitschaft für Strecken-, Stations-, beziehungsweise Heizhausdienst.“

Ad 1. Die reine Streckenbereitschaft hat — gleichgültig, ob sie mit eigener Lokomotive oder mit einer fallweise bestimmten anderen Lokomotive besetzt wird — durch Dampfhaltegebühr entlohnt zu werden, wobei es der Dienststelle anheimgestellt wird, aus örtlichen Rücksichten das Bereitschaftspersonal während der Nachtstunden in vorhandenen Kasernen ausruhen zu lassen, um dasselbe bei plötzlich eintretender Notwendigkeit ausgeruht in den Dienst treten lassen zu können.

Ad 2. Beim kombinierten Bereitschaftsdienst hat die Streckenleistung mit den normalen Fahrgebühren, die Verschubleistung mit den Verschubgebühren und der Rest der Dienstzeit mit Dampfhaltegebühren entlohnt zu werden.

Sowohl die ad 1 als auch die ad 2 bezeichneten Dienstleistungen sind in den Leistungsbücheln der betreffenden Lokomotivführer zu verrechnen und in den Leistungsnachweis W. u. Z. Form. Nr. 8, beziehungsweise 15 aufzunehmen. Für besondere, nicht in diese beiden Gruppen fallende Leistungen, zum Beispiel für die Ausrüstung und Abstellung heimkehrender fremder Lokomotiven oder fallweise Anstellung fremder Lokomotiven an die Züge durch Bereitschaftspersonal, ist im ersten Fall per Lokomotive und Ausrüstung eine halbe Stunde Verschub und für den Rest dieser Dienstleistung Dampfhaltegebühren zu verrechnen. Im letzteren Falle für das einmalige Anstellen einer Lokomotive an den Zug 20 Minuten Verschub und für den Rest Dampfhaltegebühren zu verrechnen.

Die Verrechnung erfolgt in den beiden letztgenannten Fällen auf Grund der in den Heizhäusern ausgeteilten Coupons in einem besonderen, mit der Ueberschrift „Bereitschaftsdienst“ versehenen, für alle Lokomotivführer gemeinsam zu dem Zweck der späteren Verrechnung des Stundenlohnes zu verwendenden Leistungsbücheln; die ermittelten Verdiensträge sind in eine eigene Spalte der Zahlungsliste B, Formular Nr. 121, einzustellen und gleichzeitig mit den Kilometeren zc. zur Auszahlung zu bringen.

Das genannte Leistungsbüchel bildet eine Beilage dieser Liste. Diese Leistungen sind keine Betriebsleistungen und werden daher nicht in den Leistungsnachweis W. u. Z. Form. Nr. 8, beziehungsweise 15, aufgenommen; der Kohlenverbrauch geht auf Rechnung des ankommenden, beziehungsweise abgehenden Lokomotivpersonales und es entfällt somit für das Bereitschaftspersonal die Anrechnung einer Materialersparnisprämie.

Sollte bei einzelnen Dienststellen durch die vorstehenden Verfügungen eine Verminderung des derzeitigen Verdienstes des Bereitschaftspersonales eintreten, könnte bis zur Sanierung der Pflanz- und Ausrüstungsverhältnisse, durch welche die abnormalen Verhältnisse bedingt sind (zum Beispiel durch Aufstellung von mechanischen Befolungs-

anlagen und Vergrößerung der Kohlenplätze), die bestehende Verrechnung in Kraft bleiben, jedoch ist hierüber Bericht zu erstatten.

Schließlich wird noch der Dienststelle bedeutet, daß eine pauschalmäßige Quittierung der während des Bereitschaftsdienstes vollführten Verschub- und Dampfhalteleisten unzulässig ist und demnach gegebenenfalls sofort abzustellen sein wird.

Wien, am 20. Juni 1914.

Der k. k. Staatsbahndirektor:
Kollisto m. p.

Z. 898/1 (IV).

Noch ein Erlaß der Nordbahndirektion.

Wir bringen den nachstehenden Erlaß, der insbesondere für das Wächterpersonal der Nordbahndirektion von Interesse ist, zum Abdruck.

Bemerkenswert ist in diesem Erlaß die Ansicht der Nordbahndirektion, daß man das Gras, das am Schotterbett wächst, nicht ausjäten, sondern abmähen kann. Wir wünschen, daß der Verfasser dieses Erlasses dazu bestimmt werden sollte, dem Wächterpersonal zu zeigen, wie man das Gras am Schotterbett abmäht.

Nachstehend der Erlaß:

k. k. Nordbahndirektion.

Wien, am 13. Juni 1914.

Bezreff: Graswuchsbeseitigung.

Dienstbefehl Nr. 459.

An alle k. k. Bahnabteilungen und Bahnerhaltungssektionen sowie an die k. k. Bauaufsicht Teschen.

Es wurde die Wahrnehmung gemacht, daß der im Gegenstand angegebene Erlaß vom 2. Juni 1911, Z. 64.932, nicht befolgt wird. Das Gras wächst auf der Oberbaubettung und wird nicht rechtzeitig entfernt. Indem der erwähnte Erlaß neuerdings in Erinnerung gebracht wird, werden im nachfolgenden dessen wesentliche Bestimmungen zur strikten Einhaltung wiederholt.

Der Graswuchs ist rechtzeitig, das ist zu einer Zeit zu beseitigen, zu welcher die Pflanzen noch klein und schwach bewurzelt sind. Am geeignetsten sind hierfür die Monate April und Mai, da zu dieser Zeit der Boden noch feucht und weich ist. Eine verspätete Beseitigung des Graswuchses kann für die Bettung von nachteiligen Folgen begleitet sein.

Der Graswuchs ist aus ökonomischen Gründen nur auf dem Schotterbett und den Seitenbanketten der Hauptgleise der Haupt- und Nebenbahnen (exklusive Lokalbahnen), dann nur auf den von Reisenden betretenen Bahnhofsteilen durch Jäten vollkommen zu beseitigen.

Die gejäteten Pflanzen sind sofort vom Bahnkörper zu entfernen.

Weiters ist das Gras in den Einschnitten und an der Dammkante auf 1 bis 15 Meter Höhe nach vor der Samenbildung durch die Pächter der Grasnutzung abmähen zu lassen, damit das Ausfallen von Samen und deren Eindringen in das Schotterbett vermieden werden.

In Nebengeleisen und auf Lokalbahnen ist auf dem Schotterbett das Gras in der Regel nicht zu jäten, sondern abzumähen, und zwar wiederholt im Laufe eines Jahres, wobei stets auf die gute Sichtbarkeit der Schienenbefestigungsmittel (Nägeln und Schrauben) ein besonderes Augenmerk zu richten ist.

Anlässlich der Oberbauregulierungsarbeiten wird im allgemeinen eine gründliche Grasbeseitigung durchzuführen sein.

Was die Kosten der Grasbeseitigung anbelangt, so haben sie sich wohl in dem Rahmen der sparsamsten Ökonomie zu bewegen, doch darf hierbei die Grasbeseitigung nicht gänzlich vernachlässigt werden, wie es leider in einigen Strecken in auffälliger Weise geschieht.

Die Pächter der Grasflächen sind streng zu beauftragen, nicht nach ihrem jeweiligen Bedarf das Grasmähen vorzunehmen, sondern sich genauestens nach den Intentionen dieses Dienstbefehls zu halten, und den Graswuchs zur Gänze rechtzeitig zu entfernen.

Die k. k. Bahnabteilungen werden eingeladen, dem Gegenstand ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Von der k. k. Nordbahndirektion:
Kajaba.

Korrespondenzen.

Erbsdorf. (Der Stationsvorstand.) Wer kennt ihn nicht, den strammen, geschmeidigen Herrn, wenn er vor Anfuhr der Züge, wie zur Erinnerung des reisenden Publikums, den Bahnhof entlang seine Spaziergänge macht?! Keiner wird es ihm anschauen, wie schadenfroh dieser Mensch ist. Seine freudigste Stunde ist es, wenn er die ihm unterstellten Diener anzeigen kann, damit sie bei dem Keinen Lohn recht hohe Strafen bekommen. Aber nur bei den Dienern. Die Fehler der Beamten und seine eigenen sieht er nicht. Begeht der Herr Vorstand in höchsteigener Person eine Dummheit, muß natürlich ein Untergebener ein Schuldiger sein, denn er selbst ist wie der Papst: unfehlbar! (??) Aber auch sonst verzieht der Mann etwas von Ersparungen, allerdings nicht auf seine Kosten, sondern auf Kosten der armen Teufel. Ein Vieh davon weiß das Würdenthaler Zugpersonal zu finden. Die Einführung des Fahrtaggeldes für das Zugpersonal sowie die Einstellung der Nachdienstzulagen für die Kuppler sind ein hereditäres Zeugnis dafür, was alles dem Gehirn dieses Stationsvorstandes zu entspringen vermag. Im Sommer vorigen Jahres wurde die Qualifikation des gesamten Personals vorgenommen und der Herr Vorstand hatte das Pech, nicht außertourlich qualifiziert zu werden. Darob war der gute Mann furchtbar aufgeregt, brachte sofort den Refus ein und führte in demselben alle bei den Zugbegleitern gemachten Ersparnisse namentlich an. Die Folge davon war, daß er unter Anrechnung seiner Verdienste, die darin bestehen, daß er den armen Eisenbahner das ohnehin Wenige noch verkürzt, außertourlich befördert wurde. Wie das Sparsystem bei der Person des Herrn Vorstandes angewendet wird, beweist folgendes: Durch längere Zeit fuhr der gute Mann öfter nach Kunau-Fabrik, um die Hausprotokolle aufzunehmen. Am Diäten verrechnen zu können, fuhr er meistens mit den Güterzügen nach Breitenau zum Mittagessen und sprang entgegen den Vorschriften vor dem Gasthaus vom rollenden Zug ab, obwohl er mit dem Zug Nr. 1751 bequem hätte nach Hause fahren und in der Zwischenzeit von 12 Uhr 48 Minuten bis 1 Uhr 30 Minuten das Mittagessen hätte eingenommen und mit dem Zug Nr. 1716 wieder nach Kunau fahren können. Das ist wohl kein Zeugnis für allzu große Sparfamkeit. Als ihm aber von der Direktion die Diäten gestrichen wurden, verstand er es, die Arbeiten sofort einem zugeteilten Beamten zu übertragen. Ein weiteres Vergnügen dieses Mannes ist es, das Personal zu frozeln und bei jeder Gelegenheit zu verhöhnen. Wir wünschen ihm eine ebenso herbe Abfuhr, wie er sie schon einmal von einem Jägerndorfer Kondukteur erhalten hat. Hoffentlich tragen diese Zeilen zur Besserung bei. Wenn nicht, so erklären wir, daß wir noch mehr am Lager haben.

Falkenau a. d. Gzer. Zur Kategorie der deutschnationalen Ehrenmänner, die offenbar durch Denunziation die Reinheit ihrer Prinzipien erweisen wollen, gehört auch der gegenwärtige

Kampenauffeher der „Bohemia“-Gewerkschaft in Falkenau namens Anton N u d e r t. Einst ein radikaler Großtuer, dem nichts scharf genug war, geriet er später in die intime Gefolgschaft des Simon Starck, mit dem er einige Jahre für den „Freisozialismus“ haufierten ging. Starck schiffte endlich den ihm kongenialen Kameraden endlich doch aus, worauf N u d e r t seine „Arbeitskraft“ den Deutschnationalen zur Verfügung stellte. Durch Protektion erhielt er seine jetzige Stelle. Wie sich der Mann moralisch entwickelt hat, beweist folgende Episode. Gegenwärtig werden die Rampengeleise der „Bohemia“-Gewerkschaft verlängert. Diese Arbeit wird durch die Arbeiter W. C. E. Falkenau besorgt. Diese werden täglich vom Bahnmeister, vom Streckenvorstand und von den Wächtern kontrolliert. Dies genügt dem ehemaligen Freisozialisten nicht. Er telegraphierte eines Tages an den Direktor der „Bohemia“-Gewerkschaft, daß diese Arbeiter vorzeitig essen gehen, mittags zwischen den Schwellen liegen bleiben, früher weggehen und dergleichen mehr. Der Direktor führte bei dem Streckenvorstand Klage. Dieser leitete eine Untersuchung ein, die die vollständige Schuldslosigkeit der denunzierten Arbeiter ergab. Damit ist diese Ungelegenheit erledigt und halten wir es nur noch für unsere Pflicht, die Denunziation und den Denunzianten öffentlich an den Pranger zu stellen.

Falkenau a. d. Eger. Dem Vershubpersonal der B. C. W. soll in absehbarer Zeit großes Weil widerfahren, denn es wird ihm die Vershubprämie in Aussicht gestellt. Just in der Station Falkenau soll sie probeweise eingeführt werden, und waren deshalb die Herren Weizner und Vaclavik von der Direktion hierher entsendet, um uns mit der Glückseligkeit zu überraschen. Der Herr Vaclavik ließ sich einige Verschieber unter der Motivierung einer geheimen Schule zu sich rufen, stellte einen Posten vor die Tür, damit ihm keiner entlaufen könne, und packte nun dort vor dem erstaunten Vershubpersonal diese tief einschneidende soziale Maßnahme der Bahnverwaltung unter den rosigsten Zusicherungen eines Riesendienstes für alle Beteiligten aus. Selbstverständlich dachte er auch sofort an die Neubildung einer Vershubpartie. Um nun diese Verbesserungsmaßnahme zu untersuchen, fand am Sonntag den 12. Juli eine Versammlung des Vershub- und Wächterpersonals sowie aller an dem Prämiensystem partizipierenden Personen statt, in der auch alle, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, erschienen waren. Auch die Station Komotau hatte einen Delegierten entsendet. Genosse Josef Kraus aus Falkenau erglückte in einem längeren Vortrag das nunmehr als faktum bekannte System, das alle Verschieber der k. k. Staatsbahn in helle Aufregung versetzt hat, besprach alle Vor- und Nachteile dieses Prämiensystems für die Bahnverwaltungen als auch für das beteiligte Personal. Nach einer längeren Debatte, an der sich mehrere Verschieber sowie auch der Delegierte von Komotau beteiligten, kamen sämtliche Anwesende, auch die Mitglieder des Reichsbundes, zu der Ueberzeugung, daß derlei soziale Maßnahmen nicht geschaffen sind, dem Vershubpersonal dauernde Vorteile zu sichern. Trotzdem der „Deutsche Eisenbahner“ seine ganze für die Einführung dieses Prämiensystems brach, lehnten auch die Reichsbundmitglieder durch die einstimmige Annahme nachfolgender Resolution die Einführung dieses Systems rundweg ab.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die heute den 12. Juli 1914 im Hotel „Kaiser von Oesterreich“ in Falkenau tagende Versammlung des Vershub-, Wächter- und Lokomotivpersonals der Station Falkenau, die an dem von der Verwaltung der B. C. W. geplanten Vershubprämienystem partizipieren sollen, erkliden nach gründlichem Studium dieses geplanten Systems in demselben keinesfalls jene soziale Maßnahme, die geeignet sein könnte, das beteiligte Personal in Bezug auf seine Forderung nach einer monatlichen Vershubzulage zu befriedigen; dieselben erkliden vielmehr in diesem Prämiensystem eine in absehbarer Zeit sicher wirkende versteckte Verschlechterungsmaßnahme, die ausschließlich den Bahnverwaltungen Vorteile, dem Personal jedoch in verschiedenen Formen Nachteile bringen muß. Von dieser bestimmten Ueberzeugung ausgehend, daß man es hierbei auf die intensivste Ausnützung des Personals abgesehen hat, daß aber heute das Vershubpersonal ohne schwere Gefährdung seiner persönlichen Sicherheit als auch der physischen Konstitution eine Steigerung der Intensität seiner Arbeiten nicht mehr ertragen kann, in endlicher Erwägung, daß durch die Einführung dieses Systems ausschließlich nur die Bahnverwaltung sich ihre Vorteile sichert, vernahmen sich die Beteiligten auf das entschiedenste gegen die Einführung, respektive Verwirklichung dieses Prämiensystems, und verharren nach wie vor auf der endlichen Durchsetzung ihrer Forderung nach einer monatlichen Vershubzulage von 24 Kr.

Durch diese mannhafte Haltung des Falkenauer Vershubpersonals hat nicht nur das System der B. C. W., sondern auch das Prinzip der Herren vom „Deutschen Eisenbahner“ einen sehr bedenklichen Riß bekommen.

Jägerndorf. (Aus der Werkstätte.) Das einmütige und entschlossene Vorgehen der Werkstättenarbeiter gegen die beabsichtigte Einführung des Afford- oder Prämiensystems hat in den sogenannten „Vorgefektenkreisen“ eine arme Enttäuschung hervorgerufen, die sich in einer fatalen Mißstimmung zu äußern beginnt. Wie immer, so sind es auch diesmal wieder einige Unterläufer, die Handlanger der unmittelbaren Vorgefekten, die ihrer verstimmlen Laune nicht Herr werden können, und glauben, durch kindische Anzeigen, die gewöhnlich zu langweiligen Protokollen führen, um dann ergebnislos in den Papierkorb zu wandern, vielleicht noch eine Mehrleistung an Arbeit zu erzielen. Diesmal wollen wir uns vorläufig mit einem ehemaligen Werkmann und Feuerwehrchoristen beschäftigen, der es durch seine musikalischen Leistungen mittels seines Feuerwehrhorns zuwege brachte, die liebevolle Aufmerksamkeit eines maßgebenden einflussreichen Beamten (Feuerwehrkommandant) auf sich zu lenken, und es so unter verschiedenen „glücklichen Umständen“ bis zum Werkmeister brachte. Herr Skalla heißt der gute Mann, der nicht weiß, wie er die zur Reparatur bestellten Lastwagen wieder hinausbringen soll; gegenwärtig stehen über 100 Wagen in Reparatur, und es werden ihrer statt weniger immer noch mehr. In seiner Raslosigkeit und mangels besserer Kenntnisse versuchte er es, die Schuld auf einen Schlosserpartieführer zu schieben und diesem plausibel zu machen, daß er mit der Arbeit zurück sei. Der Partieführer behauptet aber das Gegenteil. Infolgedessen kam es zwischen Schlosser und Eisler zu Mordgeleien, was Skalla zum Anlaß einer Anzeige benützte. Der Schlosser wurde in die Kanzlei zum Abteilungsvorstand gerufen, das ganze Getöse auf Protokoll genommen und dann an seine Pflichten als Partieführer mit folgenden Worten erinnert: „Sie müssen trachten, mehr Arbeit als bisher zu leisten!“ Darauf der Partieführer: „Es ist unmöglich, mehr zu leisten!“ Der Vorgefekte: „Dann müssen Sie die Leute mehr aneifern, und diejenigen, die zu wenig arbeiten, haben Sie anzugehen, die zu faul sind, werden hinausgeschmissen!“ Partieführer: „Dann sagen die Leute, ich bin ein Denunziant!“ Abteilungsvorstand: „Das ist Ihre Pflicht, und wer Ihnen das sagt, den haben Sie ebenfalls anzugehen.“ Partieführer: „Es ist gut, daß ich das weiß; wenn Sie es wünschen, dann werde ich es auch befolgen.“ So wird die kostbare Zeit fast täglich mit ähnlichen Einbernahmen vertrieben. Das keine Beispiel dürfte wohl genügen, um den Arbeitern aufzuzeigen, wie man sich bemüht, die niedrigen Mittel anzuwenden, um die häßlichsten, eines Arbeiters unwürdigen Insinuen aufzustacheln. Die Herren Abteilungsvorständen raten wir, in Zukunft ähnliche Tratsche-

reien der Werkmeister kategorisch abzuweisen. Dem Werkmeister Skalla empfehlen wir, wegen seiner prohenhaften Umgangsformen gegenüber seinem untergebenen Personal eine aufmerksame Studie von Knigges Buch: „Der Umgang mit Menschen“, widrigenfalls wir genötigt wären, seine Charaktereigenschaften etwas näher zu beleuchten. Die Jägerndorfer Werkstättenarbeiter sind sich ihrer Dienstpflichten voll und ganz bewußt und haben sie auch stets in der gewissenhaftesten Weise erfüllt. Durch ihre außerordentlichen Arbeitsleistungen haben sie alljährlich einigen Herren zu fetten Tantiemen verholfen. Selbst mußten sie aber immer leer abziehen, und sie wurden obendrein noch als faule Leute qualifiziert. Nun mögen aber die Arbeiter auch noch eine weitere Pflicht erfüllen, indem sie die noch fernstehenden der Organisation zuführen.

Ruditz. Der „Deutsche Eisenbahner“ vom 1. Juli bringt ein paar faulstidige Lügen über unsere Genossen, die wir an der Hand der Tatsachen berichtigen wollen. So wird aus Protinik erzählt, daß dort der „Obergenosse“ D. und die Genossen W. und Sch. im Wirtshaus in eine Kauferei miteinander geraten sind und W. grün und blau geschlagen worden wäre. Die Kauferei soll wahr sein. Aber alle drei beteiligten Arbeiter gehören nicht unserer Organisation an, was der reichsbündlerische Einfesender ganz gut wissen muß. Eine Lüge. Ferner: Aus Chiesch weiß der „Deutsche Eisenbahner“ zu berichten, daß im Vorjahr nach einer dort abgehaltenen Versammlung die Genossen auf dem Weg zum Bahnhof untereinander in Streit geraten wären und einander mit Ohrfeigen regalierten. Wieder eine Lüge! Wahrheit ist, daß ein nichtorganisierter Arbeiter mit einem „Reichsbündler“ in einen Wortwechsel geriet, der aber weiter keine Folgen hatte. Dann sollen auch bei einer Versammlung in Protinik — ebenfalls im Vorjahr — die Genossen untereinander gerauft haben. Uns ist nichts davon bekannt; es ist aber möglich, daß irgendein Reichsbündler in Protinik so tief ins Glas gekuckt hat, daß irgendetwas in ihm gelämpft hat. Und in diesem Zustand mag er kämpfende Sozialdemokraten vor sich gesehen haben...

Genug, wir wollen nur konstatieren, daß die Reichsbündler ganz ungermanisch lügen, doch wir werden uns in unserer Organisationsarbeit dadurch nicht beirren lassen. Dessen können die edlen Reden sicher sein.

Oberleutenborf. Im Juni d. J. wurde die Signalhütte zwischen Brud-Wiesla nahe an die Station Wiesla zwecks Bedienung stark frequentierter Schranken übertragen. Um nun die Hütte, welche mit Ziegeln ausgemauert war, nicht erst zerlegen zu müssen, wurde diese Arbeit dem Wächter Schweska übertragen. Am bestimmten Tag langte Schweska mit einer Hilfstruppe an dem Arbeitsort an, ließ die Hütte ausheben, auf einen Bahnwagen verladen, wobei schon das Mauerwerk bedenklich aus den Fugen kam, und überführte sie auf den neu bestimmten Platz, wo das Fundament schon der Aufstellung harrie. „In einer Stunde ist der Dred fertig“, prahlte Schweska. Doch es kam anders. Vergebens, daß Schweska — ein bekannter Schimpfbold und eifriger Reichsbündler — die Arbeiter mit röhren Schimpfworten antrieb: das faule Vieh von einer Hütte parierte nicht. Daher beorderte Schweska fünf Mann in das Innere der Hütte, um die vordere Wand in Bewegung zu halten. Endlich, endlich gelang es, die Hütte auf das Fundament zu stellen. Schon glaubte Schweska sein Werk gekront, da plötzlich kam der Raisten ins Wanken, überschlug sich, und langte schließlich total erschunden und berlekt auf dem Geleis an. Schweska fuhr der Schreck in die Knieer, es waren mehrere Rüge zu erwarten! Daher kommandierte er: „Die Wude so rasch wie möglich auseinanderreißen, damit die Strecke frei wird!“ Und so geschah es. In einer Stunde war das Zerstückwerk beendet. Dann zog Schweska Kleinsaut mit seiner Partie ab. Vier Wochen wird es wahrscheinlich brauchen, um die Hütte wieder ganz in Stand zu bringen. Bis dahin können die Bahnwächter Tag und Nacht unter freiem Himmel verbringen. Abgesehen davon, ist zu bedenken, wie gefährdet die fünf Mann im Innern der Wude waren. Sie waren beim Absprung der Hütte direkt in Lebensgefahr! Es wäre die höchste Zeit, daß dem Schweska von kompetenter Stelle bedeutet wird, daß man mit Hoheit allein noch lange kein tüchtiger Bediensteter ist, und daß sorgsame Prüfung der übertragenen Arbeiten den Bahninteressen mehr nützt, als unslätige Schimpfereien gegen die Arbeiter.

Pölschach. Es wäre wirklich gut, wenn der hiesige Vorstand und der Bahnmeister Rottmann den Bediensteten mehr entgegenkommen würden, als dies der Fall ist. — Der Wächterposten 473 hat schon vor längerer Zeit um die Entfernung des Aborts aus der Küche ersucht, was auch von der Waudirektion zugestanden wurde. Nun ließ der Vorstand den Abort austreiben, findet es aber nicht notwendig, die Hütte wieder in Ordnung bringen zu lassen, so daß jetzt von oben mehr frische Luft vorhanden ist, als dem Wächter lieb sein kann. Bahnmeister Rottmann wieder täte gut, den Wächtern Wesen und Seife zur Reinigung ihrer Hütten auszufolgen. Die Südbahnverwaltung wird gewiß das nötige Material zur Verfügung stellen. Warum erhalten es die Wächter nicht?

Ried. (Hallo!) Jetzt ist nichts zu abisieren! lautet auf der Strecke Neumarkt-Simbach fast regelmäßig das Zugswiffo. Als das Bahnmeisterpersonal, welches noch immer den 18 bis 19stündigen Dienstturnus hat, durch die Personalkommission wiederholt um Erleichterung dieses Dienstes einkam, wurde es stets damit vertröstet, daß die Einführung des Telephons auf dieser Strecke bevorstehe und dadurch eine große Entlastung des Personals durch den Entfall des Laufzetteltrens eintreten werde. Nach langer Zeit wurde endlich nach und nach das Telephon auf dieser Strecke eingeführt, die Wifiserungen wurden durch dasselbe vorgenommen und es ging ganz gut so einige Zeit. Doch „mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten und das Unglück reitet schnell“, und zwar kam diesmal das Unglück des neugebenedeten Verlehrkontrollors Fischer. Dieser Herr, welcher als großer 3-Tipferkreiter bei Keinigkeiten bekannt ist, fand, daß Arbeitszüge (auch solche, deren Fahrordnung bei den Bahnwächtern ausliegt) und Sonderzüge mittels Laufzettel zu abisieren sind, ganz entgegen dem klaren Wortlaut der Telephonvorschriften. Also jetzt muß der Bahnwächter zuerst die längste Zeit auf die Wifisierung passen, wie der Hund auf Schläge, und wenn er dann das stereotype „Jetzt nichts zu abisieren“ vernommen und eingetragten hat, erst mit dem Laufzettel über Stock und Stein stolpern. Ja, zu was dient denn der teure, schöne, grüne Raisten an der Wand, wenn er zum Wifisieren der meisten Rüge nicht benötigt werden darf? Und wozu werden Instruktionen herausgegeben, wenn schon ein Verlehrkontrollor durch die Worte: „Und ich befehle das Wifisieren mittels Laufzettels“ den ganzen Kram über den Haufen werfen kann. Oder sollte der Herr Verlehrkontrollor Fischer einen Arbeitszug von einem Hojzug nicht unterscheiden können? Auf jeden Fall ersucht das in Mitleidenschaft gezogene Personal die k. k. Staatsbahndirektion in Linz hier Abhilfe zu schaffen, um so Frauen da derselben auch unnötige Stunden durch die von den Mehren gemachten Dienststunden während der Abwesenheit des Bahnwärters mit dem „Laufzettel trotz Telephon“ erwachen.

Schwarzach. Der Stationsleiter Wallisch in der Station Loifarn schiltantert seine Untergebenen in unerträglichster Weise. Speziell die Weichensteller werden so brutalisiert, daß jeder diese Station als eine Art Sibirien ansieht. Wer kann, schaut, daß er von dort wegkommt, und gesund kommt keiner fort. Nur ein Schulbeispiel für die Art, wie Wallisch seine Amtstätigkeit auffaßt, sei folgende Episode erzählt. Ein Schnellzug war fällig,

Wallisch gab Ein- und Ausfahrtsignal frei, ging aber dann fort, und zwar zur Stellwerkhütte I, wo er momentan dienstlich nichts zu tun hatte. Inzwischen brausete aber der Zug heran, und der Weichensteller im Stellwerk II, der keinen diensthabenden Beamten bemerkte, auch kein Signal bekam, mußte vorschriftsmäßig den Zug anhalten. Jetzt kam der Vorstand dahergelaufen und brüllte den Weichensteller an, er werde in — Disziplinär kommen. Er wies ihn an, zum Doktor zu fahren und sagte ihm vorweg, daß er wegen „starken Herzlebens“ nicht dienstfähig sei. Obwohl der Arzt bekanntermäßen mit Herrn Wallisch sehr gut ist, konnte er ein eigentliches Leiden bei dem Weichensteller nicht konstatieren. Er tat aber das Seine, indem er ihn einige Tage zappeln ließ und dann erst dienstfähig konstatierte. — Es ist notorisch, daß in dieser Station jeder Weichensteller krank wird, weil die Leute durch die permanenten Aufregungen, in die sie die Brutalität des Vorstandes versetzt, ganz herunterkommen. — Diese Zustände sind der k. k. Direktion bekannt, da bereits die Frauen der so mißhandelnden Wächter diesbezüglich bittlich geworden sind. Geschehen ist aber nichts. Die k. k. Direktion wartet eben, bis einmal irgend ein Verloß in Loifarn kommen wird, der dann die Direktion zwingen wird, eingzugreifen. Bis dahin wird Wallisch sein eitles Handwerk weiter ausüben.

Verfammlungsberichte.

St. Pölten. Am 3. Juli fand hier unter dem Vorsitz des Genossen Seblacek eine freie Eisenbahnerversammlung statt, in welcher nahezu zwei Drittel der gesamten Werkstättenarbeiter anwesend waren. Der Grund der Versammlung war die in den St. Pöltener Werkstätten geplante Einführung des Affordsystems, welche notwendig eine Einigung unter der Arbeiterschaft verlangte.

Genosse Somitsch erklärte in klarer sachlicher Weise, wie das gesamte Unternehmertum mit Einschluß der Staatsbahnverwaltung für den Afford schwärmt, weil dadurch die Leistung des Arbeiters erhöht und somit am konstanten wie auch am variablen Kapital Ersparnisse erzielt werden, wodurch sich dann der Produktionsprozeß verbilligt und die Profitrate erhöht. Er führt auch aus, wie durch den Afford die Habgier des einzelnen Arbeiters geweckt werde, welche ihn dann antreibt, seine ganze Kraft einzusetzen, um möglichst viel zu verdienen und wie dann der Unternehmer gleich bei der Hand ist, Abzüge zu machen, wenn der Arbeiter sich hinreißt läßt, zuviel zu verdienen. Weiteres bringt derselbe die von unserer Zentralkommission an sämtliche Ortsgruppen verbundene Resolution, in welcher die Arbeiterschaft sich gegen die Einführung des Affords ausspricht, zur Verlesung. Dieselbe wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach einer längeren Debatte ergriffen noch die Genossen Winter und Hartmann das Wort und schilderten in sehr eindringlicher Weise die Nachteile des Affords für die Arbeiter.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung berichtete Genosse Winter über die Vorgesprache einer Deputation der Wiener Vertrauensmänner bei der Staatsbahndirektion, wo der Staatsbahndirektor Kolisko das Versprechen gegeben, daß bis längstens 15. Juli eine allgemeine Zulage für sämtliche Professionsisten der Werkstätten durchgeführt werde.

Für den heiteren Teil der Versammlung sorgte der Obmann des Professionsistenvereins, als Genosse Somitsch mitteilte, welche schöne Rolle die Deputation dieses Vereines bei der Staatsbahndirektion spielte. Als Teilnehmer an dieser Deputation glaubte er sich verpflichtet, die Ehre derselben reinzuwaschen, wurde jedoch durch einige Zwischenfragen Winters derart konfus, daß er schließlich glücklich jessah und nach einigen nichtsagenden Worten verschwand.

In ganzen zeigte die Versammlung, daß der Einigkeitgedanke in der St. Pöltener Werkstätte doch noch stark genug ist, um all die künstlich aufgerichteten Schranken zwischen den Arbeitern beiseite zu schieben, wenn es gilt, gegen Verschlechterungen Stellung zu nehmen.

Bruck a. d. W. Samstag den 5. Juli l. J. fand nachmittags eine Versammlung der Oberbauarbeiter und Professionsisten der Ingenieuraktion Bruck a. d. W. statt, die außerordentlich stark besucht war. Von allen Stationen dieser Sektion beteiligten sich die Arbeiter, um von Genossen Arbeitsauschufsmittglied Ferd. Karbinger aus Wien über die letzten Zuständnisse der Waudirektion Bericht zu erhalten. Genosse Karbinger besprach in sehr ausführlicher Weise die Unterhandlungen mit der Waudirektion und erörterte die Forderungen des Arbeiterausschufses und brachte die Zuständnisse der Direktion den Zuhörern genau zur Kenntnis. Es wurde von seiten mehrerer Arbeiter verschiedene Wünsche und Beschwerden über diverse Dienst- und andere Angelegenheiten vorgebracht, welche der Direktion von den gewählten Ausschufsmittgliedern vorgebracht werden sollen und die der Referent zur Kenntnis nahm. Genosse Karbinger erntete für seine ausführlichen Berichte den größten Beifall. Genosse Koller sprach über den Wert der Organisation und teilte die traurige Nachricht mit, daß im Grazer Krankenhaus Genosse Böschl, Oberbauarbeiter, an Typhus gestorben ist, mit dem Erjuchen, sich an dem Leichenbegängnisse zu beteiligen. Der Bericht wurde sichtlich angehört.

Um 6 Uhr abends wurde die Versammlung geschlossen.

Aus den Organisationen.

Bregenz. Den geehrten Mitgliedern der Ortsgruppe Bregenz diene zur Kenntnis, daß die Bibliothek neu zusammengestellt ist. Der Ausschuf erwartet nun von den Mitgliedern eine rege Inanspruchnahme. Die Bücherausgabe erfolgt jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr mittags.

Brünn. (Eisenbahner der k. k. Nordbahn und St. G. G. heraus!) Am 25. Juli 1914 findet in Anysch Restaurant um 8 Uhr abends eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die zweijährigen Vorrückungsfristen für die Diener und die 20-Heller-Lohnautomat für die Arbeiter. 2. Die nächsten Aufgaben der Eisenbahner. Referenten: Genosse Brodecky aus Prag und Genosse Dusek aus Wien. Kollegen! Genossen! Kommt alle, die ihr frei seid, die wichtigsten Tagesordnung erfordert es. Die Gegner sind alle eingeladen, um ihnen Gelegenheit zu geben, Aug' in Aug' die Vorwürfe, die sie uns in ihrer Presse und in ihren Versammlungen machen, auch nachzuweisen und zu erharteten. Sorget für massenhaften Besuch. Anschließend an diese Versammlung spricht Genosse Brodecky noch am 26. Juli um 2 Uhr nachmittags in Bandschut, um 8 Uhr abends in Lundenburg, am 27. Juli um 8 Uhr abends in Dimüh, am 28. Juli um 8 Uhr abends in Preau, am 29. Juli um 8 Uhr abends in Oberfurt, am 30. Juli um 8 Uhr abends in Friedel.

Klosterneuburg. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß nunmehr die Einzahlungen jeden ersten Samstag im Monat in Johann Guths Gasthaus, welches jetzt der Sitz der Ortsgruppe ist, zu erfolgen haben.

Landau. Die geehrten Ortsgruppenmitglieder werden hierdurch verständigt, daß die Bibliothek bejufs Neuanlage am 25. Juli durch 14 Tage geschlossen bleibt und sind die ausgeliehenen Bücher zu dem Zweck bis 26. Juli an die Bibliothekare abzugeben. Nach Ablauf obiger Frist findet die Bücherausgabe wieder wie bisher statt. Bibliothekausgabe und Diskussionsabende jeden Samstag, 8 Uhr abends, am 16. eines jeden Monats ebenfalls 8 Uhr abends, Monatsversammlung und Bibliothekausgabe. Die B. L. Mitglieder werden freundlichst eingeladen, bei den Diskussionsabenden und Monatsversammlungen recht zahlreich zu erscheinen und von der reichhaltigen, gebiigen Bibliothek recht ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Lundenburg. Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Bibliothek bis 1. September geschlossen bleibt; noch nicht abgegebene Bücher sind ehestens zurückzustellen. Des weiteren wird bekanntgegeben, daß folgende Genossen zum Entlassieren der Mitgliedsbeiträge ermächtigt sind: In Lundenburg die Genossen **Bönig, Dusek und Sochor**, in Neustied **Wortel**, in Haugsdorf **Bauer**, in Rabensburg **Zaniat**, in Laa an der Thaya **J. Sängler**, in Rosal **H. Prügler**. Die Strecke sowie die übrigen Stationen die Genossen **Wessely und Travnik** etc.

Landstrol. Bei der am 5. Juli stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung wurden folgende Genossen neu- respektive wiedergewählt: **Karl Klimesch, Obmann, Franz Hartmann, Stellvertreter; Josef Pirkl, Schriftführer, Josef Schmid, Stellvertreter; Stefan Frliml, Kassier, Richard Baber, Stellvertreter; Franz Müller und Martin Antonin, Revisoren; Eduard Hübl, Franz Sühz, Vinzenz Thetmer und Peter Schromm, Vertrauensmänner.** Als Substituente wurden aufgestellt: **Josef Sator** für **Rudelsdorf-Sichelsdorf** und **Franz Hornischer** für **Landstrol.** Obgenannte Substituente sind berechtigt, die Monatsbeiträge der Mitglieder behufs Vorführung an den Ortsgruppenkassier entgegenzunehmen.

Mährisch-Schönberg. Anlässlich des 20jährigen Bestandes der Ortsgruppe Jägerndorf veranstaltet die dortige Ortsgruppenleitung am 2. August ein Jubiläumstfest. Die dienstfreien Genossen der Ortsgruppe Mährisch-Schönberg werden daher ersucht, sich an diesem Fest zahlreich zu beteiligen. Die Abfahrt von Mährisch-Schönberg erfolgt am 2. August um 5 Uhr 38 Minuten früh, die Rückfahrt von Jägerndorf um 6 Uhr abends über Ziegenhals nach Schönberg.

Oberberg. Montag den 13. Juli fand im Vereinslokal des Herrn **Bisler** in Oberberg die ordentliche Generalversammlung des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines, Ortsgruppe Oberberg, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Protokollberufung. 2. Berichte a) des Obmannes, b) des Kassiers, c) der Kontrolle, d) des Bibliothekars. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Vortrag der Genossen **Dusek und Wawreczka**. 5. Eventuelles. Nachdem der Schriftführer krankheitshalber nicht anwesend war, wurde das Protokoll vom Genossen **Pelka** vorgelesen und ohne Veränderung genehmigt. Zum Punkt 2 berichtet Genosse **Zettelmann**, daß im Berichtsjahr 15 Sitzungen, 3 Versuche, 2 Oberbauarbeiter, 2 für das Kaschauer Personal, 4 §-2 und 2 öffentliche Versammlungen abgehalten wurden. In 9 Fällen wurde um Rechtsschutz angefragt und von der Zentrale auch bewilligt. Die Ortsgruppe beteiligte sich an 2 Wahlen, und zwar an der Wahl in die Krankenkasse, wo wir einen vollen Erfolg zu verzeichnen hatten, und bei der Wahl in den Gemeinderat, wo wir, trotzdem unsere Kandidaten diesmal noch nicht durchkamen, eine ansehnliche Anzahl von Stimmen auf sie vereinigten. An Mitgliedern haben wir 64 neugewonnen. Demgegenüber mußten 67 wegen unregelmäßiger Beitragsleistung gestrichen werden. Sonach erstattete der Kassier den Bericht, welcher ein Saldo der Ortsgruppe von Kr. 167.23 aufweist. Da die Revisoren dienstlich verhindert waren, verlas Genosse **Pelka** eine Zuschrift des Revisors **Lindovsky**, welcher beklagt, daß er die Bücher, Belege und Kassenbücher wiederholt revidiert und alles in bester Ordnung befunden hat und ersucht um die Erteilung des Absolutiums, was auch einstimmig angenommen wurde. Nachdem der Bibliothekar den Bericht erstattet hatte, welcher mit großem Beifall zur Kenntnis genommen wurde, wurde an die Wahl des Vorstandes geschritten und mittels Stimmentafel folgende Genossen in den engeren Vorstand gewählt: **Obmann: Pelka, Obmannstellvertreter: Projda und Preßler und Demele.** Laut Beschluß werden alle anderen Funktionen in der Ausschussung verteilt. Nachdem die Genossen **Dusek und Wawreczka** die Reserate erstatteten, die mit großem Beifall aufgenommen wurden, dankte noch Genosse **Wawreczka** im Namen des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines dem ausgeschiedenen Obmann sowie dem gesamten Ausschuss für die zum Nutzen der Gesamtbewegung geleistete Arbeit und forderte den neuen Ausschuss sowie die gesamten Mitglieder zur frischen Arbeit und zur Werbung neuer Mitglieder auf, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Mährisch-Schönberg. Neue Mitglieder, die sich mit den Monatsbeiträgen im Rückstand befinden, werden ersucht (insbesondere die, welche beim Hinterbliebenenunterstützungsfonds sind), ehestens nachzuzahlen, damit sie nicht ihrer Rechte verlustig gehen. Gegen nachlässige Mitglieder mußten wir nach § 9 der Statuten vorgehen.

Reisweg. Samstag den 1. August 1914 um 8 Uhr abends in **Öfölers Saal**, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Berichte der Funktionäre. 2. Neuwahl des Ausschusses. 3. Vortrag von Genossen **Anton Regner** aus **Knittelsdorf**. 4. Allgemeines. Die Mitglieder werden ersucht, bestimmt zu erscheinen. Die Frauen sind mitzunehmen. Gäste sind herzlich willkommen. Weiters werden die Mitglieder aufgefordert, ihre Mitgliedsbücher an die Kassiere abzugeben oder in die Versammlung mitzubringen.

Werschiedenes.

An den bewußten Schweineknacht.

Die Direktion der Krupper Heil- und Wohltätigkeitsanstalten sucht einen verheirateten, aber kinderlosen Schweineknacht, der in der Aufzucht bewandert ist.

Bernimm nun, was Geseh und Recht,
Und sei mit dir im reinen;
Ein wirklich braver Schweineknacht
Besetzt sich nur mit Schweinen.

Und hast du eine liebe Frau,
So sei du doch kein Streber;
Wedenk, die Frau ist keine Sau,
Und du, du bist kein Eber!

Seh keine Kinder in die Welt,
Nicht Mädchen oder Knaben —
Der Mann, der sich die Schweine hält,
Der will nur Ferkel haben.

Die Ferkel soll mit Härtlichkeit
Und Liebe du umfassen —
Sonst aber sollst du jederzeit
Die Liebe kräftig lassen.

So sei beglückt am trauten Herd
Und zu getreu das Deine —
Die Kinder sind dem Staate wert —
Doch mehr wert sind die Schweine!

(w. im „Kladderadatsch“.)

Was ist der Lohn? Ein amerikanisches Arbeiterblatt erläutert den Begriff Lohn durch folgende Geschichte: Ein Mann verirrte sich mit seinem Hund in einer wüsten Gegend. Bald waren sie ohne jede Nahrung. Der Hund war für den Mann ein gutes und nützliches Tier, das ihm schon große Vorteile gebracht hatte. Und jetzt in der Wildnis war es ihm ein Schutz vor Gefahren. Aus allen diesen Gründen konnte sich der Mann nicht entschließen, den Hund zu töten, um sich von seinem Fleisch zu ernähren. Endlich aber, als der Hunger immer stärker wurde, entschloß er sich, dem Hund den Schwanz abzuhacken. Das Fleisch des Schwanzes rettete dem Mann das Leben. Die

Knochen aber von dem Schwanz gab er dem Hund, der dadurch ebenfalls vor dem Hungertod gerettet wurde. Diese Knochen sind dem zu vergleichen, was der Unternehmer in der kapitalistischen Gesellschaft dem Arbeiter an Lohn gibt. Der Unternehmer würde verhungern, ohne die Arbeit des Arbeiters. Der Arbeiter ist an den Unternehmer gefesselt, weil dieser im Besitz der Produktionsmittel ist. Er muß dem Kapitalisten also seine Arbeit lassen. Der frißt davon das Fett und das Fleisch, wirft die abgenagten Knochen dem Arbeiter hin und nennt das den Lohn.

Eingefendet.

Keinen unnötigen Ballast auf die Reise mitnehmen! Das ist die erste Regel für einen geübten Touristen. Unbedingt erforderlich ist zweifelsohne ein gutes Fernglas, das uns auch die entferntesten Schönheiten der Gegend nahe bringt, und ferner eine Kamera, die uns das Gesehene für immer festhalten läßt. Beides liefert das Versandhaus **W. I. A. L. U. J. r. e. u. n. d.**, G. m. b. H., Wien VI/2, **Mariahilferstraße 103**, in erstklassiger Qualität zu den von den Fabriken vorgeschriebenen Preisen bei Gewährung äußerst langfristiger Amortisation. Lieferung sämtlicher Waren ohne jede Kaufverpflichtung zur Ansicht. Näheres ist aus dem diesem Blatt beiliegenden Prospekt ersichtlich.

Versammlungsanzeigen.

In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt: **Mistel.** Am 30. Juli um 7 Uhr abends öffentliche Eisenbahnerversammlung im Vereinslokal. Referent: Genosse **Probedy** aus Prag.

Stillsied. Sonntag den 26. Juli in **Albert Duitners** Gasthaus in **Dürnkruz** Vereinsversammlung.

Zwittau. Sonntag den 26. Juli im Arbeiterheim öffentliche Eisenbahnerversammlung. Referent: Genosse **Duschek** aus Wien.

Sprechsaal.

An die geehrten Funktionäre und Vertrauensmänner der Ortsgruppen.

Betrifft **Kalenderrückstände.** Trotz wiederholter Mahnung und trotz Verpflichtung, die endgültige Abrechnung und Bezahlung der bezogenen Kalender nach Verkauf sofort zu begleichen, haben nachfolgende Personen dieser eingegangenen Verpflichtung nicht entsprochen und müssen wir gemäß dem Beschluß der Delegiertenversammlung dieselben veröffentlichen.

Da mit dem Kalender eine Unfallversicherung auf 200 Kronen verbunden ist, so könnten durch die Nichtabfuhr der Gelder Kalenderkäufer ihres Anspruchs verlustig werden. Es sei hier ausdrücklich bemerkt, daß die Versicherungssumme nur dann ausbezahlt wird, wenn die Gelder für bezogene Kalender in der Zentral-Administration eingelangt sind.

Die Vertrauensmänner werden ersucht, an der Herbeibringung der rückständigen Kalendergelder mitzuwirken.

Für Kalender sind bis heute noch folgende Verkäufer mit ihren Zahlungen im Rückstand:

Aus dem Jahre 1911: **Gustav Zebroek** in **Oberberg** Kr. 50.—; **Bartholomäus Rataj** in **Pragerhof** Kr. 63.—; **Johann Amalietti** in **Pragerhof** Kr. 21.60; **Franz Maria** in **Trient** Kr. 18.—.

Aus dem Jahre 1912: **Anton Duhran** in **Rzeszow** Kr. 90.—; **Michael Kurek** in **Jaroslau** Kr. 45.—; **Wenzel Ansel** in **Budweis** Kr. 120.—; **Karl Suppanz** in **Triest** Kronen 36.—; **Karl Bombanel** in **Schönbrunn** Kr. 9.60; **Nikolaus Hiewski** in **Ostrow** Kr. 9.—; **Johann Wocniak** in **Ostrow** Kr. 18.—.

Aus dem Jahre 1913: **Josef Buncel** in **Sucha** Kr. 40.—; **Pollkary Miniaw** in **Chyrow** Kr. 40.—; **Michael Gnatschyn** in **Polchow** Kr. 20.—.

Aus dem Jahre 1914: **Josef Lasowy** in **Galicz** Kr. 20.—.

Betrifft **Neuaufnahmen.** Laut Beschluß der letzten Delegiertenversammlung dürfen ab 1. Juli 1914 alle neubeitretenden Mitglieder nur mit der Hinterbliebenenunterstützungseinführung aufgenommen werden. Es ist daher von nun an notwendig, daß in die Aufnahmescheine die genauen Geburtsdaten und der Charakter eingetragen werden. Durch unrichtige Informationen könnten sich bei einer Inanspruchnahme schwere Komplikationen ergeben.

Betrifft **Brieftransport.** Von Tag zu Tag mehren sich die Fälle, daß in der Zentrale sowie auch in der Administration und Redaktion mit Strafporto belegte Briefe einlangen. Wachen Tag beträgt das Strafporto 5 bis 6 Kr., was jährlich weit über 1000 Kr. ausmacht. Diese Summe, die für Agitationszwecke verwendet werden könnte, wird ganz nutzlos dem Fiskus eingehändigt.

Obwohl wir uns schon einmal in dieser Sache an euch wendeten, aber leider keinen Erfolg erzielten, so bleibt uns nichts anderes übrig, als den Wunsch zu wiederholen, daß die Genossen allerorts genau beachten, daß Briefe, die über 20 Gramm wiegen, mit einer 20-S.-Briefmarke versehen sein müssen. Bis zu 10 G. Porto kann nicht mehr als ein gewöhnlicher Brief (Quartformat, vierseitig) verschickt werden; was mehr beigelegt wird, übersteigt das Gewicht und muß als Doppelbrief, das ist mit 20 G., frankiert sein.

Falls die vorstehenden Weisungen nicht befolgt werden, so sind wir gezwungen, künftighin die Annahme der mit Strafporto belegten Briefe zu verweigern. Das Strafporto beträgt immer den doppelten Betrag des Frankos. Am besten ist es, jeden Brief, in dem mehr als ein Bogen Papier liegt, vor der Aufgabe abwiegen zu lassen. Alles Nähere über Frankierung von Postsendungen ist jährlich im Eisenbahnerkalender enthalten. Wer daher nicht will, daß durch die Zurückweisung von unfrankierten oder ungenügend frankierten Briefen seine Angelegenheit verzögert oder gar in Verlust geht, der beherzige unseren Wunsch.

Betrifft **Bilder vom Eisenbahnerheim.** Die Verwaltung der Organisation beschafft, Bilder vom Eisenbahnerheim in der Größe 65x45 Zentimeter anfertigen zu lassen. Die Photographien sind wunderschön und können als Schmuck und Pierde für jedes Vereinslokal verwendet werden. Diejenigen Ortsgruppen, die ein solch schönes Bild als dauerndes Andenken haben wollen, müssen sich ehestens darauf abmelden. Sollte eine größere Bestellung einlaufen, so dürfte das Exemplar inklusive Emballage und Porto 7 Kr. kosten. Der Betrag muß im Vorhinein an die Verwaltung eingefendet werden.

Betrifft **Bücherankauf.** Bei dieser Gelegenheit bringen wir gleichfalls in Erinnerung, daß die Zentrale eine große An-

zahl der Bücher von **Adolf Braun** („Die Gewerkschaft, ihre Entwicklung und Kämpfe“) angekauft hat und in der Lage ist, das Exemplar mit Bloß Kr. 4.40 franco abzugeben. Dieses Buch sollte in keiner Bibliothek fehlen, und ersuchen wir daher um dessen Ankauf.

Der hierfür entfallende Betrag muß per Erlagschein im Vorhinein an unsere Administration eingefendet werden.

Bedienstete der Schlafwagengesellschaft, Achtung!

Am Samstag den 25. d. M. um 12 Uhr mittags und am Donnerstag den 30. d. M. um 9 Uhr abends findet im „Eisenbahnerheim“ je eine Versammlung statt. Jeder freie Bedienstete hat die Pflicht, bei diesen Versammlungen zu erscheinen.

Achtung, Bahnrichter des Direktionsbezirktes Wien und aller in Wien einmündenden Bahnen!

Am Samstag den 15. August (Feiertag) findet um 9 Uhr vormittags in Wien im „Eisenbahnerheim“ eine Versammlung der Bahnrichter des Direktionsbezirktes Wien und aller in Wien einmündenden Bahnen statt. Tagesordnung: Die Lage der Bahnrichter und deren Forderungen. Es ist Pflicht eines jeden Bahnrichters, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Pilsen!

Laut Direktionsamtsblatt Nr. 8 vom Februar 1914 wurde der Grundlohn der Oberbauarbeiter der Strecke **Schladenwerth-Jochimssthal** von Kr. 280 auf Kr. 280 erhöht.

Da jedoch der Grundlohn bis jetzt nicht zur Auszahlung gelangte, wurde von seiten der Arbeiter am 28. März ein mit einem Kronenstempel versehenes Gesuch durch die k. k. Bahnerhaltungssektion in **Karlshof** an die k. k. Direktion in **Pilsen** mit der Bitte, die erhöhten Grundlöhne auszusahlen, eingebracht.

Die betroffenen Arbeiter erlitten auf das gestempelte Gesuch bis jetzt keine Antwort und bitten deshalb eine k. k. Staatsbahndirektion um gütige Erledigung.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Triest!

Die Bediensteten von **Triest** (k. k. Staatsbahnen) erlauben sich höflichst anzufragen, wann die fehlenden Returbe des Betreffs der Qualifikation der Erledigung zugeführt werden, welche schon vor einem Jahr der k. k. Staatsbahndirektion vorgelegt wurden.

Um baldige Erledigung bitten Die Betroffenen.

Briefkasten der Redaktion.

Möschl, M. Wolf, Wien VI, **Mariahilferstraße 29.** — Nr. 225. Laut Eisenbahnministerialerlaß, Zahl 10.987, vom 14. Dezember 1913 können alle Mitglieder des Provisionsfonds der k. k. österreichischen Staatsbahnen, die früher im Dienst der **De. N. B. B., S. N. D. B. B., K. F. N. B. B.** und **M. N. B.** gestanden sind, die ganze bis jetzt nicht angerechnete Dienstzeit (aufrechenbare Dienstleistung), abzüglich eines Karenzjahres, gegen Entrichtung der statutarischen (§ 4) doppelten Nachzahlungsgebühr nachzahlen. — **Tr. M.** In der Prüfungsvorschrift ist nur für Beleuchtungsmeister festgelegt, daß sie eine zweiseitige Dienstzeit als Beleuchtungsmeister zurüdzulegen haben, ferner die für die allgemeine Unterbeamtenprüfung festgesetzten Gegenstände, die Kenntnis aller zu Beleuchtungsziwecken erforderlichen Apparate etc. und die Instruktion Nr. XVI. — **St. 1900.** Sie haben Anspruch auf zwei Jahre Härteausgleich. Ein Jahr haben Sie bereits konsumiert, das zweite Jahr hätten Sie jetzt bekommen sollen. Sie hätten dessen am 1. Juni 1914 vorrücken. Machen Sie im Dienstweg an die Direktion eine Eingabe. Falls dies nichts nützt, wenden Sie sich an die Organisation. — **Mittglied Nr. 55, Ladowitz.** Sie hätten tatsächlich am 1. Juli 1914 in die 1800 Kr. vorrücken sollen, da Sie noch 1 1/2 Jahre an Härteausgleich zu beanspruchen haben. Reichen Sie im Dienstweg eine Beschwerde ein und wenn dies nichts nützt, wenden Sie sich an die Organisation.

Inserate
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

Erstes amerik. Schuhversandhaus
„LES“
Reg. Schutzmarke
Alleinverkauf für Oesterreich-Ungarn
Gegen Teilzahlung ohne Vorauszahlung. Zahlbar in Monatsraten à 3 Kronen per Paar
Zusendung von illustriertem Katalog 57 nebst Bedingungen u. Massenanleitung gratis und franko.
Leo Edel, Wien I, Fleischmarkt 15.

Istrianer Rotwein
Primaqualität, garantiert naturecht, kann ich von nun an dank meines grossen Kundenkreises zu 36 Heller per Liter senden; wer Fässer zur Füllung sendet, 86 Heller ab Station **Pola**, pr. Nachsch., solange vorräthig.
R. Kandollin, Weingrosshandlung

Eine Uhr als Reklame
Über eine Uhr umsonst haben will, eine elegante Präzisionsuhr für Herren o. Damen, nach Wahl, schreibe sofort an:
Uhrenhaus Fr. Schmidt, Prag-Weinborge

500 Kronen!
Jahle Ihnen, wenn Ihre Anrede, a u g e n. W a z z e t e t h n o t i n e N i a - B a l l a m i n 3 Z a g e n n i c h t o r d i n u l o s l a m t B u r g e l e n t e r t. B r e z z e i n e s F i e g e l s m i t G a r a n t i e b r e i t K r. 1.—, 3 F i e g e l K r. 2.50, R o s t m a u s, K a t h a u (K a f f a) 1, R o s t (a c h 12/715 (Ungarn).

Kropf
dicken Hals, Drüsen befeuchtet man rasch und gründlich durch **Hollerbauer Kropfbalsam**
Flasche 4 Kr., 3 Flaschen 10 Kr.
Höllfreier Versand durch die **Stadtsapotheke Pfaffenhofen a. d. Alm 154 (Bayern).**

LANDHAUS
für zwei Familien, geeignet für Bensohlitz, großer Obst- und Gemüsegarten, anstehend 48 Kr. Acker, kleiner Wald und Wiesel extra in sehr gutem Zustand, ist sofort um den Spottpreis von 8000 Kr. zu verkaufen. Nur Barvermögen und Selbstbesichtigung erwünscht. Hans Augustin, Gellbrunn Nr. 86, Südböhmen, Gadmation Grazen.

Flechtenranke
Warum lange leiden?
Wenn Ihnen doch durch Apotheker **Euzema-Balsam** sofort Hilfe gebracht wird! Flechtenleiden aller Art, Hautausschläge, Dermoidbalanschläge, selbst in veralteten Fällen, verschwinden überaus rasch. Zahlreiche Dankschreiben von Geheilten. In Oesterreich-Ungarn mit den besten Erfolgen eingeführt. Probepost 3 Kronen. Allein nur durch die **Rothke'sche Apotheke, Rankbrunn, D. 27 (bayer. Allgäu).**

Eisenbahner, Halt!
Bitte sofort, ohne Nachnahme, Anmachungen, Ungenügender Gummi- Spezialitäten verlangen. Karte genügt.
Weißelberger, Wien VI, Gumbendorferstr. 139, II. Stiege.

Moderne Folterqualen



Schimmer als im Mittelalter die Foltermedien ihre Opfer quälten, quält die modernen Menschen heute die Nervosität. Sie tritt unter den verschiedensten Formen auf. Sehr oft ist sie begleitet von Gliederzittern, Zuckungen, erhöhter Empfindlichkeit gegen Geräusche, Gerüche und andere äußere Einwirkungen, Kopfschmerzen und bohrende oder stechende Schmerzen im Gesicht, Hals oder Armen, Schwindelanfällen oder Blutwürgungen, Antefrieden und Gefühl von Taubsein, Schwindel, Mattigkeit, plötzliches Verlassen des Bewusstseins, Angstgefühl, Schlaflosigkeit, launisches oder unruhiges Wesen, Reizbarkeit, besonders morgens nach dem Aufstehen, Rücken- und Nackenschmerzen, die sich nach den Armen und Beinen fortsetzen, Gelenkschmerzen, Gefühl flatternder Bewegung, Kopfen in den Schlägen, Beklemmungen, Magen-, Krämpfe (auch Nerven- und Händekrämpfe), schreckliche Träume, Schwindelanfälle etc. Wenn einzelne dieser Erscheinungen bei Ihnen auftreten, so können Sie mit Bestimmtheit annehmen, daß die Nervosität auch Sie zu quälen beginnt. Sollten mehrere solcher Anzeichen bei Ihnen sich eingestellt haben, so ist Ihr Zustand unweigerlich schon bedenklicher. Das Nervensystem und dessen Zentrale, das Gehirn, wird langsam erschöpft, früher oder später erfolgt dann ein völliger Zusammenbruch und ein Zerschwinden der geistigen und körperlichen Kräfte. Ein hochgradig nervöser Mensch sollte nicht lange zögern, sondern sehr bald etwas für seine Besserung tun, ehe seine Kräfte ruiniert sind und er zum Geisteskranken herabsinkt. Die natürliche Behandlung solcher Leiden ist nicht durch Medizin oder sogenannte Nervennährmittel zu erreichen, sondern einzig und allein durch ein Mittel, das die Ursache hebt und die Nerven heilt. In diesem Hoeck ist nichts besser geeignet als **Wastein**, das neue, wunderbare Stärkungsmittel für die Nerven. Es würde hier zu weit führen, wenn ich eine ausführliche Erklärung über die Wirkungsweise des Wastein geben wollte. Ich ziehe es deshalb vor, Ihnen Gelegenheit zu geben, sich selbst zu überzeugen. Sie sollen selbst prüfen und beobachten, wie Wastein wirkt! Deshalb habe ich mich entschlossen, jedem Nervösen, der an mich schreibt, eine Probebox umsonst und franco zu übersenden.

Gleichzeitig erhalten Sie eine interessante Broschüre, in der Ihnen erklärt wird, warum Wastein fast wunderbare Wirkung auf Gehirn und Rückenmark ausübt. Senden Sie mir kein Geld ein, sondern nur Ihre genaue und deutlich geschriebene Adresse auf einer Postkarte. Vergessen Sie aber nicht, mit 10 Heller zu frankieren, da ich in der Schweiz wohne.

Ulrich Hohl, Heiden 46 in der Schweiz.

Mit Verlust!

Bestellt euch jeder für eure Familie ein Paket fehlerfreie Reste, enthaltend: Prima-Kanovas für Bettüberzüge, starken Hemdstoff, Zephyr für Hemden und Kleider, Blaudruck, Blusen- und Kleiderstoffe, Leinwand etc. Alles in Prima-Qualität. 40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr. per Nachnahme. Die Länge der Reste beträgt von 4 bis 14 Meter und kann jeder Rest bestens verwendet werden.

Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst.
Miois Bodat, Leinenweberei, Nachod (Böhmen).

MÖBEL

Wiens beste u. billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnerkreisen allbekannte und langjährig bestehende

Fünfhäuser Möbelniederlage

Wien XV/1, Mariahilferstrasse 142 (neben der Löwendrogerie).



Vollst. Zimmer-Einrichtungen von 140 Kr. aufwärts; Stüchleinrichtungen von 40 Kr. aufwärts; moderne Stühle, weiß, von 70 Kr. aufwärts; Schlaf- und Speisegemächer von 280 Kr. aufwärts; Büchschrank von 60 Kr.; Bettstellen von 9 Kr.; Matratzen von 12 Kr.; einzelne Möbel billig. Kleiner Preis-Katalog für Probe gratis. Große Möbelabteilung für 90 Heller in Dreimarkten franco.

Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Anschauung.
Zusatz in alle Bezirke und Bahnhöfe frei.
Warnung! Achten Sie genau auf meine Firma **Schäumwolle „Kondur“**, welche als Kennzeichen meines Geschäftes in Lebensgröße in meinem Schaufenster ausgestellt ist. Lassen Sie sich nicht verführen. Sie sind erst dann beim richtigen Geschäft, wenn Sie neben der **Schäumwolle, Firma und Namen** auf gelben Schildern vor dem Geschäftsfenster total sehen.

Ihre Sendung, mit welcher ich sehr zufrieden bin, erhalten. Was langte in gutem Zustand an, werde bald nachbestellen.
Bischofshofen. Hochachtungsvoll mit Gruß
Josef Hint
Kondukteur der T. T. österr. Staatsbahnen.

WEIN

garantiert naturrecht, spiegelklar, fein im Geschmack liefert
Gottlieb PONKA
Triest

Opello Lissa K 44 | Weisses Tischwein, feinst 60
Sahnen 50 | alt, feinst 64
Süßer Dessertwein 36 | Moscato, extrafein 60
Die Preise verstehen sich per Liter franco Bahnstation Triest, in Leinwandgebänden.
Prompteste und sorgfältigste Bedienung.

Billige Bettfedern und Daun

1 Kilo grau geschlossene K 2.—, bessere K 2.40, halbweisse prima K 2.80, weisse K 4.—, prima daunenweiche K 6.—, hochprima K 7.—, 8.— und 9.—. Daun, grau K 6.—, 7.—, weisse prima K 10.—, Brustbaum K 12.—, von 5 Kilo an franco.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfüßigem roten, blauen, gelben oder weissen Ranking; 1 Tuchent circa 180/120 cm groß, samt 2 Koppkissen, jedes 80 cm lang, circa 60 cm breit, gefüllt mit neuen grauen, dauerhaften Federn K 18.—, Halbdaunen K 20.—, Daunensodern K 24.—, einzelne Tuchente K 10.—, 12.—, 14.—, 16.—, Einzelne Koppkoller K 8.—, 8.50, 4.—, Tuchente 200/140 cm gross K 18.—, 15.—, 18.—, 20.—, Koppkoller 200/140 cm gross K 4.50, 5.—, 5.50. Unterluchente aus bestem Bettgradel 150/116 cm gross K 18.— und K 16.— versendet von K 10.— an franco gegen Nachnahme oder Vorauszahlung.

Max Berger in Deschenitz Nr. 249/4, Böhmerwald
Kein Risiko, da Umtausch erlaubt oder Geld rückerstattet wird.
Reichhaltige illustrierte Preisliste aller Bettwaren gratis.



Beste böhmische Bezugsquelle!
Billige Bettfedern!
1 kg grau, ante, geschlossene 2 K, bessere 2 K 40; prima halbweisse 2 K 80; weisse 4 K; weisse, feinste 5 K 10; 1 kg hochfeine, schneeweiße, geschlossene 6 K 40, 5 K; 1 kg Daun (Kraus), grau 6 K, 7 K; weisse, feine 10 K; allerfeinste Brustbaum 12 K.
Bei Abnahme von 5 kg franco.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfüßigem roten, blauen, weissen oder gelben Ranking, 1 Tuchent, 180 cm lang, circa 120 cm breit, samt 2 Koppkissen, jedes 80 cm lang, circa 60 cm breit, gefüllt mit neuen grauen, sehr dauerhaften, feinsten Bettfedern 16 K; Halbdaunen 20 K; Daun 24 K; einzelne Tuchente 10 K, 12 K, 14 K, 16 K; Koppkissen 8 K, 8 K 50, 4 K; Tuchente, 200 cm lang, 140 cm breit, 15 K, 14 K 70, 17 K 80, 21 K; Koppkissen, 80 cm lang, 70 cm breit, 4 K 50, 5 K 20, 5 K 70; Unterluchente aus bestem, gefülltem Gradel, 180 cm lang, 116 cm breit, 12 K 80, 14 K 80. Versand gegen Nachnahme von 12 K an franco, Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geld retour.

S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.
Reichhaltige Preisliste gratis und franco.

Ehrenerklärung.

Erkläre hiemit, dass ich am 9. Juni 1914 irrtümlich und grundlos gegen **Herrn Ferdinand Syllo** ehrenrührige Anwürfe gemacht habe, leiste hiemit öffentlich Abbitte und danke ihm, dass er von einer gerichtlichen Verfolgung Abstand nahm.
Triest, am 2. Juli 1914.

Anton Bauer.

Speisefartoffeln
heutige Nr. 650 per 100 Kilogramm verkauft jedes Quantum
Wassersucht
Nierenleiden, Verabschwächen, Blasenkatarrh, Sand und Gries, Harnsteine, gefüllte Blase befreit man rasch durch Dr. Neuvillo's

Gelegenheitskauf.

Wegen Todesfalls wird ein kleines Haus samt Garten, kleinem Feld und Auegürtel in einer schönen, gesunden Lage verkauft von einem Eisenbahner. Für Benutzungen oder auch für Sommeraufenthalt sehr geeignet, da die Lebensmittel billig. Preis 4800 Kr. (Einkauf 2000 Kr.). Auskunft bei Fr. R., Unter-Pölsbach 47, an der Südbahn (Steiermark) oder Wien X, Uhlandgasse 8, beim Hausbesorger.

Ohrensäusen

Ohrenschmerz, Schwerhörigkeit, nicht angeborene Taubheit beseitigt in kurzer Zeit
Gehöröl Dr. Van Graaf. Preis Kr. 4.—, Doppelflasche Kr. 6.50. Versand postfrei durch die Stadtapotheke Pfaffenhofen am Jm 145 (Bayern).

Erste, beste und reellste Bezugsquelle!
Billige Bettfedern, Daun
1 Kilo grau, geschlossene K 2.—, bessere K 2.40, halbweisse K 2.80, weisse K 4.—, weisse K 6.—, Seerschlafschleif, schneeweiß K 8.—, hochprima K 9.50, Daun, grau K 6.—, 7.— und 8.—, Brustbaum K 12.—, von 5 Kilo an franco.

Fertig gefüllte Betten

aus dichtfüßigem roten, blauen, gelben oder weissen Ranking; 1 Tuchent circa 180/120 cm groß, samt 2 Koppkissen, jedes circa 80/60 cm groß, genügend gefüllt mit neuen grauen, dauerhaften Federn K 18.—, Halbdaunen K 20.—, Daun K 24.—, Tuchent allein K 12.—, 14.— und 16.—, Koppkoller allein K 3.—, 3.50 und 4.—, Tuchent, circa 180/140 cm groß, K 15.—, 18.— und 20.—, Koppkoller, circa 90/70 cm groß, K 4.50, 5.— und 5.50, Unterluchent, circa 180/116 cm groß, K 18.—, 15.— und 16.—, versendet gegen Nachnahme, Verpackung gratis, von K 10.— an franco.

Josef Biahut in Deschenitz Nr. 109 (Böhmerwald).
Nichtpassendes umgetauscht oder Geld zurück. — Verlangen Sie die ausführliche, illustrierte Preisliste gratis und franco.
Im Interesse des kaufenden Publikums ist es dringend geboten, sich bei Bestellungen und allen Anfragen des vollen Namens **Josef Biahut** zu bedienen, da nur ich die eigentliche alte Firma bin und größten Wert darauf lege, meine berechtigten Kundenmer auf das streng solideste zu bedienen.

Bei alten, schmerzhaften Subleiden

(offenen Füßen, eiternden Wunden etc.) hat sich **Apotheker Sell's Fußsalbe** in Verbindung mit Gaze und Blutreinigungstee (Preis komplett Kr. 3.90 inklusive Postkosten) vorzüglich bewährt. Meistens verschwinden Schmerzen sofort. Anrechnungsscheine laufen fortwährend ein. Sell's Fußsalbe, kombiniert mit hier empfohlenen Mitteln, ist erst nur allein zu beziehen durch die **Sell'sche Apotheke, Dierstein, 25 (Niederösterreich)**. Vor minderwertigen Nachahmungen wird gewarnt, man achte deshalb genau auf meine Firma!

1000fachen Dank!

Aufmerksam ist ich an Gicht und Rheumatismus, auch Schlaflosigkeit und sonstigen Folgen des Rheumatismus. Ich nahm Medizin, Pulver und Bäder in großer Anzahl, aber nichts wollte helfen; da erliefte ich von Ihrer bewährten **Pohl-Seele** (à Stück Kr. 1.20) und veruchte auch noch dieses Mittel. In meiner größten Herbe konnte ich konstatieren, daß ich nach 14-tägigem Gebrauch Ihrer **Seele** alle Schmerzen und Schlaflosigkeit geschwunden sind und ich mich so wohl fühle wie schon sehr lange nicht. Dann habe Ihre bewährte **Seele** jedem auf das wärmste empfohlen. **Josef Pflüger, St. Pölten, Niederösterreich, Rederergasse 10.**
Pohl-Seele (Geschäftsbüro) bewirkt, die sich auch bei Reiben, Etachen, Juden, Rheuma und Hautausschlägen vorzüglich bewährt hat, ist zu haben in Kartons à Kr. 3.90 direkt beim Erzeuger **J. G. Pohl, Wranan am Inn Nr. 12, Pösis in Wien; Apotheken: 1. Marktengasse 6, Graben 7, Gleichmarkt 1, 2 oder Markt 6, Volksgasse 13, XII, Weidmannsbrunnengasse 45.**

HANNA GUMMI

neueste hygienische Spezialität für Herren u. Damen übertrifft alles Dagegenwese an Feinheit und Festigkeit. Per Duzent Kr. 4, 6, 8 und 10.
Neuheit f. Herren, dauernd zu gebrauchen, Stück 4 Kr. **Fräulein** etc. billig.
Versand direkt per Nachnahme oder Briefmarken. Preislisten gratis, beschließen 30 S. — Etwa viele Nachbesten.
J. Brunner
Wien 7/2, Schönbrunnstr. 141 E.



Pro Paar 8 K u. 10 K

Geschicklich gefügt!
50.000 Paar Rommischuhe
welche mir wegen zu später Lieferung zurückgeliefert und die für die schmerzhaften Strapazen geeignet sind, habe ich mich entschlossen, zum Selbstkostenpreis von 8 Kr. per Paar zu verkaufen. Die Schuhe sind aus bestem Rohleder, mit hart genagelter Ledersohle, Wäbste mit weichen Schlägen und Lederriemen. Diese Schuhe sind besonders für die Umkleeländer empfehlenswert. Bei Bestellung genügt Benützung oder Nummerangabe. Umtausch gestattet. Versand per Nachnahme durch das Schuhgeschäft **Hans Franz Humann, Wien, 2. Bezirk, Wollgasse 3/24, 1. L. handelsger. protokollierte Firma.**

Schönes Edhaus

in herrlicher Brünner Gegend, wieb unter günstigen Bedingungen um 6000 Kronen verkauft. Die Hälfte des Preises kann stehen bleiben. Das Haus besteht aus 3 Zimmern, 1 Küche, 1 Wohnzimmer, 1 Keller, 2 Bädern, samt Hausgärten und Brunnen mit gutem Trinkwasser, 10 Minuten von der elektrischen Station Schreimbühl. Näheres im Eisenbahnersekretariat **Brünner, Adlergasse 24.**

Istrianer Natur-WEINE!
Weiss oder rot, gute Qualität, 44 Heller per Liter, fko. Pisino, gegen Nachnahme, liefere ich in eigenen Gebinden von 56 Liter aufwärts.
LADISLAUS HRADEK, PISINO, ISTRICIEN.

Leinen

von **KRAUS**
40% billiger und besser als im Zwischenhandel.
Gelegenheitsanbot!

40 m beste Wäsche, gebleicht, für feinste Wäsche geeignet, da in 2-3 Resten um K 22.—.

6 Leintücher, kernig, mit bestem Flachsgarn dicht u. stark gewebt, 150/225 cm groß, K 16-80

1 Dtz. Leinenzwilch-Handtücher, 50/110 cm groß . . . K 6.—

1 Dtz. Damast-Pracht-Handtücher, reinleinen, 50/110 cm groß . . . K 9-50
54/122 „ „ „ „ „ 12-50

Versand per Nachnahme, Nichtpassend, Rücknahme.
47jähr. Firmavertrau verbürgt Güte.

Leinenfabrik JOS. KRAUS
Nachod VII, Böhmen.
Mustersammlung jeder Art feiner Gewebe für Haus- und Ausstattungswäsche **kostenlos.**

Achtung! Schuhe!

Strapasschuhe für Damen 6 Kr., für Herren 6 Kr. Dauerhafte Sonntagsschuhe für Damen 7 Kr., für Herren 8 Kr. Hochfeine Bogal- und Ghevcauschuhe, schwarz und braun, auch amerikanisch, postbillig 215
Johann Samek, Wien X, Keplerg. 14 gegenüber der Bollerie. Verkauf nur im 1. Stock. Rein Postanfragen, daher alles billiger.

Tilsiterkäse!

in Laiben, ca. 5 kg schwer, so gut wie Emmentaler, Packung in Stanniol, liefert überall 1 kg à K 1.40 mit Emballage per Nachnahme
Dampfmolkerei Josef Kobera
Laun, Böhmen.
Bei grösserer Abnahme entsprechend billiger. Tüchtige Vertreter werden aufgenommen.

Alle Männer

die infolge schlechter Jugendgewohnheiten, Ausschreitungen und dergleichen an dem Schwinden ihrer besten Kraft zu leiden haben, wollen keinesfalls vorzukommen, die lichtvolle und anklarende Schrift eines Nervenarztes über Ursachen, Folgen und Ansichten auf Heilung der Nervenschwäche zu lesen, illustriert, neu bearbeitet. Zu beziehen für K 1.50 in Briefmarken von **Dr. Rumlors Heilanstalt, Genf 851 (Schweiz).**

Abbazia, Villa Palma

ruhige, wildromantische, herrliche Lage im Wald, am Meer gelegen, 8 Minuten vom Seebad und Zentrum entfernt, finden erholungsbedürftige Eisenbahner angelegte billige Unterkunft und gute Gastst. **Abbazia, Balliud Dobie, 218 Post-Diffial.**

Frauen! Hilfe!

Gegen Schwären und Blutungen hilft sofort mein Rezept von **Doktor Meunier, Paris**. Auch bei längerer Zeit. Preis Kr. 3.45, Stärke II Kr. 6.— (auch geg. Nachnahme). **Interessanter Ratgeber und Preisliste über echte Pariser Schönheitsmittel für Herren und Damen sowie berühmte Schönheitsmittel gratis.** (Verschicken gegen 20 S.) **Rosmos-Verlag, Wien-Neustadt 14.**